BERUFUNGSPOLITIK

an einer

Streng vertraulich!

westdeutschen Universität

– eine Dokumentation –

aufgezeigt am Beispiel der sozial=wissenschaftlichen Abteilung an der Ruhr-Universität Bochum

---

redigiert und herausgegeben vom Wohnfahrtsausschuß
OKTOBER 1969

BERUFUNGSPOLITIK

an einer

Streng vertraulich!

westdeutschen Universität

– eine Dokumentation –

aufgezeigt am Beispiel der sozial-wissenschaftlichen Abteilung an der Ruhr-Universität Bochum

---

eingeleitet und herausgegeben vom Wohlfahrtsausschuß

OKTOBER 1969

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung

B. Liste der Lehrenden an der Abt. für Sozialwissenschaft mit Anmerkungen

C. Zu den Berufungsdokumenten

I. Charakterisierung der Gutachten

II. Zur Geschichte der Berufungsverhandlungen

D. Anhang: Dokumente

I. Zur politischen Ausrichtung der Hochschullehrer der Abt.

1. Zu Rüdiger Altmann: Aufsatz von R. Opitz: "Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft"

2. Dokumentation zur Berufung von Hanno Kesting

3. Paper: "J. Chr. Papalekas ungebrochenes Verhältnis zur Herrschaft"

4. F. Ronneberger: Artikel aus dem "Völkischen Beobachter"

5. Über R. Schnur: Artikel aus den "Ruhr-Reflexen"

6. B. Külp: "Gedanken zur Hochschulreform"

7. Einige Briefe von Papalekas an seine "Freunde"

II. Die Gutachten

III. Protokolle der Sitzungen der Berufungskommission und einige Fakultätsprotokolle

IV. Einige ausgewählte Flugblätter, Papers usw.

1. Zu den Berufungen und zum Fall Papalekas

2. Papiere aus dem Streik vom WS 1968/69: Ansätze zu einer Neukonzeption von Sozialwissenschaft

A. Einleitung

1. Die Abteilung für Sozialwissenschaft als Interessenvertretung der herrschenden Klasse

Im Jahrbuch der Ruhr-Universität Bochum von 1968 schreibt der ehemalige Rektor Biedenkopf (CDU), daß "die Ortsbestimmung der Universität in der Industriegesellschaft sich zwar theoretisch konzipieren (läßt), wirklich bewältigen kann sie aber nur die praktische Durchführung". Die Geschichte der sozialwissenschaftlichen Abteilung dieser Universität ist die Geschichte einer solchen praktischen Durchführung: Sie ist eine zynische Interpretation jener rektoralen Phras

Diese Geschichte in all ihren Einzelheiten nachzuzeichnen, ist heute noch nicht möglich. Zu viele Dokumente sind den Studenten noch verschlossen. Aber die bereits vorliegenden lassen in wichtigen Zügen erkennen: Die Konzeption einer modernen "integrierten Sozialwissenschaft" innerhalb einer"Reform-Universität", schon aufgrund der Zusammensetzung des Gründungsausschusses in Frage gestellt, lief in ihrer Entwicklung auf die Etablierung einer reaktionären Professoren clique hinaus, die daran ging, durch eine bewußte Personalpolitik di Grundlagen für eine "wissenschaftliche" Lenkung der Studenten im Sin ne der Interessen des Kapitals zu legen.
Diesen Zusammenhang gilt es herauszuarbeiten. Gerade Berufungen geben darüber Auskunft, wie bestimmte ideologische Interessen in die personale Zusammensetzung einer Abteilung eingehen, und daß eben nicht nur professoraler Nepotismus bei Berufungen den Ausschlag gibt so sehr auch dieser Aspekt beim Durchlesen der Gutachten deutlich wird. Doch Berufungen sind nur Symptom. Ihre Bedeutung kann erst dan vollständig erfaßt werden, wenn man sie gleichzeitig mit der Gesinnungsfront, wie sie sich in der Abteilung herausgebildet hat, verbindet.

2. Die Interessen der Herrschenden

Wenn schon Kaiser Wilhelm II. die Gründung einer Universität im Ruhrgebiet verbot, damit der "proletarische Geist" nicht auf die Universitäten übergreife und/oder die linken Arbeiter dort eine mögliche Unterstützung fänden, so hat er jene Gefahr gesehen, die man wohl auch siebzig Jahre später sieht. Zwar ist es mittlerweile - zumal nach der Zerschlagung der organisierten Arbeiterschaft durch den

Faschismus und nach der weitgehenden Integration der Arbeiter in den bundesrepublikanischen autoritären Wohlfahrtsstaat notwendig geworden, gerade im Ruhrgebiet eine Universität zu bauen, um die Wissenschaft durch Verflechtung mit unmittelbaren Interessen der Wirtschaft (neue Arbeitsplätze, Auftragsforschung, Arbeitskräftereservoir in Form von hochqualifizierten Spezialisten) in den Griff zu bekommen, aber gerade die Sozialwissenschaften mit ihrer direkten politischen Wirksamkeit bilden eine potentielle Gefahr. Ihre ideologisch-politische Einordnung in bestimmte Interessen findet so eine erste Begründung. Man darf nicht übersehen, daß das Interesse der Herrschenden an den Sozialwissenschaften durchaus ambivalent ist. Was Agnoli in bezug auf die Politologie sagt: sie sei Manipulationswissenschaft,und gleichzeitig gebe sie die Möglichkeit, die Mechanismen der Manipulation zu durchschauen, trifft für die Sozialwissenschaft ganz allgemein zu: Benötigt man sie einerseits, um Techniken zur Bewältigung sozialer Konflikte, die tendenziell Herrschaft in Frage stellen, zu entwickeln, so ist andererseits die Kenntnis darüber nicht geheuer. Um so mehr ist man an "wissenschaftlichen Handlangern" interessiert, die aufgrund ihrer ideologischen Formierung keine Gefahrenquelle darstellen.

Diesen Anspruch erfüllt die Mehrheit der Lehrenden in der Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaft. Sieht man sich ihre Herkunft (vgl. die Liste am Ende dieser Einleitung) an, so erkennt man die Verflechtung mit dem Kapital und der Staatsbürokratie. Nimmt man die Dokumente zur Analyse der ideologischen Ausrichtung dieser Lehrenden hinzu, so wird einsichtig, in welcher Weise Herkunft und Ideologie einander entsprechen. Als Ausnahme fungiert Jaeggi, der, obwohl von derselben Sozial-Forschungsstelle in Dortmund kommend wie z.B. Papalekas, Köllmann, Kesting und Landwehrmann, sich als "Mißgriff" erwies, da er als einziger bereit ist, sich auch in wesentlichen Fragen hin und wieder abweichend zur Fakultät zu äußern.

3. Das ideologische Konzept

Eine solche konsequente Ausrichtung der Abteilung hat ihren Ursprung in der Einordnung von Universität und Wissenschaft in vorgegebene Ausbildungsziele, in der Instrumentalisierung im Sinne der Herrschaft des Großkapitals. Die politische Exekutive dieser Interessen, die CDU, damals in NRW an der Macht, half mit, die sozialwissenschaft-

liche Abteilung als Gegengewicht zum unter sozialdemokratischer Regierung groß gewordenen, aber ihr über den Kopf gewachsenen, dysfunktionalen Otto-Suhr-Institut in West-Berlin zu etablieren. Man suchte sich jene Clique zusammen, deren staatserhaltende Gesinnung nicht zweifelhaft ist, deren demokratische Intention aber sehr wohl zu bezweifeln ist. Diese Clique ging sehr schnell daran, in die Praxis umzusetzen, was ihren "Auftraggebern" vorschwebte.
Ihre Konzeption eines sozialwissenschaftlichen Studiums läßt sich mit wenigen Sätzen skizzieren: Ein schulmäßiger Aufbau in Grund- und Hauptstudium, geteilt durch eine Zwischenprüfung, die die noch nicht Angepaßten herausprüft, ein 5-Fächer-Kanon, der von vornherein ein kritisches Eindringen in die einzelnen Fächer verhindert, eine antizipierte Eignungserwartung führen konsequent zu den künftigen Arbeitsgebieten von Sozialwissenschaftlern: Verwaltung, Wirtschaft, Verbände und Sozialarbeit (Sozialfürsorge). So wie Hanno Kesting die Politologie als "administrative Hilfswissenschaft" kennzeichnet, werden die Studenten mit bestimmten Techniken vertraut gemacht, die ihrem Arbeitsgebiet entsprechen; andererseits müssen sie ideologisch so indoktriniert werden, daß sie ihre Arbeit funktional entsprechend den vorgegebenen Aufträgen ausführen und diese nicht kritisch überprüfen. Das Konzept vom "integrierten sozialwissenschaftlichen Studium" erwies sich als Illusion, die einzelnen Fächer arbeiteten zusammenhanglos nebeneinander her, da keine relevanten Fragestellungen sie miteinander verband. Die "Fragestellung" der Lehrenden war die effektive Verfügbarmachung des Wissens. Für diesen Punkt waren die Vertreter der entsprechenden Berufsfelder, sogenannte Praktiker, gern gesehene Lieferanten von Kriterien. Dieses Modell, daß in zynischer Offenheit bei einer Diskussion um eine neue Studienordnung vorgetragen wurde, garantiert nun in der Tat einen optimalen Einfluß fremdbestimmender Interessen. Eine Konzeption von Wissenschaft, die dazu beiträgt, in allen Bereichen der Gesellschaft die Ausweitung von Selbstbestimmung des Menschen voranzutreiben, ist damit eliminiert. (Siehe Dokumente IV 2)

4. Die Bedingungen

Die Durchsetzung einer Funktionalisierung von Wissenschaft im oben dargestellten Sinne ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Die traditionale deutsche Universität erfüllt diese Voraussetzungen optimal: sowohl was ihre Organisationsstruktur anbetrifft wie auch aufgrund ihres Selbstverständnisses. Sie garantierte - als apoli-

tisch konzipierte, den Wissenschaftlern überlassene gegen die nach 1945 einsetzenden Demokratisierungsbestrebungen in Wirtschaft und Gesellschaft eingesetzte Institution - eben dadurch, daß analog zur Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft die Universität nicht demokratisiert wurde, eine um so bruchlosere Formierung unter die Interessen des Kapitals. Die Betroffenen, in erster Linie die Studenten, waren von jeglicher Mitwirkung bei wichtigen universitätsinternen Entscheidungen ausgeschlossen, die Lehrenden konnten ihre Absichten unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter dem Deckmantel der Vertraulichkeit vorbereiten und abwickeln. (Siehe Dokument unter II, Nr. 3). Durch die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien wurde zweitens dafür gesorgt, daß die Lehrenden stets über eine erforderliche Mehrheit verfügen, die sie entsprechend ihren Absichten nutzen. Drittens: Durch einen Ehrenkodex - kollegiale Loyalität - besteht der Schutz der Lehrenden, wenn ihre Absichten dennoch der Öffentlichkeit bekannt werden. Viertens: Durch die Ideologie von der unpolitischen und wertneutralen Wissenschaft verschleiert sie ihre eigentlichen politischen Absichten. Fünftens: Die einmal Berufenen können nicht mehr abberufen werden. Diese Momente, die die Lehrenden der Sorge entheben, ihre Interessen zu legitimieren und ihre Entscheidungen rational zu begründen, gestatten ein unkontrolliertes Wirken.

5. Auswirkungen des studentischen Protestes

Jedoch können diese günstigen Voraussetzungen in dem Augenblick zusammenbrechen, wo die Studenten sich weigern, sich einem solchen Spiel weiterhin zu unterwerfen. Als die Studenten der Abteilung zum ersten Mall massiv protestierten, nämlich bei der Berufung von Hanno Kesting (s. Dokumente unter D I, 2. und IV, 1), und sich gegen die Gesinnungsfront in der Abteilung wandten, als die Studenten sich fast einstimmig gegen die vorgeschlagene Studienordnung der Fakultät aussprachen, als die sozialwissenschaftliche Abteilung zu einem Unruheherd der Universität zu werden drohte, als die übrigen Universitäts-Professoren aus Sorge um ihre eigene Sicherheit sich einmischten und sich fast alle Geisteswissenschaften an den Berufungen beteiligten, konnte es scheinen, daß bei künftigen Berufungen die Reproduktion der Fakultät im dargestellten Sinn gefährdet war. Wie unsicher sich die Handlanger in ihrer Rolle fühlten, zeigt unter anderem, daß sich zwei Professoren aus Angst vor ernsteren Konflik-

ten, und weil sie ihre Wirksamkeit erschüttert sahen, auf sichere Pfründe zurückzogen: Schnur ging bald nach einer Auseinandersetzung mit ihm; Gruber ging, weil die Studenten gegen Kesting protestierten (s. Dok. unter III, Protokoll der Fakultätssitzung vom 21. Aug.1968).

6. Die Reaktion und Möglichkeiten der Studenten

Die Herrschenden sind immer bereit, ihre Handlanger fallenzulassen, wenn sie ihnen nicht mehr nützen. Die sich seit einiger Zeit haltenden Gerüchte über eine Auflösung der Abteilung sind dafür ein Indiz. Man ist schnell bereit, wenn Interessen zu unverschleiert an den Tag treten, durch eine flexiblere Politik, durch scheinbare Zugeständnisse und zwiespältige Argumentation sich auf die neue Situation einzustellen, ohne jedoch damit seine Interessen aufzugeben. Aufgrund studentischer Initiativen und Aktionen, die objektiv Unruhe in der Universität erzeugten, ist man ihnen "entgegengekommen". Dem Protest der Studenten wurde durch Beschwichtigungen verbaler Art die Spitze genommen, um den Konflikt unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Arkanum professoraler Vertraulichkeit zu managen. Man ist in der Universität eifrig bemüht, die sozialwissenschaftliche Abteilung als einen Sonderfall abzutun, nachdem man sie lange gedeckt hat und zum Teil heute noch deckt. Man weist darauf hin, daß in anderen Abteilungen ein breiteres Band von Vertretern politischer Richtungen von der Mitte bis zur Rechten zu finden ist. Man verabschiedet Berufungslisten, auf denen statt explizit Reaktionären Liberale und Konservative zu finden sind. Man wendet sich in gemeinsamer, bloß moralischer Empörung gegen den Faschismus (Aktion gegen Papalekas: s. Dok. IV 1), um daran sein demokratisches Image zu profilieren. Aber man weigert sich konstant, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage zu stellen, die solche Zustände wie an dieser Abteilung bedingen und auch in Zukunft wieder entstehen lassen können, wenn nicht die Studenten konsequent und offensiv den aufgenommenen Kampf fortführen. Noch gibt es keine formal abgesicherten Mitentscheidungsrechte, noch ist eine neue zum Teil ihren Interessen dienende Studien- und Prüfungsordnung von der Kultusbürokratie nicht genehmigt, noch nehmen die reaktionären Professoren weiterhin extensiv ihr Recht auf "Lehrfreiheit" wahr. Man reformiert ein wenig das Berufungssystem und verändert gar nichts: Die Ausschreibung für Bewerbungen in Tageszeitungen änderte nichts, wie die Dokumente beweisen.

7. Zusammenfassung

Das beharrliche Festhalten daran, daß die Geschichte der Abteilung ein Sonderfall ist, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die sozialwissenschaftliche Abteilung ein exemplarisches Beispiel für die Kooperation von außer- und inneruniversitären Herrschaftsinstanzen ist. Diese Kooperation vollzieht sich auf drei Ebenen:

1. In der Organisierung des Studiums entsprechend den der Universität vorgegebenen Ausbildungszielen. Diese Seite ist von den Studenten unter dem Schlagwort der "technokratischen Hochschulreform" entlarvt worden als ein Prozeß, den Studenten nur noch ein instrumentales Verfügungswissen zu geben.

2. In der Verankerung dieses bloß instrumentalen Wissens in einer Ideologie, die unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Neutralität das Bild einer befriedeten Gesellschaft, in der sich Interessensausgleich getreu dem pluralistischen Modell vollzieht, entwirft; Herrschaft als naturnotwendig begründet und kritische Gesellschaftstheorie als "überholt" verketzert. Und auch

3. in Form der Auftragsforschung, wofür das mit der sozialwissenschaftlichen Abteilung verbundene Institut für Arbeitssoziologie und -politik ein noch zu analysierendes Beispiel ist. Gerade der zweite Aspekt ist in besonderer Deutlichkeit in der sozialwissenschaftlichen Abteilung erkennbar. Sie beweist, daß die herrschenden Eliten lernen, daß es nicht ausreicht, auf "eindimensionale Ausbildung" zu vertrauen, sondern daß diese durch ihre Einordnung in ein bestimmtes Gesellschaftsbild erst ihre eigentliche Absicherung findet.

Mit der Ent-Privatisierung und Veröffentlichung der bisher geheimgehaltenen Berufungsakten ist der Versuch gemacht, diese Ideologien in einigen zentralen Aspekten darzustellen und ein institutionelles Mittel, das die Reproduktion dieser Ideologien möglich macht, die Geheimhaltung von Berufungsangelegenheiten, aufzubrechen.

Liste der Lehrenden der Abteilung für Sozialwissenschaften an der RUB

Ordentliche Professoren:

1. Utta Gruber (Sozialpolitik), in Bochum von 1965-68, habilitiert bei B. Pfister (ehem. Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU)

2. Urs Jaeggi (Soziologie), in Bochum seit 1967

3. Hanno Kesting (Soziologie), in Bochum seit 1968, vgl. Dokumente

4. Wolfgang Köllmann (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte), in Bochum seit 1965, 1958-59 Redakteur beim Deutschen Industrieinstitut in Köln

5. Bernhard Külp (Sozialpolitik), in Bochum seit 1966, 1957-60 beim Bund Katholischer Unternehmer in Köln, zuletzt als Geschäftsführer

6. Reinhart Koselleck (Polit. Wissenschaft), in Bochum von 1967-68, Schüler von Carl Schmitt

7. Johannes Chr. Papalekas (Soziologie), in Bochum seit 1965, inzwischen (1969) von der Junta in Griechenland zum Professor in Athen ernannt

8. Wilhelm Roeßler (Soz. Psychologie), in Bochum seit 1965, Experte zur Ausbildung von"Sozialarbeitern"

9. Roman Schnur (Polit. Wissenschaft), in Bochum von 1965 - 68, vorher Oberregierungsrat in der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, Schüler von Carl Schmitt, Mitglied des Inst. de Estudios Polit. in Madrid

10. Peter Weber-Schäfer (Polit. Wissenschaft), in Bochum seit 1968, (liberal-konservativer Politwissenschaftler, Ostasien-Experte)

Habilitierte:

1. Friedrich Landwehrmann, habilitiert 1968 in Bochum, vorher Assistent bei Papalekas (Experte der Großkonzerne für Strukturverbesserungen zur stärkeren Ausbeutung dt. und ausländischer Arbeiter)

2. Gabriele Wülker, habilitiert 1969 in Bochum, ehemalige Staatssekretärin im heutigen Bundesministerium für Wirtschaftl. Zusammenarbeit

3. Bernhard Willms, habilitiert 1969 in Bochum, Schüler von Papalekas und Hans Freyer (geht als Schelsky-Mitarbeiter nach Bielefeld)

Lehrbeauftragte:

1. Rüdiger Altmann (polit. Institution), in Bochum seit 1968, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Industrie- und Handelstages, Berater von Ludwig Erhard, Entwerfer des Konzepts von der formierten Gesellschaft, Schüler von Carl Schmitt

2. Egon Golomb (Pastoralsoziologie), Sozialinstitut des Bistums Essen

3. Jürgen Heuer (Sozialökologie), Direktor der Westdeutschen Wohnhäuser AG und Wohnstätten-Gesellschaften

4. Rudolf Kraus (Sozial- und Jugendhilfe), Landesoberverwaltungsrat im Landesjugendamt Rheinland

5. Eberhard Laux (Verwaltungswissenschaft), Vorstandsmitglied der Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf

6. Hans Rumpf (Internat. Beziehungen), Vortragender Legationsrat 1. Klasse im AA Bonn

7. Hans-Walter Scheerbarth (Politik und Verwaltung in NRW), Regierungsdirektor am Innenministerium in NRW

8. Hans Winkmann (Sozialpsychologie), Professor an der PH Ruhr, Essen, Experte zur Eliminierung von Reibungsverlusten bei möglichen betriebsinternen Konflikten

C. Zu den Berufungsdokumenten

I. Charakterisierung der Gutachten

Grundsätzlich ist zu den Gutachten festzustellen, daß sie Beurteilungshilfen in zweierlei Hinsicht geben: einmal für die Beurteilung der jeweiligen Gutachter, zum anderen für die Beurteilung der Fakultät, die solche Stellungnahmen einholt.
Ein Satz wie "Ich war offen gestanden etwas überrascht über die Auswahl der Kandidaten, zu denen ich mich äußern sollte" (Dok. D II, 8), ist nur eine unverblümte Äußerung dessen, was in verschiedenen anderen Gutachten höflich umschrieben wird, z.B. durch Hinweise darauf, daß man die zur Beurteilung notwendige Literatur gerade nicht zur Hand habe oder daß dieser oder jener Kandidat sich speziell mit der für ihn vorgesehenen Fachrichtung nicht so sehr beschäftigt habe.
Außerdem wird deutlich, wie eine Fakultät ihr unliebsame Beschlüsse umgehen kann. Während aus der Interessenlage der Abteilung ihr theoretisches Niveau nur ausreichte, Lehrstühle zu den Fachgebieten "Institutionenlehre", "vergl. Regierungslehre" und "Verwaltungswissenschaft" zu fordern, gelang es den Studentenvertretern und einigen fachfremden Lehrstuhlinhabern durchzusetzen, daß einer der beiden zu besetzenden Lehrstühle durchaus auch den Schwerpunkt politische Theorie und internationale Politik haben könnte. Die Gutachten wurden aber offensichtlich unter dem Aspekt "Institutionenlehre" und"Vergleichende Regierungslehre " angefordert (Dok. D II, 4). D.h., daß die Fakultät versuchen wollte, über den für Studenten unter "normalen" Bedingungen unzugänglichen Weg der Gutachten erneut studentische Forderungen zu überspielen.
Diese Aufschlüsse über die Fakultät betreffen zunächst nur Bochum (ließen sich grundsätzlich aber doch auf viele Hochschulen übertragen).
Entscheidender ist wahrscheinlich das Urteil über die Gutachter, da wir hier unter Ausschluß aller linken oder linksliberalen Politologen einen repräsentativen Querschnitt durch die Vertreter der etablierten bundesrepublikanischen Politikwissenschaft vorliegen haben:

Dok.-Nr. 1 + 4 Klaus v. Beyne, Tübingen
" " 2 Wilhelm Hennis, Freiburg
" " 3 Ernst Fraenkel, OSI FU Berlin
" " 5 Rudolf Wildenmann, Mannheim
" " 6 Theodor Eschenburg, Tübingen
" " 7 +14 Hans Maier, München

Dok.-Nr. 8 Karl D. Bracher, Bonn
" " 9 Niklas Luhmann, Münster/Bielefeld
" " 10 Gilbert Ziebura, OSI FU Berlin
" " 12 Waldemar Besson, Konstanz
" " 13 Hans-Joachim Arndt, Heidelberg

Außerdem wurde noch ein Politologe aus dem englischen Sprachbereich, V.W. Kitzinger (Dok. Nr. 11) vom Nuffield College, Oxford, hinzugezogen.
Rationale Kriterien scheinen fast durchweg unbekannt zu sein. Mit wenigen Ausnahmen erfolgt die Beurteilung nach höchst subjektiven obskuren Kategorien, wei sie hier mit einigen symptomatischen Äußerungen belegt werden sollen:

a) Persönlicher Eindruck:
"Ich schätze ihn außerordentlich." (Dok. 3)
"Ich schätze ihn ungewöhnlich." (Dok. 3)
"... were greatly impressed by him ..." (Dok. 11)
" ... macht ... einen vorzüglichen Eindruck auf mich." (Dok. 2)

b) Subjektive Persönlichkeitsmerkmale:
" ... a great charm combined with very serious concern ..." (Dok.11
"Beide sind sehr eigenwillige ... Erscheinungen." (Dok. 6)
"Pflegt äußerst verbindliche Umgangsformen". (Dok. 5 a)
"außerordentlich liebenswert"; "unstet und unzuverlässig"; "schätzenswert und kameradschaftlich"; "ruhig und sehr besonnen" (Dok. 1).

c) Subjektive pseudorationale Qualitätskriterien:
"hat sich ... als ein temperamentvoller Diskutierer erwiesen" (Dok. 9).
"der am raschesten arbeitet" (Dok. 4).
"leider ist er ein relativ langsamer Arbeiter" (Dok. 1).
"(Dissertation) ausgesprochen lieblos zusammengeschrieben" (Dok. 1)

d) Autoritäre Lehrmeistervorstellung:
"would be respected and would gain the confidence of students easily without ... making concessions to juvenile silliness or radicalism ..." (Dok. 11).
"hat ... die Hörer ... zu fesseln vermocht" (Dok. 7).
"im Umgang mit Studenten eine gute pädagogische Hand" (Dok. 5 a).

e) Inhaltliche Pauschalkritik:
"seine Habilitationsschrift ..., die eine Durchschnitssleistung ist" (Dok. 14).
"eigentlich wissenschaftliche Publikationen" (Dok. 2).
"durchaus brauchbare Gelehrte" (Dok. 1).

f) Qualifizierung eines Kandidaten durch Glückpreisung der berufenden Fakultät:
"Whichever university will get him as a professor will ... congratulate itself on its choice ... " (Dok. 11).
"daß Ihre Fakultät es sich als Gewinn anrechnen könnte, Herrn ... zu den ihren zu zählen" (Dok. 9).
"daß Ihre Fakultät sich glücklich schätzen könnte, einen jungen Gelehrten zu gewinnen ..." (Dok. 3).

g) Schlechterdings unkategorisierbarer Unsinn:
"Ich würde auch L. für den didaktisch Begabteren halten, kann mich aber darin irren, weil ich von A. nie einen Vortrag gehört habe. Ich habe auch keinen Vortrag von L. gehört ..." (Dok. 6).

Bei diesem Mangel rationaler Kriterien verwundert es nicht mehr, daß die Gutachter z.T. zu völlig konträren Meinungen gelangen: Die personalen Vorgänge an unseren Hochschulen laufen genauso orientierungslos ab wie die inhaltlichen. Die Vermutung, daß ein solches Berufungsgutachten keinerlei Aussagebedeutung für den betroffenen Kandidaten hat, erscheint durch diese exemplarische Berufungsangelegenheit sehr erhärtet.
Der Aufwand, solche Gutachten einzuholen und sie in endlosen Berufungskommissionssitzungen zu sichten, zu prüfen, zu verwerfen, ersetzt offenbar die rationale, wissenschaftliche Diskussion über die Konzeption des zu besetzenden Lehrstuhls und die - wie nicht anders zu erwarten - inhaltliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Kandidaten.
Aus dieser Sicht erfährt die Gutachtertätigkeit eine neue Variante, wenn wir kurz herausstellen, wieweit sich die Bochumer Fakultät um diese Gutachten gekümmert hat. Am Beispiel der Geschichte dieser Berufung soll das verdeutlicht werden:

II. Zur Geschichte der Berufungsverhandlungen

Schon zu Ende des WS 67/68 war der Fakultät klar, daß für einen freiwerdenden politologischen Lehrstuhl eine Neubesetzung stattfinden müßte. Anfang April 68 wurde dieses Bedürfnis im Senat angemeldet; am 31. Mai war die erste Sitzung der Berufungskommission. Schwerpunkt des Lehrstuhls sollte "Vergleichende Regierungslehre und Außenpolitik" sein.

Eine - man weiß nicht wie - zustandegekommene Namensliste möglicher Politologen schrumpfte in den Sitzungen bezeichnenderweise auf ganz bestimmte Namen.

Aus diesem Schrumpfungsprozeß entstand dann eine Liste mit Herrn Dallmayr an der Spitze. Von drei Gutachtern zusammen sind Herrn Dallmayr keine neun Zeilen gewidmet, aus denen jeweils hervorgeht, wie unbekannt er ist. Am selben Nachmittag, an dem die letzte Sitzung der Berufungskommission stattfand, die u.a. aus allen habilitierten Fakultätsmitgliedern besteht, tagte noch die Fakultät. Sie stellte Unzufriedenheit über die von ihr selbst wenige Stunden zuvor beschlossene Liste fest und hob sie wieder auf. Es war mittlerweile die letzte Woche des SS 68. Jeder wußte, daß damit auch die Zeit des zweiten und letzten Politprofessors an dieser Abteilung zu Ende ging.

Mitten in den Sommerferien wurde eilig eine Berufungskommissionssitzung einberufen. Zufällig (?) waren die Reaktionäre weitgehend unter sich; die vier liberalen Mitglieder des Berufungsausschusses waren unerreichbar in den Ferien (Jaeggi, Mommsen, Rudolf, Weber-Schäfer); drei besonders konservative Leute, die ihre Fortberufung aus Bochum schon in der Tasche hatten (Gruber, Quaritsch, Schnur), nahmen dafür die Interessen dieser Abteilung wahr. Eine Vertagungsbitte von Jaeggi wurde übergangen.

Inhaltlich hat sich bei der Lehrstuhlbestimmung insoweit eine Veränderung ergeben, als der Nebenschwerpunkt "Außenpolitik" unter der Hand verschwunden war. (Protokoll vom 30.8., Dok. Nr. D III)

Die Sitzung selbst muß einem einstudierten Spiel geglichen haben nach folgenden Regeln: Man solle irgendwo anfangen, z.B. bei fünf Namen. Diese schüttle man, wobei es günstig für den weiteren Verlauf wird, wenn einer durch die Finger flutscht. Man schüttle die vier verbliebenen. Um die Zahl der entstehenden Kombinationsmöglichkeiten überschaubar zu halten, beschränke man sich auf drei. Danach wähle man. Mehrheitswahl gewinnt. (Illustration: Protokoll vom 30.8.)

An der Liste hat sich nicht viel geändert, abgesehen davon, daß allen Kandidaten der verworfenen Liste ein älterer Herr vorangesetzt wurde. Mit Ronneberger, langjähriger Freund von Papalekas (s. Dok. Nr. D I, 7), von dem Wirtschaftler Besters wärmstens empfohlen (s. Dok. Prot. vom 30.8.68), hatte ein Alt-Nazi den ihm gebührenden Platz eingenommen. (Man achte auf die wechselnde Zusammensetzung der Berufungskommissinn: Abgelehnt wurde Ronneberger, als die Reaktionäre Gruber, Köllmann, Külp fehlten; wieder auf die Liste kam er, als Liberale wie Jaeggi, Weber-Schäfer, Mommsen fehlten.) Inhaltlich war von ihm zumindest aufgrund der Gutachten nichts zu erwarten. Die Gutachten widmen ihm immerhin 3 1/2 Zeilen mehr als Dallmayr; bestätigen aber durchweg, daß er für dieses Fachgebiet absolut unausgewiesen sei. Es gelang schließlich, diese Liste nach Interventionen im Senat zu Fall zu bringen, nachdem mittlerweile sich bestätigte Gerüchte über die nationalsozialistische Vergangenheit dieses Mannes laut wurden. Somit konnte die Berufung in ihr zweites bzw. drittes Semester gehen und sich inzwischen auf zwei Lehrstühle erstrecken.

Es wurden wieder generelle Listen angefertigt, wieder wurden Namen gestrichen. Fachschaftsvorschläge, wie Krippendorff und Agnoli flogen sehr schnell aus den Kandidatenreihen. Begründungen hat die Fachschaft nie erfahren. Um sich aufgeschlossen zu zeigen, veranstaltete die Fakultät sogar eine Ausschreibung dieser beiden Lehrstühle, was aber nichts änderte. Außerdem wurden einige mögliche Kandidaten zu Gastvorträgen eingeladen: In dreiviertel Stunden sollte man sich ein Bild von ihnen machen. Zynischerweise wurde gesagt, die Studenten hätten Möglichkeit während einer 1/2-stündigen Diskussion ihre Bedenken zu äußern. Überrascht gab man sich, als die Studenten das Spiel nicht mitmachten.

Zu Ende des WS 68/69 war der Berufungsvorgang so weit gediehen, daß sich die Kommission auf 16 Namen einigte, die für die Besetzung in nähere Auswahl zu ziehen seien.

Zu Anfang des SS 1969 wurde diese Liste zunächst um zwei Namen erweitert; danach schaltete die Kommission eine neunwöchige "Besinnungspause" ein. Diese Besinnung führte zunächst in eine wirre Diskussion, in der unvermutet Zweifel auftauchten, ob überhaupt beide Lehrstühle sinnvoll zu besetzen seien. Acht Tage später kreierte man plötzlich zwei Listen: eine richtige und eine eventuelle (Prot. vom 25.6.69). Die Kommissionsmitglieder, die nicht zugleich der Fakultät angehörten, wandten sich gegen diesen Beschluß. Die Alternativlisten, die verworfen wurden, hatten Senghaas an der Spitze (zu Senghaas: s. Dok. D II,

14 und 4). Die auswärtigen Kommissionsmitgliedern können übrigens nicht - wie in anderen Abteilungen üblich - über die endgültige Verabschiedung der Liste mitentscheiden: Das bleibt der"engeren Fakultät" überlassen. Angesichts der beiden unbesetzten Lehrstühle hat eine kurz darauf stattfindende Fachschaftsvollversammlung resignierend beschlossen, wegen Liste I beim Senat nicht zu intervenieren. Die Eventualliste II wurde allerdings völlig verworfen (s. Dok. D IV. 1).
Im Senat wurde Liste I verabschiedet. Zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs wurde vom Senat an die sozialwissenschaftliche Fakultät die nachdrückliche Empfehlung ausgesprochen, eine Kommission mit angemessener Beteiligung der Studenten zu bilden, um die Frage eines Lehrstuhlvertreters für das WS 69/70 zu klären. Der Dekan (Papalekas) hat sich solche Einmischung des Senats verbeten und sich geweigert, diese Frage unter Zuhilfenahme einer Kommission oder gar studentischer Beteiligung zu lösen: Er schrieb eigenmächtig einige Herren an, um diese zu werben, hatte aber dabei keinen Erfolg.

Fazit zu Anfang des WS 69/70

Der am Ende des WS 67/68 akut gewordene Berufungsvorgang hat bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt folgende Früchte getragen: Die Liste für den Lehrstuhl I traf auf Bedenken des Kultusministeriums; ein Ruf an die bzw. den Kandidaten ist noch nicht ergangen, obwohl die Liste seit Juli in Düsseldorf liegt.
Für den Lehrstuhl II existiert noch gar keine Liste.
Weder für Lehrstuhl I noch für II ist eine Vertretung gefunden worden, d.h.: die sozialwissenschaftliche Abteilung geht jetzt in das dritte Semester ohne eigenen Politikwissenschaftler mit Lehrstuhlbefugnissen (Professor Weber-Schäfer gehört demnächst der neugebildeten Abteilung "Ost-Asien-Institut" an).

(Die Studenten hatten von den ihnen zugänglich gemachten Akten Fotokopien hergestellt. Einige waren für den Nachdruck ungeeignet. Deswegen sind z.T. Abschriften angefertigt worden.)

D. ANHANG: DOKUMENTE

I. Zur politischen Ausrichtung der Hochschullehrer der Abt.

1. Zu Rüdiger Altmann: Aufsatz von R. Opitz: "Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft"

2. Dokumentation zur Berufung von Hanno Kesting

3. Paper: "J. Chr. Papalekas ungebrochenes Verhältnis zur Herrschaft"

4. F. Ronneberger: Artikel aus dem "Völkischen Beobachter"

5. Über R. Schnur: Artikel aus den "Ruhr-Reflexen"

6. B. Külp: "Gedanken zur Hochschulreform"

7. Einige Briefe von Papalekas an seine "Freunde"

Reinhard Opitz

Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft

Mehr als schätzungsweise 800 Menschen waren am Abend des 28. Februar im Katharinensaal des Frankfurter Gewerkschaftshauses versammelt, um einer öffentlichen Konfrontation zwischen dem Kanzler-Berater Rüdiger Altmann, der zugleich auch der renommierteste publizistische Fürsprecher der Formierten Gesellschaft ist, und dem Kölner Publizisten Reinhard Opitz, der die Formierungspläne der bislang gründlichsten und meistbeachteten Kritik unterzogen hat), beizuwohnen. Das von vielen Seiten mit größtem Interesse erwartete Streitgespräch fand nicht statt. Rüdiger Altmann ließ am Abend zuvor mitteilen, daß er wegen „gesellschaftlicher Verpflichtungen" verhindert sei.*

Der Diskussionsveranstalter, der Frankfurter ‚Club Voltaire', hatte sich rechtzeitig kompetenter Gesprächsteilnehmer versichert. Unter der Diskussionsleitung des Frankfurter Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Iring Fetscher sollten auf seiten der Formierungsbefürworter außer Altmann der Redakteur des ‚Industrie-Kurier' E. W. Mänken, auf seiten der Kritiker außer Opitz das Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, Werner Vitt, und der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Olaf Radke, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, am Gespräch teilnehmen. Der Abend wurde trotz Altmanns Absage für die Zuhörer aufschlußreich. Es entwickelte sich, wie die ‚Frankfurter Rundschau' am nächsten Tag konstatierte, „mit der Zeit ... das Skelett der Formierungsidee"; am Ende stand „das Gespenst der Formierten Gesellschaft" — so hatte die Rundschau ihren Bericht überschrieben — deutlich im Raum.

Von den Veranstaltern war vorgesehen, daß zu Beginn des Gesprächs Rüdiger Altmann und Reinhard Opitz je zwanzig Minuten lang ihre Interpretation der Formierten Gesellschaft gegeneinanderstellen. Professor Fetscher blieb nichts anderes übrig, als das Publikum nun durch die Verlesung eines Erhard-Textes so gut wie möglich mit dem Standpunkt der Formierungsbefürworter bekanntzumachen. Opitz, der sich vorgenommen hatte, an diesem Abend Rüdiger Altmann mit den Ergebnissen seiner mehrmonatigen Untersuchungen zu konfrontieren, trug dann in elf einleitenden Feststellungen seine Kritik vor. Während sich der Vertreter des ‚Industrie-Kurier' nach ersten Einwendungen, die rasch widerlegt wurden, zunehmend zurückhielt, wiesen Vitt und Radke mit wachsender Eindringlichkeit auf den antidemokratischen und gewerkschaftsfeindlichen Charakter des Formierungsvorhabens hin. Werner Vitt forderte die Versammlung zu äußerster Wachsamkeit auf und hielt zur Abwehr der grundgesetzwidrigen Formierungspläne den Widerstand aller Demokraten für erforderlich.

Das ‚Heidelberger Tageblatt' zitierte zwei Tage später Professor Fetscher, der abschließend bemerkt hatte, er könne sich „eine schlüssige Widerlegung der Opitz'schen Kritik nicht vorstellen." Das Blatt knüpfte daran den Kommentar: „Folgert dies ein Professor der politischen Wissenschaft, so kann es über die Gründe der

*) Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft', in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1965, und als Nr. 17 der Sonderdruck-Reihe „Argumente zur Zeit", Köln.

Altmann-Absage kaum Zweifel geben. Der Frankfurter Eklat ist von durchaus überregionaler Bedeutung . . ."

Wir geben im folgenden den einführenden Beitrag von Reinhard Opitz wieder, in dem einige wichtige Aspekte des Formierungsprogramms in der durch die vereinbarte zeitliche Beschränkung gebotenen Kürze zusammengefaßt sind.

D. Red.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Versucht man, sich bei Befürwortern der Formierten Gesellschaft danach zu erkundigen, wozu eine angeblich „modernere" Form unserer gesellschaftlichen Ordnung denn notwendig sei und wie sie aussehen solle, dann bekommt man in der Regel zunächst nicht sehr viel mehr zu hören als etwa folgendes: Es sei doch angesichts der Unvernunft der Interessenverbände heute gar keine verantwortbare Haushaltspolitik mehr möglich. Die Parlamente ließen sich unter dem Druck der Verbände oder der Wählererwartungen zu Ausgabebeschlüssen hinreißen, die das notwendige wirtschaftliche Wachstum und damit letztlich die Währungsstabilität und den Wohlstand aller in Gefahr brächten und außerdem jede langfristig konzipierte gesellschaftliche Strukturpolitik unmöglich machten. Oder: So große und für die Zukunft entscheidende Projekte wie die Gemeinschaftsaufgaben seien bei einem Neben- und Gegeneinander von Bund, Ländern und autonomen, querköpfigen Parlamenten gleich auf drei Ebenen doch gar nicht durchführbar. Auf keinem Gebiet der Politik ließe sich auf die Dauer vorankommen, wenn sich auch weiterhin gegen jede notwendige Maßnahme — wie etwa gegen die Streichung „nicht mehr vertretbarer Subventionen" — sofort immer die Betroffenen zusammentun und durch Druck auf die Parteien und Parlamente die Durchsetzung des für richtig Erkannten blockieren. Wenn wir auf dem Wege zum Jahr 2000 mit den anderen Industrienationen mithalten, unser Wirtschaftswachstum sichern und international unsere Wettbewerbspositionen wie unseren politischen Einfluß vergrößern wollten, dann müßten künftig im Innern der Bundesrepublik die gesellschaftlichen Verbände, vor allem die Gewerkschaften, schon etwas weniger an ihre „egoistischen" Interessen und etwas mehr an die Interessen „des Ganzen" denken, müßten sich die Länder auch etwas weniger auf ihre Hoheitsrechte versteifen und etwas mehr „dem Gemeinwohl" verpflichtet sehen — müßte überhaupt in unserer Gesellschaft weniger konkurriert und mehr „kooperiert", weniger gefordert und mehr „geleistet", weniger das Gegeneinander als das „Miteinander" praktiziert werden.

Und damit es dazu auch komme, sei es mit bloßen Appellen an die „Einsicht" nun einmal nicht getan. Einige Verfassungsänderungen seien nötig. Eine etwas stärkere Autorität z. B. müsse der Bundesregierung eingeräumt werden, wenn sie die übers Maß wuchernde Umverteilung des Sozialprodukts besser in den Griff bekommen soll; auch eine Synchronisierung von Bundes- und Länderwillen bedürfe, da sie sich doch keinesfalls außerhalb der Legalität einspielen solle, der verfassungsrechtlichen Legalisierung. Und die notwendige „Unabhängigkeit der Parlamente vom Einfluß der Interessengruppen" werde sich ebenfalls nur mittels einiger gesetzlicher Nachhilfen verwirklichen lassen. Das bedeute ein paar reformerische Eingriffe ins Grundgesetz, gewiß — aber dabei handele es sich doch nur um eine Anpassung der geschriebenen Verfassung an entweder ohnehin schon weitgehend gegebene Wirklichkeiten oder äußerstenfalls an das morgen schon schlechterdings Notwendige. Und: es geschehe doch nur im Interesse der besseren Verwirklichung des „Gemeinwohls".

Das klingt — zumal wenn man es etwas weniger distanziert vorträgt, als ich es hier eben getan habe — zunächst einmal ziemlich nüchtern und hat etwas Verführerisches. Zugleich wirft es aber natürlich auch eine Reihe von Fragen auf. Was ist das: das „Gemeinwohl" — nach welchen Kriterien läßt sich sein Inhalt bestimmen und wer ist befugt, diese Kriterien verbindlich für die gesamte Gesellschaft zu setzen? Wie unterscheiden sich legitime von egoistischen Interessen? Und zu wessen Interessenvertretungen würden die Parlamente, wenn in Zukunft die Forderungen zahlenmäßig sehr starker gesellschaftlicher Interessenrichtungen als verantwortungslos und folglich auch als der parlamentarischen Vertretung nicht würdig gelten?

Je mehr man solchen Fragen an Hand der inzwischen schon ziemlich zahlreich gewordenen kommentierenden Texte nachzugehen versucht, desto mehr weiten sich die Konturen des Formierungsvorhabens, desto erstaunlichere Tatbestände kommen zum Vorschein. Da findet man, um nur die neueste dieser interpretierenden Schriften als Beispiel heranzuziehen [1]), etwa Abhandlungen unter der Überschrift: „Die Gefahren der liberal-demokratischen Zivilisation" oder eine Charakterisierung der Formierten Gesellschaft als Gegenentwurf zu einer Gesellschaft, die sich, wie unsere heutige, (wörtlich) „liberal und demokratisch gebärdet" . . . „Sie" (die Formierte Gesellschaft) „ist die Antwort auf die Herausforderung der liberal-demokratischen Entwicklung."

Was ist das Gefährliche an einer liberal-demokratischen Entwicklung? Ich zitiere: „Die Gefahr liegt im Mißverständnis der Demokratie als ‚Diktatur der Mehrheit' und rücksichtsloser Anwendung des Majoritätsprinzips . . .". Der der Formierten Gesellschaft zugrunde liegende Demokratiebegriff bedeute dagegen „eine klare Absage an Demokratie als bloßen Pragmatismus und Mehrheitsdiktatur." . . . „Nur die Demokratie, die das Recht der Mehrheit eingrenzt . . . hat Anspruch auf unser ethisches Engagement". Stutzig — und begierig, dem Plan etwas mehr auf den Grund zu gehen — wird man auch, wenn man für die geforderte „Gemeinwohlorientierung" der großen gesellschaftlichen Verbände die folgende Begründung findet: „Der Druck etwa des DGB auf die SPD in der Frage der Notstandsgesetzgebung hat deutlich gemacht, wie dringlich der konstruktive Einbau der großen Verbände ins Staats- und Gesellschaftsganze ist."

Man könnte die Reihe dieser Beispiele fortsetzen, und zwar solange, bis sich die Fülle merkwürdiger Details — die auffälligerweise in allen Formierungstexten enthalten sind und einander ergänzen — auf einmal zu einem recht klaren, in seinen Dimensionen allerdings gar nicht mehr harmlosen Bild rundet. Ich kann Ihnen dieses wirkliche Bild der Formierten Gesellschaft hier im einleitenden Beitrag natürlich nicht, wie es notwendig wäre, systematisch entwickeln, dazu wäre etwas mehr Zeit erforderlich. Auf der anderen Seite hat es nach meinem Gefühl aber auch wenig Sinn, in der folgenden Diskussion von etwas anderem als von diesem vollständigen Bild auszugehen. Ich möchte Ihnen deshalb hier zu Beginn wenigstens den Extrakt solch einer genaueren Durchsicht der einschlägigen Materialien in knapp zusammengefaßter Form vortragen, und zwar in der Form von „elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft":

Feststellung 1

Das „Gemeinwohl", dem sich Parlamente, Parteien, Länderregierungen, Kommunen, Gewerkschaften und alle übrigen Gruppen der Gesellschaft unterordnen sol-

[1]) Die Zukunft der Demokratie. Erhards Formierte Gesellschaft oder sozialistischer Demokratismus, hrsg. von der Politischen Arbeitsgemeinschaft (Polag), Bereich Nordrhein-Westfalen.

len, ist in seinem Inhalt identisch mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Industriekonzerne und der ihnen interessenmäßig verbundenen Großbanken. Jede Untersuchung der in Zusammenhang mit dem Formierungsplan vorgetragenen Programme für einzelne Teilbereiche der Politik — handele es sich um die Sozialpolitik, die Finanz- und Steuerpolitik, die Bildungspolitik, die Verfassungspolitik, die Wirtschafts- oder die Außenpolitik — führt zu dem desillusionierenden Ergebnis, daß es nur die von diesen Kreisen erhobenen Forderungen sind, an denen sich die künftige Politik orientieren und um derentwillen sich die Gesellschaft formieren soll. Die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen sind bei der inhaltlichen Bestimmung dessen, was jeweils als das Interesse „des Ganzen" ausgegeben wird, immer nur so weit berücksichtigt, wie ihre Berücksichtigung im Interesse der Industrie selbst liegt.

Feststellung 2

Die Intentionen der führenden deutschen Wirtschaftskreise sind nach außen hin darauf gerichtet, Westeuropa, wie es in der Regierungserklärung heißt, „politisch, wirtschaftlich und militärisch zu formieren", es also in seinen inneren Verhältnissen den Zielen der eigenen Politik gemäß auszurichten — und darüberhinaus auch die übrige westliche und nichtkommunistisch-neutrale Welt auf dem gemeinsamen Nenner einer nach Bonns Vorstellungen zu betreibenden Globalstrategie zu vereinen, wodurch im Ergebnis die Veränderung des mitteleuropäischen status quo möglich werden soll. Dieses Programm bei den Staaten der westlichen und neutralen Welt durchzusetzen, reicht die gegenwärtige politische Kraft der Bundesrepublik, wie die letzten Jahre bewiesen haben, nicht aus. Das Interesse der Industriekonzerne richtet sich deshalb im Innern auf eine maximale Steigerung der industriellen Leistung wie der militärischen Stärke; beides gilt ihnen als die unerläßliche Voraussetzung für eine Steigerung ihres außenpolitischen Durchsetzungsvermögens. Der Wille, den europäischen status quo abzuändern und letztendlich — wie Erhard es ohne Scheu propagiert — auch im östlichen Teil Europas die eigenen Ordnungsvorstellungen zum Zuge zu bringen, erzeugt also das Bedürfnis nach einer Steigerung der industriellen Leistungskraft, die weit über das hinausgeht, was vom bloßen Interesse an der Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit her erforderlich wäre.

Eine Kraftsteigerung, die — gemessen an dieser außenpolitischen Zielsetzung — als ausreichend gelten kann, macht jedoch in den kommenden Jahren nicht nur einen Aufwand an Investitionskapital erforderlich, wie er bei einer Fortführung der von den heutigen Parlamenten betriebenen Haushaltspolitik nicht zu erzielen wäre. Sie wird überhaupt nur für möglich gehalten, wenn es gelingt, die gegenwärtige pluralistische Gesellschaft in eine „Leistungsgemeinschaft" umzuwandeln, in der alle gesellschaftlichen Gruppen in solidarischer Kooperation auf das gemeinsame Ziel der Kraftpotenzierung hinarbeiten und bereit sind, jedes dazu im Gegensatz stehende Interesse hintanzustellen.

Feststellung 3

Um die solidarisch kooperierende Gesellschaft herzustellen und ihre Funktionsfähigkeit dauerhaft sichern zu können, verlangen die Industriekonzerne: einen starken Staat, der sich notfalls auch über parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse, zunächst vor allem in Fragen des Haushalts, hinwegsetzen kann; des weiteren und dementsprechend eine Eingrenzung der Länderbefugnisse, vor allem ihrer haushaltspolitischen Souveränität, und eine wirksame Abschirmung der Parla-

mente vom Einfluß der aus der Gesellschaft und ihren Organisationen an sie herandrängenden haushaltswirksamen Forderungen. Diese „Reform der deutschen Demokratie" soll eingeleitet werden durch die Verabschiedung der Notstandsverfassung, der Finanzverfassungsreform und zahlreicher Gesetze zur Änderung des Haushaltsrechts. Am Ende dieser Reform wäre der Staat — durch die Notstandsverfassung — wieder zu einer der Gesellschaft und ihren Grundrechten prinzipiell übergeordneten Instanz geworden, wären die Länder — durch die Reform der Finanzverfassung — so stark an die konjunktur- und haushaltspolitischen Rahmenvorschriften des Bundes gekettet, daß ihnen eine vom Willen der Bundesregierung abweichende Politik gerade auf den Gebieten, auf denen sie bislang eine wirkliche Autonomie besaßen (nämlich im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben), nicht mehr möglich wäre; die Parlamente aller Ebenen wären durch dieselben Bindungen in ihrer haushaltspolitischen Entscheidungsfreiheit so eingeschränkt, daß sie zur Berücksichtigung der aus der Gesellschaft an sie herangetragenen Forderungen kaum noch in der Lage wären. Bezüglich der Haushaltspolitik wäre eine von unten nach oben hin wirkende Willensbildung nicht mehr möglich.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war für einen Staat verfaßt, der sich gegenüber seinen europäischen Nachbarn nicht mehr expansiv, sondern friedensstaatlich verhalten und der in seinem Innern die Züge der parlamentarischen Demokratie und der Sozialstaatlichkeit entwickeln sollte. Die Ankündigung der „Reform der deutschen Demokratie" fällt zeitlich zusammen (und ist inhaltlich gleichbedeutend) mit der Verkündung des „Endes der Nachkriegszeit" — die als eine Zeit der Abhängigkeit von den Wünschen der Alliierten charakterisiert wird. Mit der „Reform der deutschen Demokratie" soll das Grundgesetz den Erfordernissen einer wieder expansiv gewordenen, die Nachkriegs-Gelöbnisse hinter sich lassenden Politik angepaßt werden.

Feststellung 4

Die Überwindung des im nicht-staatlichen Raum der Gesellschaft anzutreffenden politischen und weltanschaulichen Pluralismus, vor allem die Bindung der Gewerkschaften und der anderen großen Verbände an das „Gemeinwohl", soll mit Hilfe der „neuen Techniken des Regierens" erreicht werden, das heißt: mit Hilfe einer gezielten Informationspolitik, die die entpolitisierten Bevölkerungsmehrheiten gegen die unbequemen politischen Minderheiten aufzubringen, die Verbandsführungen von ihrer Mitgliedschaft, nonkonformistische Kommentatoren der Massenmedien vom Publikum zu isolieren sucht. Dieses Programm, das sich hinter dem Stichwort von der „informierten Gesellschaft" verbirgt, soll mittels Formierung der öffentlichen Meinung die Kapitulation der Verbandsführungen erzwingen und ihre Umfunktionierung einleiten von Interessenvertretungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem Staat zu Hilfsorganen bei der Vertretung der staatlich-großindustriellen Gemeinwohlvorstellungen gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.

Feststellung 5

Bei der Herstellung eines formierten „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins" fällt den heutigen Wirtschaftswissenschaften eine bedeutende Rolle zu. Da die Öffentlichkeit die ideologischen Prämissen dieser Wirtschaftswissenschaft kaum wahrnimmt, ist es möglich, alle auf die Demokratisierung der Gesellschaft gerichteten,

vor allem aber auch alle den großindustriellen Interessen zuwiderlaufenden sozialen Forderungen mit ihrer Hilfe als „wissenschaftlich unhaltbar" darzustellen. Von ihrem Ansatz her wäre die heutige Wirtschaftswissenschaft sogar jederzeit in der Lage, die politische Idee der Sozialstaatlichkeit und das Majoritätsprinzip der parlamentarischen Demokratie als volkswirtschaftlich unvertretbaren Luxus nachzuweisen. Der apologetische Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft kommt zwar in aller gutachterischen Tätigkeit immer wieder aufs neue zum Ausdruck — etwa darin, daß sich ihre Vertreter angesichts des Phänomens aufgeblähter Haushalte einerseits dennoch jeglicher Kritik am größten und aufgeblähtesten aller Etatposten, dem des Verteidigungsministers, mit der Begründung enthalten, daß dies eine politische und folglich eine außerhalb ihrer Urteilskompetenz liegende Frage sei, sie sich aber andererseits jederzeit für Kritik an der Sozialgesetzgebung und am Grundgesetz zuständig fühlen, als seien dies keine „politischen" Fragen. Solange jedoch die Öffentlichkeit den Charakter der heutigen Wirtschaftswissenschaft als eines Hilfsinstruments zur Verbrämung der großindustriellen Expansions- und Hegemoniebestrebungen nicht durchschaut, bleibt die Wirtschaftsideologie einer der wichtigsten Faktoren bei der „Integration" des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Die Ideologen der Formierten Gesellschaft sind sich allerdings dessen bewußt, daß die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Argumentation in dem Maße dahinschwinden könnte, in dem die geplante Reduzierung der heutigen Sozialpolitik auf eine bloße Politik der „sozialen Bürgschaft" voranschreitet. Von daher erklärt sich ihre Forderung nach einem neuen Irrationalismus, von dem das künftige „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" geprägt sein solle.

Feststellung 6

Als das stärkste Hindernis auf dem Wege in die Formierte Gesellschaft erweist sich die seit 1945 in die deutsche Öffentlichkeit getragene und vor allem bei der Jugend anzutreffende Demokratie-Erwartung. Das entwickelte Demokratie-Verständnis wird deshalb zum Gegenstand des informationspolitischen Angriffs. Mit der Unterscheidung von Demokratie und „Demokratismus" sollen alle auf rationalistische Traditionen zurückgehenden Momente aus dem Demokratie-Begriff eliminiert, seine humanistischen, liberalen und sozialen Inhalte als illegitime säkularisierte Heilserwartungen deklassiert und damit in den Bereich des politisch nicht Realisationswürdigen verwiesen werden. Auf diese Weise soll die Vokabel „Demokratie", die schon gegenüber dem Ausland nach wie vor unentbehrlich ist, anwendbar bleiben auch auf die Ordnung der Formierten Gesellschaft.

Feststellung 7

Die Demokratie soll nach dem Willen der deutschen Industriekonzerne diesmal nicht weggeputscht, sie soll auf eine legale und der Bevölkerung möglichst unmerkliche, eben „modernere" Art wegmanipuliert werden. Da sich die Industrie über die Risiken auch einer lautlosen Überführung der Demokratie in eine faktisch nicht mehr demokratische Ordnung durchaus im klaren ist, sie den politischen Widerstand der tragenden Kräfte unserer heutigen pluralistischen Gesellschaft ebenso einrechnet wie die aus dem geplanten sozialen Abbau möglicherweise neu erwachsenden Widerstände, drängt sie auf die rasche Institutionalisierung eines Staates, der wieder Herr über den Ausnahmezustand ist. Die Gesellschaft soll nicht vor die Frage: Formierte Gesellschaft oder Beibehaltung der heu-

tigen pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, sie soll nur noch vor die Alternative der freiwilligen oder der zwangsweisen Formierung („innerer Notstand") gestellt werden.

Feststellung 8

Das Formierungsprogramm stellt klar, daß die geplanten Eingriffe ins Grundgesetz nicht etwa, wie es noch zu Beginn der Notstands-Diskussion vorgegeben wurde, im Interesse des wirksameren Schutzes der Demokratie vorgenommen werden sollen. Nachdem die in der Öffentlichkeit vorhandenen Demokratie-Vorstellungen nunmehr unverhüllt als nicht anstrebenswerte Idole bezeichnet werden und der gesellschaftliche Meinungspluralismus als Symptom einer zu überwindenden ‚Zerrissenheit' angegriffen wird, bleibt auf die Frage, wofür die Gesellschaft maßhalten, Opfer bringen und sich zusammenschließen soll, nur noch eine einzige Antwort möglich: dies alles soll die Gesellschaft im Interesse der Durchsetzung eines nackten Machtanspruchs, nämlich allein zur Förderung der imperialen Hegemoniebestrebungen der deutschen Konzerne leisten. Den Industriekonzernen ist es nicht um den Schutz der Demokratie, es ist ihnen im Gegenteil um die Absicherung ihrer Interessen gerade gegenüber der Demokratie zu tun.

Feststellung 9

Alle Vorwürfe, die gegen das heute verbreitete Demokratie-Verständnis, gegen die Parlamente, den Parteienstaat, den Föderalismus und die Gewerkschaften erhoben werden, wurden in ähnlicher, bisweilen sogar gleichlautender Form schon in den Weimarer Jahren vorgetragen. Damals bereits empfanden die führenden deutschen Industriekreise die parlamentarische Demokratie und das in ihr herrschende Majoritätsprinzip als ihren Interessen nicht gemäß und drängten auf die Herstellung einer „neuen Ordnung". Die spezifische Form, in der der Nationalsozialismus diese Aufgabe löste, galt ihnen schon damals nicht als die einzig mögliche oder wünschbare. Es gab verschiedenartige Lösungsvorstellungen, die in ihrer Substanz jedoch alle darauf zielten, die staatliche Politik unabhängig zu machen von unbequemen, den Industrieinteressen zuwiderlaufenden Willensentscheidungen der Gesellschaft.

1945 wurden mit dem Faschismus auch all diejenigen inneren Ordnungsprinzipien wieder beseitigt, deren Einführung den Interessen der Industrie entsprochen hatte. Je mehr in unseren Jahren jedoch die wirtschaftliche Konzentration voranschreitet, die Automation schwierige strukturelle Probleme aufwirft, der innerwestliche Konkurrenzkampf schärfer wird und sich die außenpolitische Position der Bundesrepublik verschlechtert, desto mehr sehen sich die Industriekonzerne durch die heutigen Konstellationen abermals einer nach ihrer Meinung nicht länger erträglichen Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Gesellschaft und ihren eigenen Interessen gegenüber und drängen auf eine Lösung. Der Formierungsplan zielt auf die Rückkehr zu Ordnungsstrukturen, um derentwillen der deutschen Industrie bereits seinerzeit der Faschismus als ‚Fortschritt' erschienen war. Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus.

Feststellung 10

Die außenpolitischen Ziele, um derentwillen dieser Weg in eine nachdemokratische Gesellschaftsordnung für nötig gehalten wird, sind nicht weniger irreal als

es die Zielsetzung des deutschen Faschismus oder auch des Wilhelminischen Reiches in jenen Jahren war, da der Kaiser keine Parteien mehr kennen wollte. Mochte damals aber vielleicht noch eine halbe oder viertel Chance dafür zu errechnen gewesen sein, daß sich die Welt mit einer Formierung Europas nach den Vorstellungen der deutschen Industrie abfinden könnte, so gibt es diesmal nicht die geringste Berechtigung für eine derartige Hoffnung. Die außenpolitischen Ziele, um derentwillen unsere Gesellschaft formiert werden soll, sind von vornherein absolut unerreichbar. Sie werden verkündet in einem Augenblick, da der 15jährige Versuch zu einer Politik der Stärke nur noch die zunehmende Isolierung der eigenen Position innerhalb des westlichen Bündnisses bewirkt und sich die westliche Blockbildung, die die Machtbasis für die Veränderung des europäischen status quo abgeben sollte, längst wieder rückläufig entwickelt. Die Herstellung der Formierten Gesellschaft könnte nur zur weiteren Isolierung der Bundesrepublik und allerdings zu einer gefährlichen Steigerung der Spannungen in Mitteleuropa, sie kann nicht zu den gewünschten außenpolitischen Erfolgen führen.

Feststellung 11

Wirtschaftliche Konzentration, Automation und zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung stellen unsere Gesellschaft in der Tat vor neue Fragen und zwingen sie zur Reflexion über die Tauglichkeit ihrer gegenwärtigen Strukturen. Auf alle diese Probleme gibt es jedoch jeweils antidemokratische und demokratische Antworten. Wird allerdings trotz der Entwicklung zu immer größer werdenden wirtschaftlichen Machtgebilden das Prinzip der uneingeschränkten privaten Unternehmerentscheidung nach wie vor als der höchste aller gesellschaftlichen Werte angesehen, dann können wirtschaftliche Konzentration im Innern und übernationale Wirtschaftsverflechtung im Ergebnis immer nur dazu führen, daß sich die zu unvergleichlicher Machtfülle emporgestiegenen Konzerne die Gesellschaft unterordnen. Ein integriertes Westeuropa würde dann übrigens ebenfalls nur die Gestalt eines Konzern-Bündnisses annehmen können, in dem die stärkste Industriemacht die politischen Maßstäbe setzt und mit dessen Hilfe sie die nationalen Gesellschaften ganz Westeuropas kommandiert. Da der Prozeß der Wirtschaftskonzentration selbst weder aufhaltbar ist noch aufgehalten werden sollte, sind folglich eine demokratische Bundesrepublik wie ein vereintes und dennoch demokratisch bleibendes Westeuropa nur möglich, wenn alle Teile der Gesellschaft an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen teilhaben, das heißt, wenn sie mitbestimmen. Die Demokratisierung der großen Konzerne, ihre Kontrolle durch die gesamte Gesellschaft, ist daher der Schlüssel für die Ermöglichung der Demokratie auch in der Zukunft. X

Die durch den Zwang zu größeren wirtschaftlichen Produktionseinheiten und größeren Markträumen entstehenden Probleme zwingen also von sich aus keineswegs, wie es das Formierungsprogramm unterstellt, zur Beseitigung der Demokratie — sie können ebenso, und sogar viel besser, durch die volle Verwirklichung der Demokratie gelöst werden. Dazu ist die Voraussetzung die Abwehr des Formierungsprogramms, d. h. also der Notstandsgesetzgebung, der Finanzverfassungsreform und all der anderen pragmatischen Schritte, die in die Formierte Gesellschaft führen sollen, und die Durchsetzung einer nicht nur caritativ, sondern vor allem politisch verstandenen Mitbestimmung gerade über diejenigen industriellen Machtzentren, von denen heute die antidemokratischen Bestrebungen ausgehen.

Aus: Blätter für dt. und internat. Politik"

Abschrift

Rüdiger Altmann

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE WORTE DES LEHRBEAUFTRAGTEN R.A.

"Er (der Staat) gleicht einem kastrierten Kater, der an Umfang zunimmt - was ihm fehlt, ist die Potenz."
Potenz ist für R. A. Autorität: "... denn Autorität ist eine der wichtigsten Funktionsgarantien der Gesellschaft. Sie läßt ... sich ganz zweckrational rechtfertigen."
Garant dafür sind Politiker, die nicht nur ihr Image pflegen: "So ist es ganz sicher erfreulich, wenn unsere politischen Führer ein gutes Image haben und auch darum besorgt sind, es zu behalten. Aber auf die Dauer kann ein Politiker nicht nur sein Image repräsentieren ... ein Politiker muß nachdenken können. Er muß eine persönliche Meinung haben ..."
"Genuine Autorität" des Staates, was immer das ist, ist nur bei formierten Bürgern möglich: Eine Forcierung, die gekennzeichnet ist durch die "Symbolwelt des Nationalen und Vaterländischen". Staatsbewußtsein heiße heute nichts mehr für uns, analysiert R.A.: "Ähnlich verhält es sich mit Worten wie Vaterland, Vaterlandsliebe - klingt nicht sogar das Pathos unserer Natinnalhymne, des Deutschlandliedes, ein wenig hohl für uns?"
Faschistoide Tendenzen in der BRD werden abgetan mit einer Reflektion auf den unpolitischen Philosophen. R.A. erwähnt: "Manche Aktivität innerhalb unserer Vertriebenenverbände ... auch einige Politiker unserer großen Parteien posieren von Zeit zu Zeit in nationalen Affekten. Alles das hat nichts Bedrohliches, bedeutet kein Zurück in die Vergangenheit. Man steigt, wie der Philosoph sagt, nicht zweimal in denselben Fluß."
Hat sich R.A. vielleicht selbst in diesen faschistoiden Trend einformiert? z.B., indem er feststellt, daß "die Deutschen keine Lust mehr (haben), sich lediglich für die Vergangenheit zu entschuldigen. Sie tun gut daran." Sollte es trotz der brillianten Vergangenheitsbewältigung doch noch Probleme geben, dann empfiehlt er als "für das politische Handeln Erfolg Versprechender würde man die Motive für die Beseitigung vieler Schwierigkeiten ... von links nehmen, die Lösung selbst aber rechts suchen."
Herr R.A.: SIE PASSEN GUT IN UNSERE ABTEILUNG! DIE LÖSUNG DIESER PROBLEME MUSS LINKS GESUCHT WERDEN!
Das nächste FLUGBLATT kommt bestimmt ...
Zitate in: Merkur 1/2 1968
und "Vom Geist der Zeit" hrsg A. Frisé

DER WOHLFAHRTSAUSSCHUSS

Fachschaft Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum

D O K U M E N T A T I O N

zur Berufung von Dr. Hanno Kesting auf den dritten Lehrstuhl für Soziologie an der Abteilung für Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum

I: Einleitung

II: Ablauf der Ereignisse

III: Das wissenschaftliche Werk von Hanno Kesting

IV: Kesting-Bibliographie

"Der Schatten einer autoritären Leistungsgesellschaft fällt schon auf eine Korporation, die mit ihren feudalistischen Zügen nicht nur für die Repression eigener Art, sondern auch für archaische, aber dringend notwendige Freiheitsreservate gesorgt hatte. Heute ringen zwei Tendenzen miteinander, von denen eine gewiß stärker ist, - um so mehr muß die Studentenschaft und müssen - wie ich meine - alle Bürger der Universität für den Durchbruch der anderen Tendenz kämpfen. Zwei Tendenzen also - entweder ist die Steigerung der Produktivität der einzige Gesichtspunkt einer Reform, welche eine entpolitisierte Hochschule in das System der gesellschaftlichen Arbeit fugenlos integriert und sie zugleich unauffällig aus ihrer Verzahnung mit der politischen Öffentlichkeit löst. Oder die Universität behauptet ihre Stellung in der Demokratie; das scheint aber nur mehr auf dem Wege möglich zu sein, der Demokratisierung der Hochschule genannt wird."

Jürgen Habermas auf dem Kongreß "Hochschule und Demokratie", Hannover, 9. Juni 1967

I. Einleitung

Die Studenten der Abteilung Sozialwissenschaft haben während dieses Semesters durch Veranstaltungen, Flugblätter und auf andere Weise wiederholt ihre Ablehnung der Berufung von Dr. Hanno Kesting auf einen Lehrstuhl für Soziologie zum Ausdruck gebracht. Der "Fall Kesting" kam in verschiedenen öffentlichen Diskussionen zur Sprache; die Bochumer Hochschulgruppen taten dieser Affäre in Flugblättern Erwähnung; die Zeitungen berichteten. Das Bochumer Studentenparlament faßte zur Berufung von Hanno Kesting Beschlüsse der Rektor veröffentlichte eine Senatsvorlage zur Neuordnung des Berufungsverfahrens. Beharrlich schwieg dagegen die Fakultät der Abteilung Sozialwissenschaften. Man stritt eine Kompetenz zu öffentlicher Stellungnahme ab, diskutierte aber, wie verschiedenen Anzeichen zu entnehmen war, intern sehr heftig, wobei ein Teil der Fakultät nicht vor der Verleumdung anderer Angehöriger des Lehrkörpers zurückschreckte. Der betonte Immobilismus nach außen hin mag dabei auf einen Mangel an Information zurückzuführen sein - zwei der acht Ordinarien haben zur Zeit ein Forschungssemester - wobei der Mangel an Informiertheit allerdings auch auf einen Man-

gel an Interesse schließen läßt. (Das trifft sicherlich auf einen großen Teil der Nichtordinarien zu.) Andererseits scheint diese Enthaltsamkeit aber bewußt taktisch gemeint zu sein. Man darf vermuten, daß die Fakultät glaubt, unangenehme Tatbestände, wie die Divergenz der Ansichten im Falle Kesting durch Ignorieren aus der Welt schaffen und die Kritik der Studenten, kaum erwacht, wieder einschläfern zu können. Die Diskussion muß jedoch weitergehen, und zwar wird sie sich vor allem auf zwei Aspekte konzentrieren müssen:

1. auf die allgemeine Demokratisierung des Berufungsverfahrens und

2. auf den gesamten Personalbestand der Abteilung Sozialwissenschaften.

Denn die Berufung von Hanno Kesting ist keine isolierte Aktion, auch keine "Panne", sondern sie ergibt sich konsequent aus der bisherigen Besetzung der sozialwissenschaftlichen Lehrstühle und aus dem Wissenschaftsverständnis der dortigen Lehrstuhlinhaber. In diesem neuen Stadium der Diskussion - das durch den Artikel über Roman Schnur in den Ruhr-Reflexen vom Dezember 1967 / Januar 1968 (Heft 7, Jahrg. 2) eröffnet wurde - erscheint es deshalb notwendig, noch einmal zusammenfassend den Verlauf der Ereignisse im Falle Kesting und die Argumentation, mit der die Studenten der Abteilung die Ablehnung dieses Professors begründen, darzustellen. Das soll die Aufgabe der vorliegenden Dokumentation sein. Denn an diesem Fall wird deutlich, nach welchen Kriterien die Professoren der sozilawissenschaftlichen Abteilung berufen werden; daß diese Kriterien alles andere, nur keine "Sach"-kriterien sind, sondern daß hier eine bestimmte politische Richtung versucht, sich selbst zu reproduzieren. Es wird ferner dabei deutlich, daß eine Wissenschaft, die sich selbst als "wertfrei" versteht, d.h. als unabhängig von Politik und Ideologie und nur durch Rationalität bestimmt, ihrerseits zur Ideologie wird, wobei sie mit dem Anspruch auf Ideologiefreiheit sich einer ideologiekritischen Reflexion verschließt und damit das Recht der akademischen Öffentlichkeit, d.h. der Studenten, auf Kritik beschneidet, ja unmöglich macht. Im Gegensatz zu die-

sem Selbstverständnis der sozialwissenschaftlichen Fakultät erscheint es jedoch notwendig, diese Zusammenhänge zwischen Wissenschaft, Ideologie und Politik deutlich zu machen, um damit zu verhindern, daß sich diese gerade zwei Jahre alte Universität vollends zu einem Sammelbecken restaurativer und autoritärer Kräfte entwickelt.

II. Ablauf der Ereignisse

Dr. Hanno Kesting, Privatdozent an der TH Aachen, hielt am 24.10.1967 in Bochum einen Vortrag zu dem Thema "Gibt es einen Fortschritt der Völker?". Dieser Vortrag wurde gemeinsam von der Katholischen Studentengemeinde Bochum und dem Institut für Soziologie an der RU veranstaltet und fand statt innerhalb der Reihe "Progressio Populorum".

Anläßlich dieser Veranstaltung wurde bekanntgegeben, daß Hanno Kesting einen Ruf auf den dritten Lehrstuhl für Soziologie an der Ruhr-Universität erhalten hatte. "Wir haben die Neigung, in Ihrem heutigen Vortrag eine Art vorweggenommener Antrittsvorlesung zu sehen", sagte Professor Papalekas, geschäftsführender Direktor des soziologischen Instituts, in seiner Einführung. So mußte dieses erste Bochumer Auftreten des möglichen Professors von besonderem Interesse sein.

Kestings Vortrag wurde für den Referenten eine Blamage, für die Veranstalter peinlich und für alle Anwesenden ein Anlaß zur Bestürzung. Die Kritik entzündete sich vor allem an den politischen Thesen, die Kesting im Gewande unumstößlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse vortrug. Der Kern seiner Ausführungen war, daß jeder wie auch immer geartete Fortschritt schlechterdings unmöglich sei. Diese Theorie bewies er u.a. damit, daß Nkrumah für das Geld, das er als Entwicklungshilfe erhalten habe, teure Wagen für seine

Minister zu kaufen pflegte. Soweit man überhaupt von Fortschritt reden könne, seien Länder wie Spanien, Portugal, Mexiko oder Venezuela am fortgeschrittensten. - Spanien und Portugal, weil diese Länder den zum Fortschritt unerläßlichen Spar- und Arbeitswillen besäßen; Venezuelas Fortschrittlichkeit könne man daran erkennen, daß dieses Land heute ein Exportland für Reis sei, während es noch vor einigen Jahren Reis habe importieren müssen.

Im Anschluß an diesen Vortrag fand im Haus Michael noch eine Diskussion statt, in deren Verlauf Kesting unter anderem die These vertrat, daß Prognosen über die Entwicklung der Weltbevölkerung schon deshalb sinnlos seien, weil sämtliche Berechnungen durch den Abwurf einer Atombombe völlig durcheinander gebracht werden könnten.

Abgesehen von dem Zynismus derartiger Äußerungen liegt die Unbrauchbarkeit der Kriterien für "Fortschritt" (und nicht einmal dieser Zentralbegriff wurde von Kesting definiert) ebenso auf der Hand wie eine einseitige Voreingenommenheit für Länder klerikalistisch-restaurativer Prägung, die noch dazu in mindestens zwei Fällen - Spanien und Portugal - dem Faschismus nahestehende Diktaturen sind. Aus diesen Gründen rief der Vortrag Kestings unter den Studenten der Abteilung Sozialwissenschaft Verwirrung und Bestürzung hervor. So fand am 8.11.1967 eine Fachschaftsvollversammlung statt, auf der beschlossen wurde, Hanno Kesting schriftlich nahezulegen, den an ihn ergangenen Ruf nicht anzunehmen. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 9.11. abgeschickt (eine Empfangsbestätigung liegt vor); die hiesige Fakultät wurde über den Prodekan von diesem Vorgehen unterrichtet. Der Brief wurde am 14.11. in der "Bochumer Studenten-Zeitung" (Nr. 13/14, Jg. 1) veröffentlicht; die Lokalpresse und die "Frankfurter Rundschau" berichteten darüber.
Der Brief an Kesting hatte folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Dr. Kesting!

Die ordentliche Fachschaftsvollversammlung vom 8.11.1967 hat mit großer Mehrheit beschlossen, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die Fachschaft der Abteilung für Sozialwissenschaft hat anläßlich Ihres Vortrages, der im Rahmen der Vortragsreihe "Gibt es einen

Fortschritt?" auf Einladung der KSG in Verbindung mit dem Institut für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum am 24.10.1967 von Ihnen gehalten wurde, erfahren, daß Sie einen Ruf auf den dritten Lehrstuhl für Soziologie an der Ruhr-Universität erhalten haben.
Ihr Vortrag hat bei den anwesenden Studenten Zweifel an Ihrer Eignung als Lehrer für die Ruhr-Universität Bochum bestätigt.

Zum Beispiel führt Sie Ihre Orientierung an Hans Freyer und Arnold Gehlen zur pauschalen Abqualifizierung jeglichen Fortschritts als Ideologie, die ungerechtfertigt moralische Ideen in die Politik einträgt. Diese Vorstellungen konkretisieren sich in der Bejahung der restaurativen Entwicklung.
Wir glauben, daß es für den Lehrbetrieb unserer Abteilung nicht förderlich ist, wenn auch Sie an der Ruhr-Universität eine Richtung vertreten, die in besonderer Weise einseitig politisch ausgerichtet ist.
Da es uns versagt ist, bei den Berufungsverhandlungen mitzuwirken ersuchen wir Sie auf diesem Wege, den Ruf nicht anzunehmen.
Wir erwarten Ihre Antwort und erlauben uns, diesen Brief in der Ausgabe der nächsten Woche der Bochumer Studenten Zeitung zu veröffentlichen.

Hochachtungsvoll

Für die Fachschaft
der Vorstand

Dieses Ersuchen unterstützen:

Hans-Böckler-Kreis (HBK)
Humanistische Studenten-Union (HSU)
Der Vorstand der Katholischen Studentengemeinde (KSG)
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)".

Die KSG modifizierte später ihre Unterschrift.

Dieses Vorgehen der Fachschaft Sozialwissenschaft wurde vom Bochumer Studentenparlament in einem Beschluß vom 14.11. voll unterstützt. Am 15.11. fragte der Fachschaftsvorstand bei Dekan Schnur an, ob Kesting den Ruf inzwischen angenommen habe. Schnur ließ durch eine Sekretärin antworten, die Fakultät sei mit dieser Angelegenheit nicht befaßt; die Fachschaft sei darüber sicher viel besser informiert. Ein Telefongespräch mit dem Kultusministerium in Düsseldorf erbrachte dann, daß Kesting den Ruf angenommen hatte. Dies wurde am 21.11. durch Aushang von der Fakultät bekanntgegeben.
Am 1.12. wurde aufgrund eines Beschlusses einer außerordentlichen Fakultätssitzung die Kesting betreffende Berufungsliste veröffentlicht, die auf der Fakultätssitzung am 11.1.1967 beschlossen worden war. Die Liste enthielt folgende Namen:

1. Professor Dr. Bolte, München
2. Privatdozent Dr. Kesting, Aachen
3. Privatdozent Dr. Matthes, Münster.

Inzwischen hatte sich innerhalb der Fachschaft ein informeller Arbeitskreis gebildet, der sich im folgenden sehr intensiv mit dem wissenschaftlichen Werk von Hanno Kesting auseinandersetzte, um die Information der Studentenschaft zu intensivieren. Der Arbeitskreis tagte zum ersten Mal am 24.11.

Eine erste Analyse von "Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg", die am 27.11. erschien, befaßte sich vor allem mit der geistigen Tradition, in der diese Schrift steht (Carl Schmitt, A. Gehlen, H. Freyer). Kesting selbst hatte jedoch auf den Brief der Fachschaft immer noch nicht reagiert. Deshalb fand am 7.12. eine weitere Fachschaftsversammlung statt, die den Beschluß faßte, der Ablehnung Kestings durch die Studenten der Abteilung mit einer Kundgebung in Aachen Ausdruck zu geben. Auch das Studentenparlament befaßte sich auf seiner Sitzung vom 12.12. erneut mit dieser Problematik und faßte dazu den folgenden Beschluß:

"Mit Befremden hat das Studentenparlament festgestellt, daß Herr Hanno Kesting in keiner Weise auf den offenen Brief der Fachschaft Sozialwissenschaft vom 9.11.1967 reagiert hat. Daher unterstützt das Studentenparlament die Absicht der Fachschaft Sozialwissenschaft, ihren Bedenken gegen die Berufung Kestings und dessen obenerwähnte Verhaltensweise Nachdruck zu verleihen durch eine Protestdemonstration an der TH Aachen. Das Studentenparlament ruft die Hochschulgruppen und die Studierenden aller Abteilungen an der Ruhr-Universität auf, sich mit dem Protest solidarisch zu erklären und an der Demonstration in Aachen teilzunehmen."

Zur Vorbereitung dieser Demonstration fand am 14.12. gemeinsam mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund ein teach-in für alle Studenten der RU statt. Die Demonstration selbst wurde am 18.12. in Form eines hearings mit Hanno Kesting und Arnold Gehlen an der TH Aachen durchgeführt. Über diese Diskussion wird gesondert berichtet werden.

III. Das wissenschaftliche Werk von Hanno Kesting - Zusammenfassun

Es folgt, als Ergebnis der Diskussion in der obenerwähnten Arbeitsgruppe, eine Zusammenfassung der wichtigsten Thesen Hanno Kestings, wie sie sich in seinen verschiedenen Schriften finden. Das Schwergewicht liegt dabei auf Kestings theoretischen Abhandlungen.

Kestings Schriften sind dem Kampf gegen Geschichtsphilosophien jeder Art gewidmet. Darunter versteht er Fortschrittstheorien oder -philosophien, wie sie seit der Aufklärung als gleichsam säkularisierte Eschatologien entworfen wurden. Philosophische Prämisse solchen Fortschrittsdenkens sind nach Kesting vier Einheitsvorstellungen: von der Einheit der Zeit (Linearität der Zeit), des Raums, der Menschheit und der Geschichte. In diesen Prämissen sieht Kesting das utopische Element der Geschichtsphilosophien:

"Die Aufhebung der räumlichen, zeitlichen, ethischen Verschiedenheiten und damit der geografischen, geschichtlichen und soziologischen Konkretheit menschlichen Daseins verleiht den Konstruktionen (der vier Einheiten, d. Verf.) utopischen Charakter. Das spezifisch Utopische besteht in der Vernachlässigung des in Raum und Zeit konkret Gegebenen zugunsten einer augenblicks- und ortlosen Universalität." (3,12)

Diesen Vorwurf des Utopismus macht Kesting so verschiedenen Denkern, wie den französischen Aufklärern Kant, Saint-Simon, Hegel, Babeuf, Fichte oder Marx. Bei allen diesen "Geschichtsphilosophen" stellt Kesting einen Dualismus fest zwischen einer empirisch vorgefundenen Welt der Verschiedenheiten und einer "intelligiblen" (Kant) Welt des Seins an sich und des Seinsollenden. Wo dieser Dualismus vorgefunden wird, handelt es sich nach Kesting um eine utopische Geschichtsphilosophie, d.h. um Fortschrittsglauben, der Ideologie ist. Das "Strukturprinzip" der Geschichtsphilosophie ist dabei das folgende:

"Sie stellt der Gegenwart das Bild einer Zukunft gegenüber, die als eine Welt des Sollens das Ziel der Weltgeschichte bil.et und diese zu einem sinnvollen Geschehen macht. Die Welt des Sollens aber, gekennzeichnet durch die Aufhebung des konkret Gegebenen, ist utopisch." (3, 12/13)

Historisch möglich wurde nach Kesting dieses Denken, als die absolutistische Staatsauffassung verblaßte:

"Man hat vergessen, daß der absolutistische Staat in der Überwindung des konfessionellen Bürgerkrieges seinen Inhalt hat. Durch mehr als ein Jahrhundert öffentlicher Ruhe, Sicherheit und Ordnung ist der Sinn für den Zusammenhang von Schutz und Gehorsam verblaßt." (2, 6)

Der Glaube an die Möglichkeit eines besseren Daseins als das jeweils konkretisierte wird nach Kesting erst durch die Philosophen der Aufklärung in die breiten Massen der Bevölkerung hineingetragen, die damit ein Instrument der Kritik an die Hand bekommen. Dadurch erfährt die Lage des Ancien Régime eine qualitative Veränderung: sie wird zur Krise, die schließlich in der Revolution ihren Ausbruch findet.
Das spezifisch Neue, das die Aufklärungsphilosophen mit ihren Fortschrittsideen in die Gesellschaft einbringen, ist nach Kesting die Moral, die damit in die Politik eindringt und diese verfälscht:

"Die politischen und wirtschaftlichen Probleme, die aus den Händen der Fachleute in die der Philosophen geraten sind, verfallen einer hemmungslosen Moralisierung, die darauf hinausläuft, den sachlichen Gegner moralisch zu diskreditieren." (4,204)

Die Geschichtsphilosophie, das ist Kestings These, verschafft ihren Anhängern ein Gefühl der moralischen Überlegenheit, welches es ihnen ermöglicht, den Gegner zu verteufeln und zu diskriminieren: die Geschichtsphilosophie spaltet die Welt in Freund und Feind. Damit ist die Situation des Bürgerkriegs geschaffen; im 18. Jahrhundert noch auf Frankfreich beschränkt, heute, d.h. seit der russischen Revolution von 1917, totalisiert zum Weltbürgerkrieg. Alle Kriege und Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert gehen damit für Kesting auf das Konto der fortschrittsgläubigen Geschichtsphilosophie bzw. deren Verfechter (Philosophen, Literaten, kurz: Intellektuelle). Dieses unruhestiftende Element ist für Kesting der einzige relevante Gesichtspunkt für die Interpretation von soziologischen und politischen Theorien der letzten Jahrhunderte. Auf diese haßschaffende Funktion reduziert er, völlig oberflächlich, z.B. den Marxismus Lenins, wenn er sagt:

"Er (Lenin, d. Verf.) hat es verstanden, dem Bolschewismus die großen Quellen des politischen Hasses zu erschließen, die auf der Welt heute vorhanden sind ... Als Weltanschauung ist der Leninis-

mus also im Wesentlichen eine Lehre vom Feind, der durchschaut und ins Unrecht gesetzt wird ... Auch hier wahrt er die Tradition des Marxismus, der, im Gewande einer ökonomischen Theorie, die diskriminierende Kraft des deutschen Humanismus und Idealismus zur Entfaltung gebracht hat." (5, 139 f.)

Der verderbliche Kern jeder Geschichtsphilosophie oder Fortschrittsutopie, was dasselbe ist, ist für Kesting die Auffassung des Menschen als eines autonomen Wesens, das selbstverantwortlich die Geschichte gestalten zu können glaubt. Die Bedingung für diesen "Autonomismus" wiederum ist der nihilistische Atheismus, gleichfalls ein Bestandteil der Aufklärung. Zusammen mit der Moral, die von der Geschichtsphilosophie in die Politik eingeführt würde, tragen diese Faktoren die Unruhe in die Gesellschaft, führen sie zu Revolution, Bürgerkrieg und Chaos.

Dem solcherart charakterisierten utopistischen Geschichtsbild stellt Kesting das aus der jüdisch-christlichen Tradition stammende eschatologische Denken gegenüber, soweit sich dieses über die Aufklärung hinweg erhalten hat. Als Beispiele hierfür nennt er u.a. Denker wie de Maistre, de Bonald, Donoso Cortes. Diese Philosophen und Soziologen stellen dem aufklärerischen "Atheismus" und "Nihilismus" den Monotheismus gegenüber, welcher der weltlichen Ordnung ihre Autorität verleiht. So sagt Kesting z.B. über de Maistre, der eine Neubelebung der christlichen Eschatologie versucht habe:

"Die Fruchtbarkeit dieses Ansatzes ... beruht auf einer Negation der Aufklärung und der Geschichtsphilosophie ..." (3, 28).

Während, wie Kesting sagt, die Geschichtsphilosophie die Erlösung des Menschen und das Paradies, in welches diese einmündet, als utopische Aufhebung der Geschichte prognostizieren, bleibt für die "Eschatologen" die jüdisch-christliche Erwartung der Erlösung am Ende der Geschichte von Gott; sie wird aber ernsthaft von keinem dieser Theoretiker geglaubt.

Ohne diesen religiösen Bezugspunkt jedoch gewinnen diese "eschatologischen" Theorien, die Kesting mit offensichtlichem Beifall referiert, eine besondere Note. Denn ihr Zentralbegriff die Ord-

nung, wird funktions- und sinnlos und wird zu einem Wert an sich. Deren primäre Funktion ist für die Eschatologen die, den Menschen vor sich selbst zu schützen - denn der Mensch ist von Natur aus schlecht - und ihn vor geistigem Hochmut - "Autonomismus" - und den daraus resultierenden intellektuellen und politischen Abenteuern zu bewahren. Die Ordnung muß hierarchisch sein, denn es gibt, wie Kesting postuliert, eine Art Arbeitsteilung zwischen denen, die schützen und herrschen, und denen, die gehorchen. Diese Hierarchie kann jedoch nur funktionieren, wenn sie Autorität genießt, und diese Autorität erhält sie aus der jüdisch-christlichen Eschatologie, die damit umfunktioniert wird von einer religiösen Deutung der Geschichte und des Daseins zu einem Stabilisierungsmoment, das die Ordnung aufrechterhält. Diese letztere hat damit kein Ziel mehr, sondern ist Selbstzweck.

Diese Konsequenz ergibt sich folgerichtig aus dem anthropologischen Ausgangspunkt Kestings und jener Denker, die er "Eschatologen" nennt. Hier zeigen sich auch deutlich die Gefahren, die in einer derartigen Auffassung vom Menschen und von der Gesellschaft impliziert sind. Mit aller wunschenswerten Deutlichkeit hat Reinhard K ü n l diese Gefahren in einem Aufsatz über "Rechts und Links als politische Grundkategorien" aufgezeigt. Er schreibt:

"Die dritte Hauptvariante rechter Ideologie ist ohne Zweifel die brutalste: die behauptet, der Mensch sei von Natur aus böse und gemein und müsse daher streng in Zucht genommen werden. Eine starke Autorität, die für Disziplin und Ordnung sorge, sei der einzige Garant, der menschliches Zusammenleben gewährleisten könne ... Anknüpfend an konservative Theoretiker wie de Maistre, Donoso Cortes u.a. hat der Faschismus deshalb Zucht und Ordnung, Disziplin und Gehorsam zu den höchsten Tugenden erklärt ... (Die Linke, d. Verf.) fragt, welche Garantie denn dafür bestehe, daß gerade jene, die die Herrschaft ausüben, weniger böse seien als die Beherrschten. (Der einzige Ausweg scheint darin zu liegen, Zwang als solchen für gut zu erklären.)"1)

Diese Sätze treffen genau auf die Schriften von Hanno Kesting zu. Auch die Schlußfolgerung ist unausweichlich; Kesting erhebt die Ordnung und Disziplin unreflektiert zu einem Primärwert, der

---

1) Reinhard Künl: Rechts und Links als politische Grundkategorien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12. Jg., H. 11, Nov. 67, S. 1172/73

für ihn - als Alternative zum Bürgerkrieg - das fast ausschließlich Kriterium für die Interpretation und Beurteilung politisch-sozialer Theorien wird. Wie sehr diese Fragestellung aber den Blick verstellt und eine differenzierte Betrachtungsweise unmöglich macht, zeigt sich z.B. bei Kestings Darstellung des Marxismus-Leninismus, dessen theoretischer Gehalt für Kesting in der Lehre von der Organisation einer revolutionären Partei besteht. Daß es Lenin gelungen ist, mit dieser Organisation in Rußland "Ordnung" zu schaffen, bewundert Kesting gleichermaßen wie die "Ordnung" Spaniens, die Donoso Cortes propagierte. (Donoso Cortes, ein konservativer Staatstheoretiker des 19. Jh., sah Spanien vor die Alternative zwischen der Diktatur von rechts und der von links gestellt; aus Gründen der Ordnung entschied er sich für die erstere.) Das pessimistische Menschenbild und die theoretischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind nicht neu. Sie gehen in erster Linie auf Thomas Hobbes zurück, auf den sich Kesting implicite oder explicite auch immer wieder beruft, wenn auch vorwiegend durch die Brille der Hobbes-Interpretation von Reinhard Koselleck (vgl. dessen "Kritik und Krise", 1965). Die Entstehung und Legitimierung des absolutistischen Staates aus der Überwindung des religiösen Bürgerkrieges, wie sie Hobbes aus seiner historischen Erfahrung darlegt, erscheint aber bei Koselleck noch in ihrer historischen Relativität und Bedingtheit; Kesting dagegen überträgt diesen Gedanken unkritisch auf den Staat überhaupt. Von ähnlichen restaurativen Versuchen - wie etwa dem Versuch Dolf Sternbergers, den Begriff des Politischen durch den gesellschaftlichen Frieden zu bestimmen - unterscheidet sich der Ansatz Kestings jedoch durch eine besondere zynische Note. Durch die angebliche Ausschaltung alles Normativen aus seiner Theorie erhält die Kesting'sche Vorstellung der Ordnung einen Eigenwert, der in seiner Absolutheit von ganz besonders repressiver Natur ist. In diesem Kategoriensystem wird nicht gefragt nach den vielfältigen Interessen, die die Gesellschaft konstituieren, geschweige denn nach deren Berechtigung, sich durchzusetzen. Das in der Idee der Ordnung steckende Problem der sozialen Macht wird gleichfalls nicht reflektiert. Von der Fiktion ausgehend, daß "politische" Fragen lediglich "Sach"fragen seien, die mit Moral- und Wertentscheidungen nichts

zu tun haben, fordert Kesting die Herrschaft der "Fachleute", die vor dem Auftauchen der Fortschrittsideen im 18. Jahrhundert die Regierungen getragen hätten - was eine sehr zweifelhafte Aussage ist. In einer Art Prognose erhofft sich Kesting für die Zukunft einen ähnlichen Zustand, nämlich die Überwindung der Geschichtsphilosophie durch die Kybernetik und die Erneuerung der Herrschaft von Experten und Technokraten. Sofern Herrschaft für Kesting überhaupt ein Problem ist, ist es ein institutionelles Problem; die Notwendigkeit der Existenz von Herrschaft, die Frage, wie Herrschaft in einem demokratischen System gestaltet werden müßte oder könnte, stellt sich ihm nicht. Das entspricht seinem statischen Bild von der Gesellschaft, deren "Ordnung" sich letztlich nur in ihren Institutionen manifestieren kann. Hier trifft sich Kesting mit Arnold Gehlen. Äußerst problematisch erscheint dabei die Einengung des Sozialen und damit des Gegenstandes der Soziologie. Den Staat z.B. kann Kesting als gesellschaftliches Phänomen nicht mehr in den Griff bekommen, wenn er eine Trennung von Staat und Gesellschaft postuliert. (Demokratisierung z.B. heißt für ihn, daß die Macht "aus den Händen des Staates in die der Gesellschaft gerät" - 5,130.) Diese Dichotomie ist für einen Soziologen schlechterdings nicht zu akzeptieren; darüber hinaus verrät sie jedoch auch eine äußerst bedenkliche ideologische Grundhaltung. Wenn dem Staat im Gegensatz zur Gesellschaft in dieser Weise ein Machtmonopol zuerkannt wird, kann sich das nur auf die staatlichen Institutionen, d.h. auf die Beamten beziehen. Die Frage, wie sich eine solche Auffassung mit Vorstellungen eines demokratischen Staates, wie sie etwa im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind, vereinbaren läßt, kann man leicht beantworten.

Von dieser Sicht her läßt sich allerdings auch verstehen, daß Kesting ein für die Soziologie so eminent wichtiges Problem wie das des sozialen Wandels als solches nicht in den Blick tritt. Es wird bei Kesting vielmehr eingeschränkt auf Revolution und Bürgerkrieg im Sinne von Carl Schmitt, dessen Freund-Feind-Theorie hier, ungeachtet der Tatsache, daß sie bereits einmal gescheitert ist, einen späten Triumph feiert. Soziale Prozesse stellen sich für Kesting dar als revolutionäre Bewegungen, die nicht

strukturelle Gründe haben, d.h. aus den jeweiligen sozialen Gegebenheiten zu erklären sind, sondern von kleinen Cliquen, Philosophen, Literaten oder Verschwörer genannt, in Gang gesetzt werden. Handelt es sich bei Kestings Schriften also im Grunde um eine Elitetheorie? Wohl kaum, denn dafür fehlen sämtliche Voraussetzungen. Kesting fragt nicht nach den Bedingungen und Motiven für das Auftauchen solcher Eliten, er fragt nicht nach den Bedingungen ihres Erfolges, nicht nach den Beziehungen zwischen Elite und übriger Gesellschaft, und auch nicht dananch, unter welchen Bedingungen es den Eliten überhaupt gelingt, die Massen der Gesellschaft zu mobilisieren. Richtet man diese Fragen trotzdem an Kesting, so erhält man immer dieselbe Antwort: Die Kraft der utopistischen Fortschrittstheorien macht dies alles möglich. Auf die weiteren Fragen, die sich aus dieser These ergeben könnten, geht Kesting genauso wenig ein: etwa die Frage, inwieweit eine solche Fortschrittstheorie inhaltlich berechtigt ist; welche sozialen Verhältnisse sie initiieren und sich in ihr widerspiegeln usw. Auch den - entscheidenden - Nachweis der Unmöglichkeit von Fortschritt überhaupt bleibt Kesting schuldig, obwohl er diese Unmöglichkeit immer wieder behauptet. Dazu wäre allerdings auch eine operationale Definition des Begriffs Fortschritt notwendig, die Kesting genauso wenig leistet.

Die bis hierher vorgetragene Kritik an den Theorien Kestings soll in den folgenden Thesen kurz zusammengefaßt werden.

1. Kesting übernimmt unkritisch und unreflektiert ein pessimistisches Menschenbild, das in einer bestimmten historischen Epoche den Zeitgenossen als empirisch erwiesen nahegelegen haben mag, das aber in seiner historischen Relativität keine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann und nur noch einen literarischen Topos darstellt. Die Funktion, die dieser Topos in Kestings Theorie erfüllt, ist offensichtlich; er dient dem Autor zur Konstituierung einer autoritären Staats- und Gesellschaftsauffassung.

2. Aus dieser Prämisse "Der Mensch ist schlecht" leitet Kesting die Notwendigkeit einer "Ordnung" ab, die die Aufgabe habe, den Menschen vor sich selbst zu schützen. In ihrer Unbedingtheit erhält diese Ordnungsidee den Charakter eines Wertes an sich; damit wird abstrahiert von allen sozialen Gegebenheiten - z.B. werden die (wie man weiß unvermeidlichen) sozialen

heutigen Situation der deutschen Hochschule zu allererst in einer Demokratisierung der Universität konkretisieren. Hanno Kesting stellt dem jedoch ein Verständnis von Wissenschaft gegenüber, das die Wissenschaft lediglich zum Erfüllungsgehilfen anderer Mächte macht; das die Aufgabe der Universität nicht darin sieht, zu rationaler, bewußter Kritikfähigkeit zu erziehen, sondern angepaßte Experten und Technokraten zu produzieren, die kritiklos das jeweils bestehende System perfektionieren. Auf den immanenten logischen Fehler, der darin besteht, daß die prägende und damit normativ wirkende Kraft der sogenannten wertfreien Technokratie übersehen wird, soll hier nur hingewiesen werden.

Konkret auf die Bochumer Verhältnisse bezogen ergibt sich der Widerspruch, daß hier ein Professor, der die Möglichkeit eines jeden wie immer gearteten Fortschritts verneint, an eine Universität berufen wurde, die sich selbst als Reformuniversität versteht. Darüber hinaus ergibt sich die Gefahr, daß durch die einseitige Schulenbildung, die sich an der Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaft vollzogen hat, hier eine Klasse von Akademikern herangezogen wird, deren Bewußtsein unfähig ist zu distanzierter Kritik gegenüber sich selbst, gegenüber der Wissenschaft und gegenüber der Gesellschaft; Akademiker, die nicht einmal die sozialreformerische Aufgabe erfüllen können, die sich eine restaurative Soziologie wie diejenige Auguste Comtes zum Ziel gesetzt hat.

Bochum, im Februar 1969

J.Chr. PAPALEKAS' UNGEBROCHENES VERHÄLTNIS ZUR HERRSCHAFT

"Ich pflege nicht
in Machtkategorien zu denken"
(Papalekas in einer Fakultätssitzg)

Arbeitsgruppe 'Kritische Soziologie an der
Hochschule'

I ZUR ERINNERUNG

Verschiedentlich haben in den letzten Semestern Studenten Versuche ideologiekritischer Arbeiten über Lehrende dieser Abteilung vorgelegt.
Erinnert sei an den Artikel in den Ruhr-Reflexen vom Dez. 67/ Jan. 68 über Roman Schnur, "Neue Lehre von der Diktatur", in dem untersucht wurde, "in welchem Maße und mit welchen Konsequenzen R. Schnur (bis Anfang dieses Semesters Politik-Professor an dieser Abteilung) die Lehren von Carl Schmitt - des staatsrechtlichen Wegbereiters des Dritten Reiches, der in unserer restaurativen Republik eine symptomatische Renaissance erlebt - und Maurice Hauriou vertritt."
Als Folge der Berufung von Hanno Kesting auf den dritten Lehrstuhl für Soziologie war damals die Diskussion um die fragwürdige ideologische Ausrichtung des größten Teils der Professoren der Abteilung in Gang gekommen. Es begann mit dem o.g. Artikel über Schnur. Anfang 1968 erschien dann eine weitere Arbeit: über H. Kesting. In dieser Kurzanalyse wurde an Hand von Zitaten aus Kestings (wenigen) Veröffentlichungen nachgewiesen, daß er sich nicht scheut, offen reaktionäre, faschistische Gedanken auszusprechen. (In Diskussionen bezeichnete er Spanien und Portugal als fortschrittliche Länder und hielt den Faschismus für eine interessante Konzeption zur Einigung Europas.)
Mit dem Fall Kesting erreichte die Diskussion ihren Höhepunkt: der Protest der Studenten fand eine breite Basis. Die Forderung nach Mitentscheidung in Berufungsfragen wurde unüberhörbar. Dennoch leistete es sich die Fakultät, nach diesen Vorgängen, als Lehrbeauftragten für Politik, Rüdiger Altmann zu berufen. Damit hatte - wie die BSZ damals schrieb - "die Gesinnungsfront neue Verstärkung bekommen." Als Entwerfer des Konzepts von der formierten Gesellschaft, als Berater Erhards, als stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, hat er immer wieder die mangelnde Autorität dieses Staates beklagt und tat faschistische Tendenzen in der BRD - wie es in einem Flugblatt damals hieß - mit einer Reflektion auf den unpolitischen Philosophen ab: "Manche Aktivität innerhalb unserer Vertriebenenverbände ... auch einige Politiker unserer großen Parteien posieren von Zeit zu Zeit in nationalen Affekten. Alles das hat nichts Bedrohliches, bedeutet kein Zurück in die Vergangenheit. Man steigt, wie der Philosoph sagt, nicht zweimal in den selben Fluß." (Übrigens ist Altmann nicht der einzige,

der etwas mit Unternehmerverbänden zu tun hat: Külp war 1957 -60 zuletzt als Geschäftsführer beim Bund Katholischer Unternehmer in Köln; Köllmann war 1958/59 Redakteur beim Deutschen Industrieinstitut in Köln : Irgendwie ist es nicht weiter verwunderlich, wenn diese Herren - analog zur Ablehnung der Mitbestimmung in Betrieben - die Mitbestimmung der Studenten ablehnen.
Aber auch der "Fall Altmann" reichte der Fakultät scheinbar nicht: Sie setzte einen Herrn Ronneberger auf Platz 1 der Berufungsliste für Politologie! Zwar wurden dessen Artikel aus dem Völkischen Beobachter, in denen er sich offen für die Eliminierung der Juden ausspricht, erst jetzt bekannt, aber immerhin hätte man sich danach erkundigen können, ob oder was dieser Mann im Dritten Reich gemacht hat. (Übrigens hat er in einer Arbeitgeberzeitung noch kürzlich die härtesten Methoden zur Bekämpfung rebellierender Studenten empfohlen.)
Eigentlich ist es ein Versäumnis, wenn erst jetzt der Versuch einer Analyse des wissenschaftlichen Werkes Papalekas' vorgenommen wird. Denn hier tauchen Vorstellungen und Gedankengänge auf, die typisch sind, die sehr genau die "Gesinnungsfront" dieser Abteilung treffen.
Wir glauben, daß es eine der vordringlichsten Aufgaben von Studenten ist, die wissenschaftlichen Aussagen ihrer eigenen Lehrer kritisch zu prüfen. Wenn sich, wie im Falle dieser Abteilung, reaktionäre Lehrmeinungen häufen, sollten wir uns nicht wundern, wenn bisher alle wesentlichen Forderungen der Studenten abgelehnt wurden.
Wir meinen, auch dieses hier vorgelegte Papier beweist erneut: wir sollten die Köllmann, Kesting, Papalekas (Unterzeichner des Marburger Manifests; Herr Papalekas, was sagen Sie zu Griechenland?), die Külp (siehe seine Gedanken zur Hochschulreform), Rößler und Altmann rechts liegen lassen!

II Analyse

Die industrielle Gesellschat, ihre Entwicklung, ihre Struktur und ihre aktuellen Probleme; das sind die Themen, denen sich Johannes Chr. Papalekas in seinen Aufsätzen widmet. Seine Überlegungen gehen aus von einigen zentralen Begriffen, von Herrschaft und Macht, von Technik und Rationalität vor allem, deren Inhalte und gegenseitige Beziehungen noch darzulegen und zu prüfen sein werden. Mit Hilfe von historisch-soziologischen Betrachtungen gelangt er schließlich - wie sich zeigen wird - nach sehr fragwürdigen Verknüpfungen zu einem pluralistischen Kreislaufmodell der modernen Industriegesellschaft. P. erhebt den Anspruch, mit diesem Modell der Realität der heutigen Gesellschaft gerecht zu werden. Und von daher fühlt er sich in der Lage, Forderungen und Warnungen auszusprechen - insbesondere auch für die BRD -,die allerdingsihren antidemokratischen Charakter kaum noch verbergen können und in unverkennbarer Harmonie stehen zu bekannten Tendenzen in der Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaften.

Die Analyse von Papalekas steht und fällt mit dem Begriff der Rationalität, der von Max Weber übernommen wird. Nun enthält dieser Begriff eindeutig materielle Implikationen (obwohl er Max Weber als wertfrei galt), d.h.: 'Rationalität' ist tatsächlich kein Maßstab, der alle gesellschaftlichen Teilbereiche in gleicher Weise betrifft, sondern er leitet sich (bei Weber) aus einem bestimmten, einem instrumentalen Bereich ab, nämlich aus dem der kapitalistischen Ökonomie, und wird dann mit gewissen Implikationen auf andere Bereiche übertragen. Bei Weber reduziert sich Rationalität auf technische Vernunft und Effektivität, auf "berechenbare und berechnete Herrschaft über die Natur und über den Menschen."[1] Nicht gefragt wird nach dem Sinn dieser technischen Rationalität. Das Postulat der ökonomischen Effektivität, eines optimalen Verhältnisses zwischen Input und Output, wird somit zum allgemeinen, verpflichtenden Prinzip.
Papalekas versucht den Widerspruch (zwischen angeblicher Wertfreiheit und tatsächlicher Wertbezogenheit) zu eliminieren, indem er behauptet, Rationalität habe sich nach "anfänglicher, partieller Niederlassung, nämlich im Kapital",[2] als über-

1) Herbert Marcuse, Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers, in: Marcuse, Kultur und Gesellschaft 2, Frkf. 65 S.111
2) J.Chr. Papalekas, Wandlungen im Baugesetz der industr. Gesellschaft, in: Zeitschr. f.d. ges. Staatswissenschaft, Tübingen 1959, Bd 115, S. 21

greifende, gesamtgesellschaftliche Kategorie erwiesen, als ein Prinzip, das sich - wie man folgern muß - in allen gesellschaftlichen Bereichen als das s i n n gemäße herausgestellt habe: daß also z.B. ein Industriebetrieb in gleicher Weise rational zu organisieren sei wie eine Universität. Es stellt sich aber heraus, daß Papalekas 'Rationalität' doch im Sinne technischer Vernunft und Effektivität versteht bzw. übernimmt; wenn er nämlich behauptet, Rationalität in seinem Sinne habe ursächlich nichts mit Kapital zu tun, vielmehr müsse man Kapital als Art der Rationalisierung betrachten, so liegt doch hier ein Fehlschluß vor: denn 'Rationalisierung' ist selbst wieder ein Begriff, der sich auf techn-ök. Effektivität bezieht. Auch läßt sich Industrialisierung und damit Kapitalakkumulation nicht auf 'Rationalisierung' reduzieren.
Obendrein ist sich Papalekas in diesem Punkt mit sich selbst nicht ganz einig, wenn er der vorindustriellen = vorrationalen die industrielle = rationale Gesellschaft gegenüberstellt - bzw. er übernimmt den Begriff doch genau im beschränkten Weber'schen Sinn. Denn woher sollte die Gesellschaft nach der industriellen Revolution, nach der Durchsetzung der bürgerlichen Ideen ihre Qualität als 'rationale' erhalten, wenn nicht gerade im o.a. Sinne?
Auch an anderer Stelle kling t die Unsicherheit des Autors an, wenn er etwa versucht, Rationalität zu relativieren und ihr eine zweite, quasi gleichberechtigte Dimension - die der Technik- an die Seite stellt,[1] obwohl sie, im angeblichen Gegensatz zur 'Rationalität!, ihren Mittelcharakter behält und das Problem der Zwecksetzung von Technik, entgegen der Behauptung von P., keineswegs grundsätzlich einen neuen Sinn erfährt.

Das Lavieren mit der Rationalität ist aber notwendig, um den Weber'schen Begriff als wertfreien zu retten und damit auch eine eigene Hauptthese, und zwar die des Pluralismus. Pluralismus kann ja erst in einer 'rationalen' zustande kommen, wenn Rationalität einen neutralen Charakter wahren würde, wenn sie also nicht aus einem instrumentalen Teilbereich wie dem der Wirtschaft (oder dem der Technik bei den Technokraten) abgeleitet wäre. Die Behauptung des Pluralismus baut also auf einem nur angeblich neutralen und wertfrein Rationalitätsbegriff auf; sie bildet aber die Basis der weiteren Überlegungen. Die Begründung der Pluralismusthese wird so

1) Papalekas, Wandlungen im Baugesetz ... a.a.O. S. 22

angeboten: die Durchsetzung der bürgerlichen Ideen und die industrielle Revolution hätten die Gesellschaft in eine 'rationale' verwandelt; diese Rationalisierung habe nach einer klassenkämpferischen Übergangsperiode die Arbeiterschaft differenziert und infolgedessen ein Nachlassen der Arbeiterbewegung verursacht.
Dann geht es mit einem kräftigen Fehlschluß weiter: damit sei auch die Klassen s t r u k t u r der Gesellschaft aufgehoben und der Pluralismus angebrochen (dieser Schritt wird aber - so weit wir sehen - nicht explizit vollzogen; die Begriffe Klassenkampf und Klassengesellschaft werden vielmehr in bunter Reihenfolge synonym gebraucht). Zwar sei "der Interessengegensatz das bewegende Moment der modernen Gesellschaft geblieben", jedoch handele es sich bei den Interessengruppen um Verbände, "die in einer Ära vielfach ausbalancierter sozialökonomischer Interessen nach besseren Verhandlungspositionen und günstigeren Angriffslagen trachten." [1] Papalekas führt uns hier das Bild einer Gesellschaft vor Augen, wie es etwa den Liberalen des letzten Jahrhunderts vorschwebte, mit dem Unterschied, daß das sich frei entscheidende und gleichberechtigte Individuum durch Interessengruppen ersetzt wird. Diese Interessengruppen sollen nun seiner Meinung nach eine Situation "vielfach ausbalancierter sozialökonomischer Interessen" herbeigeführt haben.
Daß dem Autor bei solchen Ausführungen nicht ganz geheuer ist, deutet er gelegentlich selbst an: "Variabilität der Interessengruppen und Zeremonialisierung der Auseinandersetzungen vermitteln den Eindruck eines zwar offenen und beweglichen, gleichzeitig aber sich konsolidierenden und stabilisierenden Sozialsystems."[2] Oder: "Die damit (mit der Notwendigkeit der Information, d.Verf.) verbundene Gefahr der unfairen Information hebt die Neutralität der Technik auf und verleiht ihr eine eminent politische Bedeutung."[3]

1) Papalekas, Führungsschicht und Industriegesellschaft - Zur Problematik moderner Machtstrukturen, in: Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, Hrsg. H.Wenke u. J.H. Knoll S. 21
2) a.a.O.
3) ders., Artikel 'Masse' in: Handwörterbuch der Sozialw.

Die Technik wird hier einerseits zum Sündenbock, andererseits für die Schlußreihe bei Papalekas zum Helfer in der Not. Nicht etwa Kapitalinteressen, sondern Technik und 'unfaire Information' (man beachte die Wortwahl!) sind es, die Rationalität und damit Pluralismus doch nicht so ganz frei walten lassen. Und von hieraus finden wir einen Ansatzpunkt zum eigentlich gefährlichen Teil der Äußerungen von Papalekas und wollen absehen von anderen zu kritisierenden Einzelheiten. (Z.B. von der permanenten Undeutlichkeit bzw. Inhaltslosigkeit der Begriffe, oder der eleganten 'Widerlegung' von Marx, indem kurzerhand Proletariat und Arbeiterschaft gleichgesetzt werden.)

"Im Gegensatz zur alten, vorindustriellen Technik ist nämlich die Technik heute kein bloßes Mittel zur Erreichung gesetzter Zwecke, ... mehr, sondern stellt ein 'Können überhaupt' (Freyer) dar, das in den menschlichen und gesellschaftlichen Entscheidungswillen eingeht und diesen wesentlich mitbestimmt."[1] Papalekas ist nun allerdings kein Technokrat und möchte somit der Technik nicht die alleinige Führung in die Zukunft überlassen. Er mißt ihr zwar große Bedeutung bei, sieht aber weiterhin die Notwendigkeit gesellschaftlich relevanter Entscheidungen, die nicht durch die Technik vorgegeben werden. Technokratische Vorstellungen erkennt er als Ideologie: "Es darf eben nicht übersehen werden, daß die Aufwertung der modernen Technik -...- der gleichen antipolitischen Position dient wie die alten Ideologien. Sie richtete sich dann auch und gerade gegen das Herrschaftsverhältnis, das sie in die reale Zange zu nehmen versucht."[2] Der letzte Satz des Zitats leitet nun über zu den Konsequenzen, die P. aus seinen Überlegungen zieht. Der Gedanke an die in die Zange genommene Herrschaft ist ihm nämlich unsympatisch: "Während die gravierenden Machtkämpfe keine eigentliche oder gar unangefochtene Herrschaftskonstellation entstehen ließen, bewirkten die Ideologien eine weitgehende Reduzierung der psychologischen Komponenten der Herrschaft: das gute Gewissen der Herrschenden bei der Auübung der Herrschaft wie die Bereitschaft der Beherrschten, Herrschaft zu ertragen. Die Herrschaft

1) Papalekas, Herrschaft, technisch herausgefordert, in: Freyer/Papalekas/Weippert (Hrsg.), Technik im techn. Zeitalter, Düsseldorf 1965, S. 232

2) a.a.O. S. 239

wurde in eine gefährliche Zange genommen ..."[1]
'Herrschaft' ist für Papalekas ein Gesellschaft konstituierendes Element, bleibt jedoch unreflektiert und wird damit zum Fetisch. Auch der Herrschaftsbegriff wird von Max Weber übernommen. Gegenüber 'Macht' zeichnet sich 'Herrschaft' dadurch aus, daß die oben zitierten Tugenden des "guten Gewissenes der Herrschenden" und die "Bereitschaft der Beherrschten, Herrschaft zu ertragen", gewährleistet sind. Fehlen diese Komponenten, so wird Herrschaft zur Macht, wie etwa in der Zeit der offen ausgetragenen Klassenkämpfe. Eine Situation, in der die Beherrschten ihre Lage nicht als unabdingbare Notwendigkeit betrachten, wo also das Moment der unreflektierten Unterwerfung fehlt und Gegensätze offen zu Tage treten, wird von P. von vorneherein mit negativem Vorzeichen versehen, "denn ... bloße Motive der Fügsamkeit, noch dazu rein zweckrationaler Art, reichen nicht aus, um ein Herrschaftsverhältnis auf eine stabile und verläßliche, insbesondere auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. In den Motiven müsse als entscheidendes Moment der Legitimitätsglaube hinzutreten. Erst die Existenz und die Wirksamkeit eines solchen G l a u b e n s ermögliche eigentliche Herrschaft, d.h. die Verbundenheit und Kooperation der Über- und Untergeordneten bei aller Herrschaftsspannung."[2] (sinngemäß von Weber übernommen). Der Glaube an die Legitimität der Herrschenden ermöglicht demnach also Herrschaft, und das heißt auch vor allem: Verbundenheit und Kooperation der Über- und Untergeordneten, von Herrschern und Beherrschten. Der Autor vermeidet es hier, den Charakter seiner doch "übergreifenden gesellschaftlichen Kategorie" - der Rationalität - zu überdenken. Denn 'Ratio' wird ja im 'Glauben' offensichtlich abgelegt. Die Sicherung der herrschaftlich organisierten Gesellschaft wird durch Glauben gewährleistet, durch gefühlsmäßige, willige Unterordnung.
In dieser peinlichen Situation (diese Konsequenz steht ja deutlich im Widerspruch zur Pluralismusthese) bemüht Papalekas nun Pareto, um zu retten, was zu retten ist. Der 'Kreislauf der Eliten' wird zum willkommenen Alibi. Wir wollen aber zunächst auf die Rolle, die P. den gesellschaft-

1) Papalekas, Führungsschicht und Industriegesellschaft ... S. 213
2) a.a.O. S. 212

lichen Institutionen in der modernen Industriegesellschaft zuspricht, eingehen. Er übernimmt hier eine These von Freyer, wonach die in den Institutionen "zu Ende geführte Rationalität nur von der einen Seite, nämlich von der Seite der Institutionen her, vorangetrieben wird"[1], da der einzelne Mensch nicht als 'ganzer' Mensch in diese eingehe. Die Institutionen - und zwar sie allein - haben folglich die Aufgabe, den oben erwähnten, durch die Technik freigelassenen Entscheidungsraum auszufüllen. "Fehlen diese (gesellschaftlich 'legitimierten', d. Verf.) Kräfte und die dazugehörigen Institutionen, dann verstärkt die moderne Technik die Verschleierung der sozialen Konturen und die Entscheidungshemmungen. Aber gerade diese immer deutlicher an den Tag tretenden Symptome sind es, die die Reaktivierung und Stärkung gestaltender Instanzen notwendig machen."[2]

Papalekas fordert also nichts anderes als eine Führungselite - Quasi einen ersten Stand - der 'herrschaft', also durch 'Glauben' legitimiert ist.

Er rechtfertigt sich mit der Pluralismusthese in Form der Theorie vom Kreislauf der Eliten, wonach sich "ein sehr intensiver Kreislauf der Eliten (an)bahnt."[3], der die Klassenstruktur beseitige; es finde eine "ständige Verschiebung und Neubestimmung der Interessenlage" statt, "die eine breite Plattform für sukzessive soziale Übergänge" liefere, die mit einer "ständigen Verlagerung der gesellschaftlichen Ausrichtung des Einzelnen verbunden" sei.[4] Den Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen kann jeder durch einen Blick in die gesellschaftl. Wirklichkeit selbst überprüfen. Immerhin dienen sie Papalekas als Prämissen (wodurch sie allerdings keineswegs richtiger werden).

Wie nun die reale Ausgestaltung dieser Forderung gemeint ist,

---

1) Papalekas, Das Problem der sozialen Leitbilder unter den Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft, in: Jahrb. f. Sozialw., Göttingen 1959, Bd. 4/10, S. 231

2) ders., Herrschaft, technisch herausgefordert ... S. 246

3) ders., Wandlungen im Baugesetz ... S. 23

4) ders., Das Problem der sozialen Leitbilder ... S. 232

finden wir an anderer Stelle: " ...; es kommt aber darauf an, die pluralistische Chance der entwickelten Industriegesellschaft zu einem Ordnungssystem auszuwerten, das die anarchistischen Tendenzen ausschließt und die Effizienz der gesellschaftlichen Bemühungen steigert."[1] Von wem dieses Ordnungssystem zu erstellen ist, wird auch gesagt: "Es stellt sich somit die Frage, ob man nicht gezwungen sein wird, solche übergreifenden Institutionen, eine Führungsschicht zu m a c h e n , die in normativer Anstrengung die existentielle Frage löst und damit zur weiteren Expansion und Stabilisierung der Industriegesellschaft selbst beiträgt."[2]
Stabilität und Kontinuität werden damit zu vorrangigen Normen hochstilisiert, ihr Eigenwert bleibt undiskutiert. (Und wer soll eigentlich die Elite 'machen'? Wer ist 'man'?)
Aber Papalekas gibt sich damit noch lange nicht zufrieden. Am Beispiel Frankreichs (auch R. Schnur weist wiederholt in diesem Sinne auf Frankreich hin) zeigt er, wie man sich die Herausbildung einer "straffen Führung" und eine "Reaktivierung des nationalen Willens" vorzustellen hat: "Hierbei kommen ihm (Frankreich) mehrere Umstände zugute: seine zentralistischen Traditionen, die die Herausbildung und Geltendmachung eines einheitlichen politischen Willens und einer straffen Führung fördern, das im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und auch zu Deutschland geringe Gewicht intermediärer Gruppen, was eine direktere und raschere, in vielen Fällen reibungslosere Kommunikation zwischen oben und unten und umgekehrt ermöglicht, nicht zuletzt die ebenso permanente wie bewußte Förderung einer Elitebildung auf dem Wege über traditionsreiche und exklusive Schulen und Hochschulen, die die ständige Erneuerung der Führungsschicht und damit die Reaktivierung des nationalen Willens zur Folge hat."[3] Die Fragwürdigkeit dieser Äußerungen kann hier unerörtert bleiben. Wichtig ist, daß P. für die BRD entsprechende Empfehlungen ausspricht (die auch die griechische neue 'Elite' dankbar entgegennimmt): "Es bleibt natürlich dahingestellt, ob und wie lange die deutsche Wirklichkeit ohne stärkere Berück-

---

1) Papalekas, Das Problem der soz. Leitbilder ... S. 237
2) ders., Führungsschicht und Industriegesellschaft ... S. 222
3) ders., Herrschaft, technisch herausgefordert ... S. 242

sichtigung anderer Bindungen, ohne die Reaktivierung der Traditionen, insbesondere ohne die Mobilisierung politischer Potenzen wird auskommen können."[1] (Schon R. Altmann schrieb in Bezug auf die BRD; "Der Staat gleicht einem kastrierten Kater, der an Umfang zunimmt - was ihm fehlt, ist die Potenz".) Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welche Art von Traditionen hier gemeint sind - und P. äußert sich recht offen dazu: "Insbesondere wurden (nach dem 2. Weltkrieg, d. Verf.) die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen durch mehrfache 'Säuberungen', Reduzierungen und Manipulierungen stark in Mitleidenschaft gezogen und verloren weitgehend ihre Anziehungskraft und ihre verpflichtende Wirkung."[2] Und: "Auf der anderen Seite hat das an Geschichte und Tradition reiche Deutschland seit 1918 nationale und gesellschaftliche Erschütterungen größten Ausmaßes erlitten, von denen die Niederlage von 1945 sogar seine völkische Substanz unmittelbar zu bedrohen schien."[3] 'Völkische Substanz' und 'deutsche Tradition' sowie die 'verpflichtende Wirkung' der in dieser (als autoritär und reaktionär bekannten) Tradition stehenden Institutionen - welch glorreiche Ideale!

So stellt sich die Theorie der modernen Industriegesellschaft, wie sie Papalekas ausführt, als ein dubioses Gedankengebäude heraus, das bereits bei vorsichtigem Anklopfen in sich zusammen fällt. Denn es handelt sich um eine Konstruktion, die mit zweifelhaften Voraussetzungen durchsetzt ist und besonders in ihrer aktualisierten Form, in der Anwendung auf bestehende Verhältnisse, deutlich antidemokratisch-reaktionäre Tendenzen aufweist. Sie verdichtet sich zu dem, was man gesellschaftliche Rechtfertigungslehre nennen kann - zur Ideologie der Herrschaft und damit der Herrschenden in Westdeutschland, Spanien, Griechenland und anderswo. In synkretistischer Manier werden Weber, Pareto und Freyer in ein harmonisierendes Modell eingepaßt, das nicht nur fatal an die 'formierte Gesellschaft' erinnert, diese vielmehr in seiner Konsequenz noch übertrifft. Nicht Abbau, sondern Aufbau von Herrschaft heißt die Maxime - und auf dem Altar der Ordnung, der Stabilität, der Tradition werden Kritik und Wissenschaftlichkeit geopfert. Die Stellung des Autors an einer westdeutschen Universität und die Tatsache, daß er nicht allein in dieser geistigen Tradition steht, nötigt leider dazu, gegen derartige totalitär-faschistische Ideologien weiterhin vorzugehen.

Aus: F. Rommeberger, Unruhe i. der deutschen Öffentlichkeit i. d. arbeitgeber, Nr. 10 – 1968 Rommeberger -45-

Auffassung als Konsumhaltung gilt: Ein weitgehend passives Verhalten im unreflektierten Genuß der produzierten materiellen und immateriellen Güter.

Es ist in letzter Zeit mehrfach darauf hingewiesen worden, daß der Harmonisierungstendenz der Wille zum Konflikt entgegenzusetzen ist. Soweit eine solche Tendenz in dem Sinne verstanden wird, daß bestehende Gegensätze nicht verharmlost und vertuscht werden dürfen, daß wir uns daran gewöhnen müssen, mit Konflikten zu leben, auch wenn sie uns ständig ärgern, daß also Konflikte nicht prinzipiell und nicht radikal aus der Welt geschafft werden dürfen, muß diese Gegensteuerung begrüßt werden. Wenn aber der Tendenz zur Harmonisierung durch den Aufruf zum Ungehorsam und zum Protest entgegengewirkt wird, dann trifft man die moderne hochkomplexe Gesellschaft am Lebensnerv. Sie ist überhaupt nur existenzfähig durch einen hohen Grad von allseitiger Anpassungsbereitschaft, die wiederum das Ergebnis eines langwierigen Zivilisationsprozesses ist. Der unzivilisierte Mensch vermag solche Systeme weder zu schaffen noch sich in ihnen zurechtzufinden. Ungehorsam gegenüber ihren Gesetzen bedeutet Rückfall in niedrigere Entwicklungsstufen.

Gegen die sogenannte Konsumhaltung macht seit Jahren der Kulturpessimismus Front, wobei es nicht einer gewissen Pikanterie entbehrt, daß auf diesem Felde ausgerechnet Konservative und Neomarxisten einander begegnen. Angesichts dieser seltsamen Einmütigkeit fühlt sich der ideologisch nicht gebundene Beobachter geradezu verpflichtet, diese Konsumhaltung in Schutz zu nehmen. Soweit sie sich auf das Verhältnis von Konsum und Freizeit beschränkt, lassen sich sogar gute Gründe dafür finden: Warum soll es dem in die strengen vorgeschriebenen Verhaltensmuster der Arbeitswelt eingespannten Berufsmenschen unserer Tage nicht erlaubt sein, sich in der Freizeit etwas „vormachen" zu lassen? Warum soll er sich nicht bei seichter Lektüre, Musik und Unterhaltung entspannen dürfen? Warum soll es keine Freizeitindustrie geben dürfen, die diese Leistungen bereitstellt? Wer sich einem anstrengenden Hobby hingeben kann und möchte, wird hierzu überall und jederzeit genügend Gelegenheit, Anregungen und Ermutigung finden.

Soweit aber Konsumhaltung Einstellungen und Verhalten als Staatsbürger betrifft, widerspricht sie eindeutig der Rolle, welche uns das moderne demokratische politische System vorschreibt. Das hat nichts mit staatsbürgerlichem Ethos oder tradiertem Staatsbewußtsein zu tun: Es ist nichts anderes als die streng rational abzuleitende Konsequenz aus den Funktionsgesetzen solcher Systeme, nichts anderes als das Verhalten der Mitglieder eines Industriebetriebes. Mit dieser Anspielung kommen wir zu einer weiteren Orientierung.

Intimer und öffentlicher Bereich

Was vor 15 Jahren von Helmut Schelsky als Verhaltensform der modernen Familie diagnostiziert wurde, wonach sie sich immer mehr aus dem öffentlichen Leben zurückzieht und sich in einem abgeschirmten Intimbereich sammelt, um ihren Mitgliedern den notwendigen Rückhalt für die Bewährung im Berufsleben zu geben, hat sich als durchgehender Zug des gesamten sozialen Lebens in unserer Zivilisation erwiesen: Der Privatmann, der in der bürgerlichen Ära der Träger des öffentlichen Lebens war, versteht seine Privatheit heute als Intimbereich, in den weder Gesellschaft noch Staat hineinzureden haben. Auf der anderen Seite unterliegt der öffentliche Raum den allgemeinen Organisationsregeln und Organisationszwängen: Er wird „anstaltlich". Das führt dazu, daß der einzelne, der sich ohnehin in der immer komplizierter werdenden Welt schlechter zurechtfindet, keine Chance mehr für persönliches Engagement sieht. Dem Rückzug in die Intimsphäre entspricht also die Professionalisierung der in Großgebilden und Bürokratien organisierten Öffentlichkeit.

So ist die Abstinenz vom staatsbürgerlichen Engagement zugleich in der Polarisierung von Intimbereich und Öffentlichkeit als auch in struktureller Hinsicht bedingt. Gegen diese Zwangsläufigkeit richtet sich nicht zuletzt der Protest eines Teiles der Jugend in den hochentwickelten Ländern. Dieser Protest muß freilich ins Leere laufen, wenn er sich gewisser, durch ihre Wirklichkeitsfremdheit wie durch ihren terminologischen Synkretismus gleichermaßen ungeeigneter Denkmodelle bedient: In einer an magische und mythologische Denkformen erinnernden Simplifizierung wird unterstellt, daß diese organisierte Öffentlichkeit durch die Verschwörung des Establishment manipuliert werde, was besagen soll, daß die Interessen der in den Organisationen Führenden gleichgerichtet sind. Demgegenüber belehrt uns die einfache, ideologisch unverstellte Anschauung, daß nicht nur die Interessen der am öffentlichen Prozeß teilnehmenden Gebilde kontrovers sind und sich untereinander im Zustand eines außerordentlich labilen Gleichgewichts halten, sondern daß auch die Führenden selbst innerhalb ihrer Organisationen vollauf damit beschäftigt sind, ihre Positionen gegenüber den Nachdrängenden zu behaupten. Sie erfahren dabei in keiner Weise Hilfe und Unterstützung von außen; gerade in dieser Hinsicht gibt es keinen Konsensus.

Wenn dieses System schlecht und recht funktioniert, so deshalb, weil sich die Akteure an gewisse Spielregeln der Auseinandersetzung halten, die ihr Gegenstück und ihren Rahmen in den formalen Bestimmungen unserer freiheitlich demokratischen Verfassung finden. Mit großer Sicherheit läßt sich sagen, daß Abweichungen von diesen Spielregeln oder gar ihre bewußte Ablehnung schwere Störungen hervorrufen müssen. Andererseits behält die Feststellung ihre Berechtigung, daß ohne das persönliche Engagement des Staatsbürgers das freiheitlich demokratische System nicht funktionieren kann, d. h., daß die notwendige Anpassung und der Wandel dieses Systems im Hinblick auf Herausforderungen von innen und außen in erster Linie von den Staatsbürgern selbst ausgehen muß. Hier liegt die Aufgabe der Opposition, die in den modernen Systemen sich nicht auf die parlamentarische Opposition beschränken kann, sondern in einem auf Verantwortung zielenden innovativen Handeln der Staatsbürger bestehen muß. Jedenfalls darf die schöpferische Unruhe nicht den Massenmedien überlassen bleiben: Sie muß und kann sich viel wirksamer innerhalb der am Öffentlichkeitsprozeß teilnehmenden Organisationen vollziehen. Das ist das eigentliche Problem der modernen Öffentlichkeit, daß sie sich innerhalb der politischen Parteien, Interessenverbände, Großbetriebe, Massenkommunikationsmittel usf. ereignet.

Anonymität der Macht

Mit der Organisation der pluralen Interessen hängt das veränderte Verhältnis zur Macht zusammen. Das entwickelte Industriesystem nimmt dem Menschen viele Entscheidungen ab, die es gleichzeitig versachlicht. Wir brauchen dabei nicht gleich an die sogenannten Elektronenhirne zu denken, die aus gegebenen Daten optimale

-46-

mechanistischen Bildern bis zu radikal biologistischen Organismus-Übertragungen. Das Prinzip der Einheit schließt das der Homogenität ein. Die Angehörigen der Nation erscheinen vom Ganzen aus gesehen grundsätzlich als Gleiche bzw. Gleichwertige. Die Interessen der Nation dulden keine Privilegierung. Im Grundsatz ist die Nation auch mißtrauisch gegen föderative Selbständigkeitsbestrebungen, sie neigt eher zur Zentralisierung der Kräfte und bedient sich der Machtmittel des Staates (Monopol der Gewaltanwendung), um selbständige Gruppen und Territorien einzugliedern und gleichzuschalten[31]). Die Nation nimmt als Repräsentanz des souveränen Volkswillens für sich in Anspruch, immer recht zu haben.

5. Bedürfnis nach einer Werteordnung

In der Hierarchie der Werte bedeutet die Lebenserhaltung der Nation und damit die Dienstbereitschaft des einzelnen für das Ganze einen besonders hohen und zwingenden Wert. Nation erscheint als die große Gruppe mit starkem Gemeinschaftscharakter, wo die Unvollkommenheit der Person in beträchtlichem Maße ausgeglichen und aufgehoben wird; sie erfährt von hier aus die sittliche Kraft zur Selbstverleugnung und zum Heroismus, es werden dem Leben Sinn und Ziel und die wesentlichen Richtlinien seiner Daseinsdeutung und Sicherheit gegeben. Höchste Loyalität gegenüber der Nation ist heute die Grundlage der Staatsraison, d. h. der Autorität des Staates. In ihrem Namen werden höchster Einsatz und Opfer erst legitim (Enkulturation und Personalisation).

6. Stolz auf nationale Leistung

Erst durch die im eigenen Staat verdichtete und verkörperte Nation wird die nationale Integration als einer Leistungsgemeinschaft evident und perfekt. Die Nation erschöpft sich nicht im Dasein, sie ist auf Aktion angelegt. Sie schafft nicht nur sich selbst, sondern sammelt, organisiert, richtet die Energien ihrer Angehörigen auf gemeinsame Ziele; sie „sozialisiert" die Gesellschaft. Seit sich die Staaten als Willensträger der Nationen verstehen, übernehmen sie für diese das Wächteramt der politischen Existenzsicherung. Politisches Dasein aber bedeutet: Wachsein, höchste Konzentration der Kräfte auf die Erhaltung einer durch expansive und imperiale Tendenzen ständig gefährdeten Gleichgewichtslage. Daher werden durch die Nation die Fragen um Sein und Nichtsein, um Krieg und Frieden, um Erhaltung und Überschichtung, Unterjochung in beständiger Konkurrenz und Bedrohung durch andere Nationen entschieden. Nicht auf die Einzelleistung, sondern auf die nationale Leistung kommt es an. Sie ist die eigentliche Quelle der Kraft auch für den einzelnen. Seine Leistungsbefriedigung soll sich aus seinem Beitrag zur nationalen Gesamtleistung ergeben. Er ist zumindest geneigt, sich in seinem Bedürfnis nach

Aus: Franz Ronneberger, "Nationale Integration als Ergebnis von Sozialisations-, Enkulturations- und Personalisationsinteressen", in: Der Mensch als pers. u. soz. Wesen, Stgt. 1963 (ed. G. Wurzbacher), S. 225 – 261

Die slowakische Judenaussiedlung

Von Dr. Franz Ronneberger

Fast unbemerkt und im Schatten der großen militärischen und politischen Ereignisse, deren Zeuge wir täglich sind, ist seit einigen Wochen vor den Toren des Reiches, in der Slowakei, mit einer Aktion begonnen worden, deren Planung und Durchführung von europäischer Bedeutung ist. Es ist leider nicht zu verkennen, daß alle Maßnahmen, die von den europäischen Staaten im Laufe der letzten Jahre gegen das Judentum getroffen worden sind, so einschneidend sie im einzelnen für das Judentum und für die Wirtschaft des jeweiligen Staates auch gewesen sein mögen, das Problem als solches doch nicht aus der Welt zu schaffen vermochten. Wir haben selbst an dieser Stelle vor Monaten bei der Charakterisierung des Judentums in Südosteuropa feststellen müssen, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um den Einfluß des Judentums so auszuschalten, wie dies im Interesse des europäischen Friedens und des europäischen Wiederaufbaues notwendig wäre, sondern daß nur seine gänzliche Eliminierung zum Ziele führen kann.

Wir hatten dabei aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich kein Volk und kein Staat um die Einleitung aller jener Maßnahmen drücken darf, die jetzt bereits in Angriff genommen werden können. Denn es geht ja nicht allein um die tatsächliche Ausschaltung des Judentums, sondern vor allem auch um die Aufklärung der Völker und ihre Erziehung zur Erkenntnis des verderblichen Einflusses, den die Juden seit Jahrhunderten auf die Entwicklung Europas genommen haben.

Die Slowakei war in diesem Vorbereitungskampf gegen das Judentum bereits durch die klare Fixierung des Judenbegriffes im Sinne der Nürnberger Gesetze, durch den bekannten Judenkodex, vorangegangen. Es hatte sich aber bald gezeigt, daß die Abgrenzung der Rechte des Judentums gegenüber denen des slowakischen Volkes noch nicht einmal genügten, um zu einer Klärung des Dissimilationsproblems zu kommen. Hiefür mögen mehrere Gründe maßgeblich gewesen sein, entscheidend jedoch wirkte sich die wirtschaftliche Machtstellung des Judentums aus. Doch dazu kamen weitere wichtige Momente.

Das slowakische Staatswesen steht erst ganz am Beginn seiner Entwicklung und Festigung. An die Lenker des selbständigen Staates traten in den ersten Jahren so zahlreiche und mannigfache Probleme und Schwierigkeiten heran, daß für sie der Kampf gegen das Judentum nur ein Moment unter vielen anderen bedeutete, die Grundlagen des Staates zu legen.

Vergessen wir doch nicht, daß sich der slowakische Freiheitskampf bis zum Weltkrieg gegen den Budapester Zentralismus und gegen die Magyarisierung und sodann 20 Jahre lang gegen die Unterdrückung durch das sprach- und blutsverwandte tschechische Volk richtete. Der Jude trat in diesem Kampf zwar stets als Gegner der nationalen slowakischen Interessen in Erscheinung, verstand es aber jeweils, sich hinter den anderen Gegner des slowakischen Volkes zu tarnen und auf diese Weise weitgehend unsichtbar zu bleiben.

Als dann die selbständige Slowakei nach harter Leidenszeit unter dem Schutz des Reiches verwirklicht werden konnte, versuchte das Judentum sich sogleich neuerlich umzustellen und nunmehr „in slowakischem Nationalismus zu machen". Für ein Volk, das durch seine Führer erst spät, gemessen an der gesamteuropäischen Entwicklung, zum nationalen und politischen Bewußtsein erweckt und angefeuert wurde, sind die Schliche der jüdischen Mimikry viel schwerer zu durchschauen als für ein Volk, das seit Jahrhunderten sich bewußt mit der Abwehr gegen das Eindringen des Judentums befaßt hat.

Ein weiterer Faktor: Die Formung des slowakischen Nationalismus erfolgte weitgehend unter der Führung der katholischen Kirche. Das Bekenntnis zum slowakischen Volkstum als rassische und geschichtliche Einheit deckte sich weitgehend mit dem Bekenntnis zum katholischen Glauben. Angesichts einer solchen Entwicklung ist es durchaus verständlich, daß die Erkenntnis vom rassischen Unterschied zwischen Arier und Juden selbst bei einer auf diesen Grundlagen fußenden Gesetzgebung durchaus nicht so rasch Allgemeingut des Volkes werden kann.

Über den wirtschaftlichen Einfluß des Judentums in der Slowakei brauchen wohl

VÖLKISCHER BEOBACHTER

29.4.1941

Führungsmacht und Volksgruppenrecht

Von Dr. Franz Ronneberger

Mit dem Anschluß der Ostmark an das Reich trat 1938 die völkische Revolution in Europa in einen neuen Abschnitt ein. Die Heimkehr des Sudetenlandes, der Zerfall der tschecho-slowakischen Republik, der Anschluß des Memellandes waren weitere Etappen auf dem Wege des Zusammenbruches der bisherigen europäischen Staaten- und Völkerordnung. Die Macht des Schwertes jedoch war notwendig, um den Sieg der neuen Idee zu sichern.

Ein führerloses Europa war es, das die neuen Ordnungsmächte abzulösen hatten, ein Europa, in dem offen oder geheim kapitalistische Ausbeutung unter dem Deckmantel der Demokratie und des westlichen Freiheitsideals herrschte, in dem es aber, und das ist das Wesentliche, keine Verantwortung gab. Echte Führung setzt jedoch in erster Linie Verantwortung voraus. Nunmehr ist das deutsche Volk und Reich als Ordnungs- und Führungsmacht innerhalb des deutschen Lebens- und Interessenraumes Träger dieser Verantwortung.

Nur von der klaren Erkenntnis dieser Tatsache aus läßt sich ein Zugang zur Deutung und Wertung des modernen Volksgruppenrechtes in Europa finden. Es wird immer ein Phantom bleiben, zu glauben, daß die Rechte und Pflichten größerer völkischer Minderheitsgebilde im freien zwischenstaatlichen Meinungs- und Vertragsaustausch geregelt und festgelegt werden könnten, wenn nicht in dieser, das gesamte Wesen des Staates und seines Verhältnisses zum Volke am unmittelbarsten berührenden Frage die ordnende, schlichtende, aber auch zwingende Hand einer Führungsmacht in Erscheinung tritt. Daß wir dies heute bereits feststellen können, beweist die Entwicklung, die das deutsche Volksgruppenwesen in Südosteuropa sowie die Volksgruppenfragen der südosteuropäischen Völker untereinander in den letzten beiden Jahren genommen haben.

Nach den großen Aus- und Umsiedlungsaktionen beherbergt nunmehr mit Ausnahme des ukrainischen Gebietes nur noch der engere Karpaten- und Donauraum deutsche Volksgruppen, die sich zur Zeit auf die Slowakei, Rumänien, Ungarn, Serbien und Kroatien aufteilen. Mit Ausnahme Ungarns haben alle diese Staaten, die Slowakei sogar in ihrer Verfassung, die Rechte und Pflichten der Volksgruppen als Ganzes in Statuten festgelegt. Bereits im Herbst 1938 übergab Dr. Tiso der deutschen Volksgruppe die Magna Charta in Form eines Schreibens an den Führer der deutschen Volksgruppe, in dem alle entscheidenden Fragen der politischen und weltanschaulichen Organisierung der Volksgruppe umrissen sind. Die verfassungsrechtliche Niederlegung dieser Grundsätze erfolgte dann nach der Entstehung der selbständigen Slowakei. In Rumänien konnte auf die sogenannten Karlsburger Beschlüsse vom Jahre 1918, die ebenfalls eine weitgehende Festlegung der Rechte der deutschen Volksgruppe enthalten, im Jahre 1940 in einem Abkommen zwischen der deutschen Reichsregierung und der rumänischen Regierung Bezug genommen werden. Darüber hinaus aber schloß dann Staatschef Antonescu mit der deutschen Volksgruppe ein Abkommen, das in sieben Punkten umfangreiche Zugeständnisse enthält. Kurze Zeit nach der Entstehung des kroatischen Staates (die einstige jugoslawische Regierung sah sich zu keiner Zeit bemüßigt, ihr Verhältnis zur deutschen Volksgruppe offiziell zu klären) erließ der Poglavnik ein Gesetzesdekret über die Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe und ihre Anerkennung als Volkspersönlichkeit.

Als gleichbleibende Punkte können in allen diesen Statuten folgende festgehalten werden: das Recht des freien kulturellen Verkehrs und Zusammenhanges mit dem Reich, das freie Bekenntnis zum Nationalsozialismus, der freie Gebrauch der nationalsozialistischen Symbole, freies Bekenntnis zum deutschen Volkstum, Schaffung eines Nationalkatasters und Selbstverwaltung in verschiedener Abstufung. Welche grundsätzlichen politischen und rechtlichen Entscheidungen liegen diesen Hauptstücken des neuen Volksgruppenrechtes zugrunde?

Die deutsche Wissenschaft hat sich bisher um die Schaffung eines Volksgruppenbegriffes bemüht. Sie hat hierbei die Erkenntnis vom Wesen der Einheit der Volksgruppe der bisherigen liberalistisch-demokratischen Auffassung vom Minder-

Der Schah aus Teheran abgereist

Eigener Bericht des „VB."

rd. Stockholm, 17. September

Die Engländer melden aus Teheran, daß englische und sowjetische Stabsoffiziere am Mittwoch in Teheran eingetroffen seien. Mechanisierte Truppen hätten die Stadt umzingelt.

Nach einer Meldung aus Istanbul soll der Schah mit unbekanntem Ziel von Teheran abgereist sein.

In Simla wurde eine offizielle Erklärung ausgegeben, in der es heißt, daß die Pläne für die neuen Gewaltmaßnahmen gegen den Iran in engster Zusammenarbeit von Eden und dem Londoner sowjetischen Botschafter Maisky ausgearbeitet worden seien.

-49-

Beispielhaftes Judengesetz

Von Dr. Franz Ronneberger

So alt die Judenfrage ist, so viele Versuche zu ihrer Lösung wurden unternommen. Man wollte dem Judentum auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und exekutorischem Wege beikommen. Es hat Judenprogrome gegeben und massenweise Hinrichtungen. Und trotz allem: Als der Nationalsozialismus die Judenfrage als ein weltanschauliches Problem, das in der Rassenerkenntnis des Volkes verwurzelt ist, kennzeichnete, da war dies für die Sehenden das Ei des Kolumbus, für die anderen aber der Anlaß zu Ärger, Beschimpfung, Drohung und schließlich zum Krieg. Und so scheiden sich nunmehr endgültig die Geister. Während Europa sich in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein zugleich vom Judentum befreit, feiert es in einem anderen Erdteil den Sieg seiner Goldmacht über die verhetzte und verdummte Masse. Amerika den Amerikanern — oder den Juden. Das möge man jenseits des Ozeans entscheiden. Aber auf alle Fälle Europa den Europäern und nicht den Juden. Das ist bereits entschieden.

Die relativ kurze Zeit, die den erwachten europäischen Völkern zur Erkenntnis und Behandlung der Judenfrage seit dem Weckruf des Nationalsozialismus zur Verfügung stand, läßt bereits deutlich erkennen, daß allein die weltanschauliche Grundhaltung für die Lösung dieses Problems entscheidend ist. In den Staaten, die ohne eine solche Grundlage allein mit gesetzlichen Maßnahmen an die Entjudung herangingen, zeigten sich nur sehr langsam einige Erfolge, oder die gesetzlichen Bestimmungen wurden umgangen und praktisch nicht durchgeführt. Wo das Judentum nicht auf eine klare rassische Ablehnung durch die arische Bevölkerung stößt, findet es immer wieder Schlupfwinkel und Tarnungsmöglichkeiten, sich den staatlich angeordneten Maßnahmen zu entziehen.

In den Ländern Südosteuropas, wo das Judentum neben der wirtschaftlichen Führerstellung zugleich auch eine soziologische Sperre bedeutet, die sich zwischen das aufstiegsfähige, gesunde Bauerntum und die arteigene geistige und politische Führerschaft des Volkes schiebt, müssen sich diese Prinzipien besonders kraß auswirken.

Die Entwicklung des Judenproblems in der Slowakei bietet gerade für diese Beobachtung wertvolle Gesichtspunkte. Am 10. September 1941 trat in Preßburg eine Judenverordnung in Kraft, der sogenannte Judenkodex, der in 270 Paragraphen in engster Anlehnung an die Nürnberger Gesetze eine umfassende Regelung des Judenproblems anstrebt. Erkenntnisreicher in bezug auf die Stellung der Slowakei zur Judenfrage ist jedoch der Weg, der in den zweieinhalb Jahren seit Bestehen des selbständigen Staates zurückgelegt wurde.

Schon am 20. Mai 1939 gab eine Regierungsverordnung eine Definition des Judenbegriffes, die sich zwar zum Rassenstandpunkt gegenüber einer konfessionellen Festlegung bekannte, aber durch Festsetzung eines Stichtages (30. Oktober 1918) dennoch keine endgültige Scheidung zwischen Rassejuden und jüdischem Christen zu treffen vermochte. Auch der Begriff Mischling ist dieser ersten Judenverord-

nung nicht bekannt. Nach gewissen Schätzungen dürfte sich beispielsweise die Zahl der vor dem 30. Oktober 1918 zum Christentum übergetretenen Juden auf 10.000 bis 15.000 belaufen, die zudem noch vorwiegend in wirtschaftlichen Schlüsselstellungen saßen. In einem weiteren Teil bestimmte diese erste Verordnung den Numerus clausus für öffentliche Berufe, wie Rechtsanwälte, Juristen, Staatsbeamte und dergleichen. Immerhin war hiemit zunächst eine Grundlage geschaffen.

Was sich jedoch in der folgenden Zeit bei der praktischen Durchführung erwies, das paßte gar nicht zur Sprache der Gesetze. Abgesehen davon, daß zahlreiche Bestimmungen einfach umgangen wurden, weil die Staatsgewalt sich nicht um jeden einzelnen Fall kümmern konnte, schöpfte das Judentum vor allem in der Wirtschaft nach wie vor den Rahm des mit der Selbständigmachung der Slowakei verbundenen Aufschwunges ab. Zunächst schien es, als nehme die Öffentlichkeit von dieser Entwicklung der Dinge gar nicht Notiz. Doch dieser Zustand dauerte nicht lange. Er bestand nur für jene Zeitspanne, die das revolutionäre Slowakentum brauchte, um die wichtigsten Grundlagen zum Staatsaufbau zu legen, die Stabilität der Verwaltung zu gewährleisten und die Richtung für die weitere Arbeit des Staates anzugeben.

Der slowakische Nationalismus rang in dieser Zeit um seine weltanschauliche Verwurzelung und Klarheit. Es ging, wie wir unlängst hier feststellten, um die Schaffung eines eigenständigen politischen Volksbegriffes der Slowaken, der insbesondere der katholischen Konfession, die in der Kampfzeit unter tschechischer Herrschaft eine wichtige Rolle gespielt hatte, den richtigen Platz im Neuaufbau zuzuweisen hatte. So stark der slowakische Nationalismus einerseits im Religiösen verankert ist, so eindeutig hatte er aber auch in der Idee des nationalen Sozialismus seine Prägung für das Erlebnis der neuen europäischen Schicksalsgemeinschaft erhalten.

Im Ringen dieser Kräfte um Anerkennung im neuen slowakischen Nationalismus wurde naturgemäß auch das Judenproblem entscheidend berührt. Das Für und Wider um die zukünftige Stellung des Judentums verschob sich somit immer mehr von einer Zweckmäßigkeits- zu einer Weltanschauungsfrage. Damit hatte das Problem die Bewußtseinsmitte der slowakischen Volkwerdung erreicht. Wenn es hier entschieden wurde, dann war die Frage endgültig für die Nation geklärt. Und so geschah es auch. In zunehmendem Maße griff die Presse der jungen slowakischen Generation die wunden Punkte der Judengesetzgebung und -durchführung auf. Sie wurde unterstützt von der deutschen Volksgruppe, die sich vom Anfang an für eine durchgreifende Lösung des Judenproblems eingesetzt hatte.

Das ganze Jahr 1940 stand im Zeichen dieser fanatischen Auseinandersetzung. Von seiten der Fachministerien wurden zwar unablässig weitere Einzelbestimmungen erlassen, die sich jedoch entweder als undurchführbar erwiesen oder von der Judenschaft einfach sabotiert wurden. Eine wichtige Rolle allerdings spielten die tatsächliche Kapitalknappheit und der Mangel an geeigneten arischen Kräften, um die Juden im Wirtschaftsleben, vor allem in der Landwirtschaft, ersetzen zu können.

Der Wendepunkt trat ein mit dem siegreichen Durchbruch des slowakischen Nationalsozialismus im Frühjahr 1941. In den 14 Punkten, die Ministerpräsident Tuka aufstellte, wird die restlose Lösung der Judenfrage als besonders wichtig herausgestellt. In den darauffolgenden Monaten nahm sich die Regierung Stück für Stück der Judenwirtschaft an und drängte tatkräftig den Einfluß des Judentums zurück. Hiebei wurde sie in zunehmendem Maße von der Bevölkerung unterstützt, die den Kampf gegen die jüdische Gefahr nunmehr zu ihrer Sache gemacht hatte. Der Judenkodex bedeutet also im Hinblick auf diese Entwicklung nicht einen Anfang, sondern einen vorläufigen Schlußstrich, die Judenfrage soweit zu regeln, als dies unter den gegenwärtigen Voraussetzungen einem europäischen Kleinstaat überhaupt möglich ist. Für das übrige Südosteuropa jedoch ist dieser Judenkodex beispielhaft in seiner Konsequenz und Gründlichkeit.

Im einzelnen auf die Bestimmungen des Judenkodex einzugehen, erübrigt sich an dieser Stelle; festzuhalten bleibt, daß bereits im Sommer dieses Jahres in Preßburg eine Judenzentrale errichtet wurde, deren erste Aufgabe in der Erfassung der slowakischen Juden bestand und in der Durchführung von Umsiedlungsaktionen sowie Unterbringung der Juden in Lagern. Gleichzeitig mit dem Judenkodex ist eine Regierungsverordnung erschienen, die eine Vermögensabgabe von 20 Prozent von der Judenschaft bestimmt. Da die Juden selbst ihr Vermögen mit mehr als 3 Milliarden Kronen angaben, wird diese verpflichtende Abgabe einen Betrag von mehreren Millionen Slowakenkronen ergeben. Dieser Betrag wird sich noch weiter erhöhen, und zwar durch die bisher nicht erfaßten Vermögen derjenigen Personen, die nunmehr auf Grund des Judenkodex gleichfalls als Rassejuden betrachtet werden. Es kann sich hierbei um 10.000 bis 15.000 Juden handeln.

Als dringendstes Vorhaben hat sich die Regierung die Aufgabe gestellt, Preßburg judenrein zu machen. Damit hat sich das bevölkerungspolitische Bild der slowakischen Hauptstadt wesentlich verändert. Das junge Staatswesen zeigt auch durch diese Maßnahme seinen festen Willen, in vorderster Linie des Kampfes der europäischen Völker um die endgültige Befreiung vom Judentum zu marschieren.

NEUE LEHRE VON DER DIKTATUR

Ruhr-Uni's Prof. Roman Schnur: Totale Verwaltung im totalen Staat

Als Folge der Berufung von Dr. Hanno Kesting auf den dritten Lehrstuhl für Soziologie ist die Diskussion um die fragwürdige ideologische Ausrichtung der Professoren der Abteilung für Sozialwissenschaft der RU* in Gang gekommen. Mit der hier vorgelegten, von mehreren Studenten erarbeiteten Studie wurde eine erste ideologiekritische Untersuchung der Schriften eines Lehrenden unternommen. Diese Arbeit beschränkt sich darauf, zu untersuchen, in welchem Maße und mit welchen Konsequenzen Professor Roman Schnur, Politologe an der RU (Jg. 1927), die Lehren von Carl Schmitt – des staatsrechtlichen Wegbereiters des dritten Reiches, der in unserer restaurativen Republik eine symptomatische Renaissance erlebt – und Maurice Hauriou vertritt (erster Teil). Im zweiten Teil werden die Vorstellungen von Prof. Schnur zur Verwaltungsreform analysiert, die erst vor dem ideologischen Hintergrund in ihrer ganzen Tragweite, ja Unerhörtheit faßbar werden. Eine kritische Betrachtung seiner historischen Arbeiten durch einen Historiker wäre notwendig. An dieser Stelle müssen wir leider darauf verzichten.

* Herr Prof. Urs Jaeggi sei hier ausdrücklich ausgenommen.

a) **Der Begriff des Politischen**[1]

Die eigentlich politische Unterscheidung ist die Unterscheidung von Freund und Feind"[2] (C. Schmitt). Prof. Schnur, der in der Ersetzung der Theorie des Freund-Feind-Verhältnisses durch eine reine Freund-Theorie bei dem Philosophen Brissot, nach Schnur dem entscheidenden Philosophen der Französischen Revolution, die Grundlage zur Entfachung des Weltbürgerkrieges (vgl. H. Kesting)[3] sieht[4], greift diese politische Unterscheidung von Carl Schmitt auf.

Hier findet sich bei Carl Schmitt der entscheidende Ansatz zur Kritik an der parlamentarischen Demokratie des Liberalismus. Das Wesen des Liberalismus „ist Verhandeln, abwartende Halbheit, mit der Hoffnung, die definitive Auseinandersetzung, die blutige Entscheidungsschlacht könnte in eine parlamentarische Debatte verwandelt werden und ließe sich durch eine ewige Diskussion ewig suspendieren. – Diktatur ist der Gegensatz zur Diskussion."[5] Die blutige Entscheidungsschlacht gehört somit notwendig zur Politik. „Die reale Möglichkeit des Kampfes, die immer vorhanden sein muß, damit von Politik gesprochen werden kann"[6] (C. Sch.), wird auch von Schnur als wesentliches Merkmal von Politik anerkannt. In einer Auseinandersetzung mit der These von La Mothe le Vayer, daß es für politisch bedingtes Töten keinerlei Rechtfertigung geben kann, kommt Prof. Schnur zu der Meinung: „... wer wird Politik eigentlich unmöglich gemacht, tritt ein auf das bloße Leben eingeengter Pazifismus auf (z. B. Abschaffung der Todesstrafe) ..."[7]

Da es bei Carl Schmitt keinen normativen Inhaltspunkt zur Bestimmung des Feindes gibt, beruht diese auf der souveränen Entscheidung. Die Konsequenzen einer derartigen Auffassung hat von Krockow klar herausgearbeitet: „Das Wesen des Politischen liegt im existentiellen Freund-Feind-Verhältnis, das nicht normativ abgeleitet, sondern nur durch die souveräne Entscheidung bestimmt werden kann. Die Entscheidung ist ‚normativ gesehen aus dem Nichts geboren'[8], sie ist Ausnahme schlechthin. Das normative Nichts des Ausnahmezustandes fordert die Diktatur. Folglich wird einzig die Diktatur dem Wesen des Politischen gerecht."[9]

Schnur schließt sich der Auffassung Carl Schmitts an, daß ein Souverän im Ausnahmefall die Entscheidung treffen müsse. In seiner Dissertation „Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassugsgeschichte" weist er tadelnd darauf hin, daß von den Verfechtern des Status mixtus in der Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und den Ständen nicht die Frage gestellt worden sei, wer im Notfalle endgültig entscheiden solle, falls keine Einigung erzielt wird.[10] In seinem Buch „Individualismus und Absolutismus" trifft er die Unterscheidung zwischen Ausnahmefall und Normalfall. Die Souveränität orientiert sich am Ausnahmefall.[11] „Der Normalfall besteht darin, daß der Staat überhaupt Ordnung gewährleistet, daß innerhalb des staatlichen Schutzes Ordnung besteht."[12] „Zu jedem politischen Verband gehört die Vorstellung von Ordnung. Was der Aufrechterhaltung dieser Ordnung dient, läßt sich als Grundfunktion des politischen Verbandes bezeichnen, als etwas, das im wahren Sinne des Wortes alle Bürger angeht, ganz gleich, welche politische oder soziale Stellung sie haben mögen."[13] **Ordnung wird zum obersten Prinzip erklärt, dem alle politischen und sozialen Auseinandersetzungen unterzuordnen sind.**

Ähnlich heißt es bei Carl Schmitt in „Der Begriff des Politischen": „Die Leistung eines normalen Staates besteht aber vor allem darin, innerhalb des Staates und seines Territoriums eine vollständige Befriedung herbeizuführen, ‚Ruhe, Sicherheit und Ordnung' herzustellen ... Diese Notwendigkeit innerstaatlicher Befriedung führt in kritischen Situationen dazu, daß der Staat als politische Einheit von sich aus, solange er besteht, auch den ‚inneren Feind' bestimmt."[14] Explizit kommt Schnur nicht zu dieser konsequenten Schlußfolgerung. Doch in seiner These vom Staat als Bewahrer von Ruhe und Ordnung ist sie implizit enthalten.

Nach Schnurs Auffassung hat Frankreich mit der Verfassung der 5. Republik samt ihren diktatorischen Vollmachten für de Gaulle den richtigen Weg zur Wiederherstellung der politischen Ruhe und Ordnung beschritten.[15]

Wird eine Diktatur auch für die BRD schließlich die einzig tragbare Lösung sein?

I b) **Das konkrete Ordnungsdenken**

In der Zeit kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung schwor Carl Schmitt dem konsequenten Dezisionismus ab und vertrat die Vorstellungen vom konkreten Ordnungsdenken. Während der Dezisionismus keine „substantiellen Ordnungen der Inhalte, Werte und Ziele"[16] kannte, werden diese durch das konkrete Ordnungsdenken eingeführt. Für Carl Schmitt besteht die grundlegende Alternative nun in der „Anerkennung substanzhafter Kräfte und Inhalte des deutschen Volkes oder Beibehaltung und Weiterführung der funktionalistischen Wertneutralität mit der Fiktion gleicher Chance für unterschiedslos alle Inhalte, Ziele und Strömungen."[17] Natürlich entscheidet er sich für die Anerkennung der substanzhaften Kräfte und Inhalte des deutschen Volkes.[18] 1960 schreibt Prof. Schnur in einem Aufsatz: „Die Abkehr von einem falsch verstandenen Positivismus und die Wiedergewinnung fester inhaltlicher Maßstäbe bringt nicht notwendig die Freiheit für beliebiges ‚Wert'-Meinen mit sich."[19] Eine Vielzahl von Wertvorstellungen muß zur Erhaltung des Staates als „höchste politische Einheit"[20] hinter festen inhaltlichen Maßstäben **zurück**treten.

In den von Schnur herausgegebenen Aufsätzen von Maurice Hauriou (1856–1929), der nach Meinung Carl Schmitts „seit der Herrschaft des juristischen Positivismus den ersten systematischen Versuch einer Wiederherstellung des konkreten Ordnungsdenkens"[21] gemacht hat, finden sich dieselben Gedankengänge. Die Gesellschaft wird von Hauriou als ein „psychologisch zu verstehendes Gewebe" bezeichnet, in dem „ein Hin und Her zwischen dem menschlichen Geist und bestimmten objektiven Ideen stattfindet, den Grundlagen der Institutionen."[22] Aus dieser Definition der Gesellschaft und aus der Einführung der objektiven Ideen folgt, „daß jedes Vorgehen der Führung, das sich mit einer Gemeinsamkeit unter den Anhängern im Einklang befindet, eine weit bessere Gewähr für Kontinuität in der subjektiven Auslegung der Leitidee bietet als etwa ein Vorgehen nach freier individueller Auslegung."[23]

Ruhr-Studenten, boykottiert die antidemokratischen Lehren dieses von Euch nicht bestellten Professors!

Die Führer-Gefolgschafts-Idee wird als Konsequenz des konkreten Ordnungsdenkens gesehen.

„Heute, nachdem mit einem neuen Gemeinschaftsleben auch das konkrete Ordnungsdenken wieder lebendig geworden ist, ist uns das rechtliche Axiom, daß Treue, Disziplin und Ehre von der Führung nicht abgetrennt werden dürfen, besser verständlich als die liberal-rechtsstaatliche, gewaltentrennende, normativistische Denkweise eines vergangenen Individualismus. Auch können wir heute, da die staatstragende Bewegung dem Führer unverbrüchliche Treue schwört, dem rechtlichen Wesen eines Treueides wieder unmittelbar gerecht werden"[24] (Schmitt). **Das konkrete Ordnungsdenken diente Carl Schmitt zur Rechtfertigung der nationalsozialistischen Herrschaft.** Schnur, der Carl Schmitt nur als antiliberalen Staatsrechtslehrer begreift, jedoch nicht als Wegbereiter des Nationalsozialismus[25], und der

sich wundert, daß die Bedeutung des Gelehrten Hauriou erst während des dritten Reichs erkannt wurde[26], entzieht sich einer Analyse des konkreten Ordnungsdenkens.

Hierzu sei statt dessen noch einmal von Krockow angeführt: „Was die Substanz der Deutschheit ausmacht, das kann, angesichts der völligen Aussichtslosigkeit, auf diese Frage eine theoretisch begründete Antwort zu finden, nur durch die autoritative Entscheidung fixiert werden. **Dezisionistische Diktatur ist daher die unausweichliche Konsequenz des konkreten Ordnungsdenkens.**"[27]

Der Dezisionismus wird auch bei Hauriou nicht eliminiert. „Bei den öffentlichen Institutionen und besonders beim Staat beruht der Rechtscharakter der Entscheidungen, durch welche die Funktionsfähigkeit von Regierung und Verwaltung gewährleistet wird, auf **Macht** . . ."[28]

Am Anfang dieses Kapitals wurde auf Schnurs Ablehnung des Pluralismus der Werte hingewiesen, im nächsten Kapitel wird zu zeigen sein, in welcher **erschreckenden Konsequenz** das Denken Haurious und Carl Schmitts in Schnurs Vorstellungen zur Verwaltungsreform seinen Niederschlag gefunden hat.

An dieser Stelle sei noch ein Satz von Hauriou zitiert, der sich folgerichtig aus seinen Lehren ergibt: „Nachdem die jungen Generationen durch die Realitäten des Lebens von dem unfruchtbaren Spiel der kritischen Analyse abgekommen und **durch sportliche Betätigung wieder an die Disziplin der tätigen Handlung gewöhnt** worden sind, werden sie schließlich auf ganz natürliche Weise auch wieder aufgeschlossen werden für das dramatische Unternehmen der menschlichen Kultur."[29] Am 26. September 1967 schrieb RU-Kanzler Seel in der FAZ: „Auch unter der Gefahr, daß es als ‚nazistisch' bezeichnet wird, halte ich es für sinnvoll, wenn ein oder zwei Sportsemester als Pflicht eingeführt werden. Der aktive Sport – nicht das Narkotikum für Zuschauermassen – kann den einzelnen zur **Selbstdisziplin** erziehen. **Und Selbstdisziplin ist die wichtigste Grundlage für Demokratie.**" (Welche?)

Schnur sieht in der Verfassung der 5. Republik Frankreichs einen posthumen Erfolg für Hauriou.[30] Sieht er hier zum zweiten Mal eine Herrschaftsform verwirklicht, die das konkrete Ordnungsdenken zu ihrer ideologischen Grundlage macht? Von Krockow wies auf die Diktatur als einzig logische Folge dieses Denkens hin. Sieht auch Schnur nur diesen Ausweg? Wünscht er eine autoritäre Diktatur im Sinne Spaniens (er ist auswärtiges Mitglied des Instituto de Estudios Politicos in Madrid) oder Frankreichs? Er hat eine Lösung aus dem Dilemma gefunden: Die Diktatur der Verwaltungstechnokratie!

II Diktatur der Verwaltungstechnokratie

Das eigentliche Interessengebiet von Schnur ist die Verwaltungsreform. So war er von 1963–1965 als Oberregierungsrat Leiter der Geschäftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz und ist Mitglied der Regierungskommission für Verwaltungsreform des Landes Nordrhein-Westfalen. Eine der wesentlichen Forderungen von Schnur zur Verwaltungsreform ist die Einrichtung eines Planungsstabes für die Regierungsspitze. Mit dem bisherigen Organisationsprinzip der Regierungen als Ressortprinzip komme die „moderne Verwaltungsführung" nicht mehr aus.[31] In dem Planungsstab der Regierungsspitze, der dem Regierungschef das geeignete Instrument zur Ausübung seiner Richtlinienkompetenz in die Hand geben soll, würden auch die „langfristig angelegte Personalpolitik und allgemeine Organisationsfragen" konzentriert werden müssen, die „üblicherweise einem Ministerium federführend anvertraut sind."[32] **Die Frage nach einer möglichen Kontrolle der Verwaltung, z. B. durch Angliederung von Verwaltungsstäben an die Parteien, entfällt für Schnur.** Im Gegenteil, die Konzentrierung der Verwaltungsplanung bei der Regierungsspitze unter Ausschaltung der Ressorts (ein Faktum, das gerade im Falle der großen Koalition besondere Bedeutung gewinnt) ermöglicht für Schnur erst eine wirksame Verwaltungsarbeit.

In seiner Schrift „Strategie und Taktik bei Verwaltungsreformen" (Baden-Baden, 1966) entwirft Schnur einen **genauen Plan zur Hintergehung des Parlamentes** im Hinblick auf die Durchsetzung der Verwaltungsreform. Er weist z. B. auf die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung zugunsten der Steigerung der Reformfreudigkeit der Bevölkerung hin und schreibt ohne Scheu: „Je aufgeschlossener sie (die Öffentlichkeit – Anm. der Verf.) der Reform gegenüberstehen, desto schwerer wird es ihren Repräsentanten (oder denen, die sich dafür halten) fallen, die Reform abzulehnen."[33] Wird in diesem Satz schon das parlamentarische System an sich in Frage gestellt, so wird auf Grund der Fragwürdigkeit der Repräsentation durch das Parlament die Regierung aufgefordert, sich in einem pseudoplebiszitären Verfahren unmittelbar an das Volk zu wenden, um auf diesem Weg die Parlamentarier zu einer bestimmten angestrebten Entscheidung im Sinne der Regierung zu zwingen.

In beängstigender Weise werden folgende Sätze von Carl Schmitt wieder lebendig: „Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch acclamatio, durch selbstverständliches unwidersprochenes Dasein ebensogut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch den statistischen Apparat, den man seit einem halben Jahrhundert mit einer so minutiösen Sorgfalt ausgebildet hat. Je stärker die Kraft des demokratischen Gefühls, um so sicherer die Erkenntnis, daß Demokratie etwas anderes ist als ein Registriersystem geheimer Abstimmungen."[34] In Zusammenhang mit den Kräften, die sich einer Verwaltungsreform widersetzen, spricht Schnur von „Widerstand", „Widerstandszentren"[35] und „Störmanövern"[36], denen es zu begegnen gelte. Dieses Vokabular zeigt mit genügender Schärfe, daß es hier nicht um sachliche Auseinandersetzung der Befürworter und Gegner der Reform gehen kann.

Die einmal von der Regierung als notwendig erkannte Reform soll mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Schnur weist selbst darauf hin, daß „die Diskussion weiterer Vorschläge als diejenigen, die die Regierungsvorlage enthält, wertvolle Zeit"[37] kostet. Die „Hinhaltetaktiken"[38] führen den Parlamentarier schließlich so weit, daß er „alles ‚Material' einzusehen (wünscht – die Verf.), welches die Regierung bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs benutzt hat."[39]

Es fragt sich wirklich, ob Prof. Schnur den Sinn der Demokratie nicht begriffen hat oder ob er die nächste Diktatur, die Diktatur der „Verwaltungstechnokraten", direkt vorbereiten hilft.

In seiner Schrift „Zeit für Reform" heißt es: „Man sollte daher die erheblichen Mittel, die für die sogenannte staatsbürgerliche Bildung ausgegeben werden, für diese Art von Öffentlichkeitsarbeit (er versteht darunter die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung[40], die Verf.) verwenden, **weil es heute nicht mehr auf die ‚Erziehung des Bürgers zur Demokratie' ankommt,** sondern darauf, auf der nunmehr gesicherten Basis dieser Staatsform den Bürger besser mit den anstehenden Problemen vertraut zu machen."[41] **Ist die Kraft des demokratischen Gefühls jetzt so gesichert, daß wir endlich zur Bestätigung des Führers per acclamatio im Sinne Carl Schmitts übergehen können?**

Schnur spricht dem Bürger die Fähigkeit ab, geeignete Parlamentarier zu wählen, spricht aber gleichzeitig von einem abgeschlossenen Prozeß der Demokratisierung. Nicht die Bildung im Sinne der Demokratie, sondern die **Indoktrination des Regierungswillens** ist fü ihn die heute anstehende Aufgabe. Unte diesem Blickwinkel gewinnt folgende Thes von Schnur die ihr zukommende Prägnanz „So bleibt noch zu fragen, welche Rolle den der Bürger zu spielen habe, dem letztlic alles das gilt, was mit Strukturpolitik gemein ist. Darauf gibt es doch wohl nur eine An wort: In der repräsentativen Demokratie ve hält er sich so gut und so schlecht, wie ih seine Repräsentanten führen, und er reagie dort, wo er selbst entscheidet, also bei de Wahlen, so, wie er meint, daß er von de jeweils die Regierung stellenden Partei geführt werde."[42] **Der geführte Bürger, nic der kritisch denkende und analysierende i der Idealtyp in den Augen Schnurs.**

Am Ende seiner Studie zur Strategie un Taktik bei Verwaltungsreformen komm Schnur zu der Überlegung, daß es falsch se schon aus dem Unverständnis der Parlamen tarier gegenüber Reformen darauf zu schlie ßen, daß in einer parlamentarischen Demo kratie Reformen nicht durchgeführt werde können. „Eine solche Ansicht würde sich z viel mit der Ausmalung des idealen Zie les, aber zu wenig mit der Frage befasse wie man überhaupt zu einem Ziel gelangt. Etwas weiter heißt es: „Eine Regierung mu den Mut zur Unpopularität bei den direk Betroffenen und das Vertrauen in die Ein sicht der übrigen Bevölkerung haben un schließlich **Entschlußkraft** in jeder Lag zeigen."[43] Nach dem „Preußenschlag" vo 1932 gab es eine Regierung, die den Mut un die Entschlußkraft zur Reform bewiese hat.[44] **Welches quasi-diktatorische System wird heute den Mut aufbringen?** Die For derung nach der Stärkung des Vertrauen „des Volkes in die Leistungsfähigkeit de parlamentarischen Systems"[45] am Ende de Schrift kann nur als Versuch einer Ver schleierung seiner politischen Zielvorstellun gen angesehen werden. Die von Schnur an gestrebte Verwaltungstechnokratie beding eine neue Ausbildungsform für die zukünf tigen Beamten. Das führt Schnur zwingend z der Forderung nach einer Sonderausbildun für den höheren Verwaltungsdienst, „so wi sie früher vor allem in Preußen praktizier wurde."[46] Er fordert als unumgänglich di „Führungsakademie für Verwaltung", die di zukünftigen Beamten zu „Metaroutiniers" aus bilden solle, „zu jenem **Verwaltungsführe also,** der die Routine so beherrscht, daß e sich über sie erhebt, und der das Persona mitzureißen vermag . . ."[47] Diese **„Genera stabsschule"** soll „für Bund, Länder un Gemeinden das Führungskorps gemeinsa ausbilden."[48] **Erschreckt den zivilen, demo kratiebewußten Leser schon das Vokabula so müssen ihn die Konsequenzen noch meh erschrecken. Einrichtung eines Verwaltungs stabes für die Regierungsspitze bei Uber gehung der Ressorts, Verstärkung der Öf fentlichkeitsarbeit der Regierung bei Uber gehung des Parlaments, Abbau der Erziehun der Bürger zur Demokratie, Ausbildung de Führungskorps der Verwaltung in Genera stabsschulen! – das spricht für sich.** Das bis herige Versagen der Verwaltung sieht Schnu darin, daß sie bisher „allenfalls den Rahme planen (konnte – die Verf.), die Planung un Gestaltung des wirtschaftlichen und soziale Lebens überließ sie ausschließlich den einzel nen."[49] Zukünftig wird ihr sicher das Rech zugestanden, alle Bereiche des Lebens z planen. An anderer Stelle spricht Schnur de Verwaltung das Recht auf Initiative zu, da Recht, „erstmals von staatlicher Seite he einen Lebenssachverhalt rechtlich zu ord nen."[50] Spricht Schnur schon indirekt de parlamentarischen Demokratie ihre Existenz berechtigung ab, fragt sich nun zusätzlich wieweit der Entscheidungsraum der Regie rung vor der Übermacht der initiativfreudi gen Verwaltungstechnokratie bleibt. Der i der Sonderausbildung an einer zivilen Gene ralstabsschule ausgebildete höhere Verwal tungsbeamte wird in dem idealtypischen

Staat von Schnur der bestimmende Herrscher ein. Der Beamte als Diener des Volkes gerät endgültig in Vergessenheit. Die Diktatur der Verwaltungstechnokratie findet bei Schnur ihre einzigartige Begründung und Rechtfertigung. **Der „ungehemmten Initiative" entgegend, wird man „wieder der ordnenden Hand des Staates folgen."**[51]

Anmerkungen (Die hinter den Zitaten in Klammern aufgeführten Kurztitel werden für die weiteren Zitate verwendet):

1 siehe Carl Schmitts gleichnamiges Buch: Der Begriff des Politischen, Hamburg 1933 (Schmitt, Politischen)
2 Schmitt, Politischen, S. 7
3 Kesting, Hanno: Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkriege, Heidelberg 1959
s. a. Koselleck, Reinhard: Kritik und Krise, Stuttgart 1965
4 Schnur, Roman: Weltfriedensidee und Weltbürgerkrieg 1791/92, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte, Berlin, 2. Bd. 1963, Heft 3, S. 299 ff. u. 314 ff.
5 Schmitt, Carl: Politische Theologie, 2. Aufl., München und Leipzig 1934, S. 54 (Schmitt, Theologie)
6 Schmitt, Politischen, S. 15
7 Schnur, Roman: Individualismus und Absolutismus. Zur politischen Theorie vor Thomas Hobbes (1600 bis 1640), Berlin 1963, S. 48 (Schnur, Individualismus)
8 Schmitt, Theologie, S. 31
9 von Krockow, Christian Graf: Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Stuttgart 1958, S. 61 (von Krokkow, Entscheidung)
10 Schnur, Roman: Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte, Bonn 1955, S. 26 (Schnur, Rheinbund)
11 Schnur, Individualismus, S. 46
12 ebda
13 ebda, S. 58
14 Schmitt, Politischen, S. 28/29
15 Schnur, Roman: Das Phänomen de Gaulle, in: Wort und Wahrheit. Monatsschrift für Kultur und Religion, Freiburg, 20. Jg., 1. Halbj. 1965, S. 382 ff.
16 von Krockow, Entscheidung, S. 94
17 Schmitt, Carl: Legalität und Legitimität, München und Leipzig 1932, S. 97/98 (Schmitt, Legalität)
18 ebda
19 Schnur, Roman: Die normative Kraft der Verfassung, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 75. Jg., Heft 4, S. 126 (Schnur, normative Kraft)
20 Schnur, Roman: Zeit für Reform. Gedanken zur Neuordnung von Politik und Verwaltung, Köln und Berlin 1967, S. 18 (Schnur, Zeit für Reform)
21 Schmitt, Carl: Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934, S. 54 (Schmitt, drei Arten)
22 Hauriou, Maurice: Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze. Herausgeg. von R. Schnur, Berlin 1965, S. 45 (Hauriou, Theorie)
23 ebda, S. 56
24 Schmitt, drei Arten, S. 52
25 Hauriou, Theorie, S. 23, Anm. 63 (Einführung von Schnur)
26 Schnur, normative Kraft, S. 127, Anm. 38
27 von Krockow, Entscheidung, S. 103
28 Hauriou, Theorie, S. 62
29 ebda, S. 91
30 ebda (Einführung von Schnur), S. 21
31 Schnur, Roman: Es knirscht im Staatsapparat. Für Reform und Regierungstechnik, in: Die ZEIT, Nr. 50 vom 9. 12. 1966 (Schnur, ZEIT, Nr. 50)
32 ebda
33 Schnur, Roman: Strategie und Taktik bei Verwaltungsreformen, Baden-Baden 1966, S. 27 ff. (Schnur, Strategie)
34 Schmitt, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 3. Aufl., Berlin 1961, S. 22 (Schmitt, Parlamentarismus)
35 Schnur, Strategie, S. 29
36 ebda, S. 32; 37 ebda, S. 44; 38 ebda, S. 59; 39 ebda, S. 48; 40 Schnur, Zeit für Reform, S. 21; 41 ebda, S. 22; 42 ebda, S. 29; 43 Schnur, Strategie, S. 59; 44 ebda, S. 11; 45 ebda, S. 59
46 Schnur, Roman: Zur Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst, in: Zeitschrift für Beamtenrecht, 9. Jg., 1961, Heft 11, S. 330 (Schnur, Ausbildung)
47 Schnur, Roman: Haben wir die richtigen Beamten? Eine Reform der Regierungstechnik erfordert zivile Generalstäbler, in: Die ZEIT, Nr. 51 vom 16. 12. 1966
48 ebda
49 Schnur, ZEIT, Nr. 50
50 Schnur, Ausbildung, S. 331
51 Schnur, Zeit für Reform, S. 18

mmitee zur Untersuchung von Vorgängen Lehrkörper der Sozialwissenschaftlichen Abteilung

politologisches buch

Über Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt der Politologie und angrenzender Wissenschaften informiert zuverlässig das

Literaturverzeichnis der Politischen Wissenschaften 1966, Hrsg. von der Hochschule für Politische Wissenschaften, München. München: Olzog 1966, 338 S., DM 7,80.

Es erfaßt ca. 1200 Titel, die jeweils knapp charakterisiert werden. Eine Force ist natürlich, wenn das „Schrifttum aus Mitteldeutschland" auf sechs Seiten abgetan wird.

Gleichwohl sollte jeder Sozialwissenschaftler oder Historiker dieses Verzeichnis gelegentlich durchblättern, um sich einen Überblick über das Buchangebot zu verschaffen und um Anregungen für die Lektüre zu gewinnen. Bücher müssen heute entdeckt werden: Hier liegt der Kompaß bereit. Eigentlich möchte man wünschen, daß sich auch Studenten anderer Fachrichtungen seiner oft bedienen, doch dieser Wunsch ist wohl zu fromm, um nicht als ketzerisch zu gelten.

Ganz unentbehrlich für jeden, der sich für Fragen der Politik und ihrer wissenschaftlichen Ergründung interessiert, ist

Thomas Ellwein, Joachim Hirsch: Bücherkunde zur Politik, 5. Aufl., München: Juventa 1966, 256 S., DM 9.80.

Aus der Fülle der Literatur haben die Autoren etwa 1400 Bücher von grundlegender Bedeutung ausgewählt, davon ca. 300 ausführlicher kommentiert. Die Gruppierung des Stoffes um Leitthemen erleichtert den Einstieg in bestimmte Probleme. Sicher ist die Auslese subjektiv — man wird das eine oder andere Buch vielleicht vermissen —, aber Subjektivität ist gelegentlich wohltuend, wenn alles aus „wissenschaftlicher" Bescheidung vor Stellungnahmen zurückscheut. **G. H.**

Immer noch: Notstandsgesetze, „so mythisch, absurd und perfekt, als planten Barbarossa, Don Quichote und Hans Globke die gefährliche deutsche Zukunft". Scharfzüngig und sachkundig kritisiert

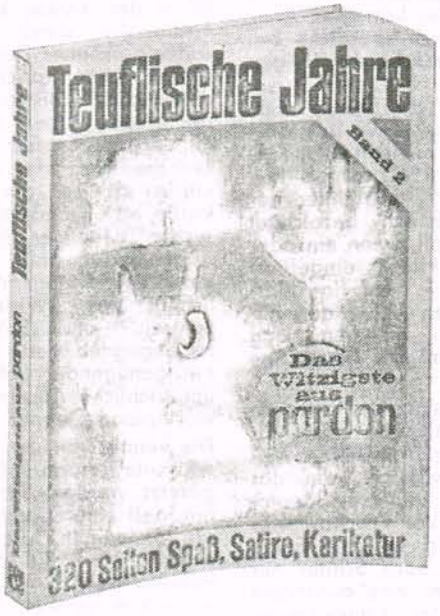
Rudi Ver, Requiem auf einen Rechtsstaat, Neuwied: Luchterhand 1967, 84 S., DM 6,80 (Reihe Demokratie und Rechtsstaat)

den jetzt vorliegenden dritten Entwurf für eine beschwerdefreie Reise in die Notstandszukunft, dessen „Milderungen" gegenüber früheren Vorlagen wesentlich auf sprachkosmetischen Eingriffen beruhen. Es fallen bitterböse Worte über den sich selbst entmachtenden Bundestag und über ungemein staatsmännische Parteien, die dabei sind, das gute GG als „Summierung von Situationsrecht" der „normativen Kraft des Taktischen" anheimzugeben. **G. H.**

Eberhard Stammler, Verschwörung für die Demokratie. München: Ehrenwirth 1966, 94 S., DM 6,80 (= Reihe: thema Bd. 10).

„Der Demokratie in unserem Lande droht Gefahr. Sie droht noch sehr verborgen . . . Darum gilt es jetzt, die Gefahren beim Namen zu nennen und den Verrätern das Visier zu öffnen." Was — um Gottes willen — ist passiert? Nur soviel: Stammler, ehemaliger Christ-und-Welt-Redakteur und CDU-Mitglied, wird vom Unbehagen am lädierten Zustand unserer Demokratie gepackt. Spät zwar, aber immerhin. Nur darf, wer heute noch ein solches Buch schreibt, sich nicht auf Gemeinplätze beschränken (unbewältigt, irrational, Nationalismus, Autorität): er muß analytisch vorgehen, Fakten beibringen. Und die fehlen hier. Vielleicht versucht es Stammler nächstes Mal mit einer CDU-insidestory?! **G. H.**

▶



320 Seiten voller Spaß, Satire und Karikatur für nur 6 Mark

Aus dem Inhalt:

Fünf Jahre Ärger mit PARDON — Offener Brief an seine Eminenz, den Erzbischof von Köln — Ich lebe in einer Mischehe — Sexualforscher auf Abwegen — Mädchen, macht die Blusen auf — Hilfe, die Schwiegermütter kommen — Die Sittenrichter: Was ist obszön? — Nackte Freude und heißes Eisen — Der Zensor kommt als Postillion — Doof wie Picasso — Volkswartbund: Die immer an die Unzucht denken — Das häßlichste Museum der Welt — Im Bette unbesiegt — und weitere 45 Beiträge: Alles, was an intelligentem Witz und boshafter Satire über die Tagesaktualität hinaus Gültigkeit hat, findet sich in diesem unterhaltsamen PARDON-Almanach.

„Teuflische Jahre" Band II: Das Witzigste aus PARDON. 320 S., Pp. DM 6,—. Verlegt bei Bärmeier & Nikel.

Bernhard Külp 5.1.1969

Gedanken zur Hochschulreform

Mit tiefer Sorge stelle ich fest, daß im Rahmen der Diskussion um die Hochschulreform die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Universität zugunsten der Frage nach der Berechtigung oder Nichtberechtigung der Beteiligung der Studenten an den universitären Entscheidungen immer mehr in den Hintergrund tritt. Hingegen meine ich, daß die Leistungsfähigkeit der Universität schon heute ernsthaft gefährdet ist und aufgrund des erwarteten sprunghaften Anstiegs der Studentenzahlen in den nächsten Jahren um ein weiteres gefährdet werden wird.

Sinnfrage!

Worin sehe ich die mangelhafte Leistungsfähigkeit der heutigen Universität? (Ich kann natürlich im folgenden nur für den von mir überblickbaren Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sprechen).

1) Die Forschungstätigkeit der deutschen Wissenschaftler ist in den letzten Jahren rapide zurückgegangen. Das gilt sowohl für das quantitative Ausmaß der Forschungsbeiträge als auch für deren qualitatives Niveau. Deutlich abzulesen ist dieser mangelhafte Zustand an den immer geringer werdenden Beiträgen der deutschen Wissenschaftler in den internationalen Zeitschriften und Handwörterbüchern.

2) Zeitmangel erlaubt es den Hochschullehrern nicht mehr, in den Vorlesungen den neuesten Wissensstand anzubieten. Es fehlt einfach die Zeit, um nur die wichtigsten neuen wissenschaftlichen Beiträge aufzunehmen und in das Lehrprogramm sachgerecht einzuarbeiten.

3) Das Studium der Studenten erschöpft sich - und das gilt in erster Linie für die Massenfächer- in einem rein passiven Aufnehmen von Wissensstoff. Dabei lehrt die Lernpsychologie, daß Lernen nur auf dem Wege der aktiven Teilnahme und der ständigen Kontrolle möglich ist. Bei dem heutigen geringen Angebot an Übungsveranstaltungen und

Seminaren verbleiben für den einzelnen Studenten im Durchschnitt nur wenige Stunden, oft sogar nur wenige Minuten für diese aktive Teilnahme.

4) Den einzelnen Hochschullehrern werden pro Semester soviele Prüfungsleistungen abverlangt, daß die Prüfungen notwendigerweise oberflächlich werden müssen und deshalb kein exaktes Bild über die Qualifikation des einzelnen Absolventen gestatten. Da oftmals nach dem Prinzip "in dubio pro vero" verfahren wird, dürften die Abgangszeugnisse insgesamt ein zu hohes Qualifikationsniveau vortäuschen, ein Tatbestand, der leicht dazu führt, daß die akademischen Diplome in der Praxis nicht mehr ernst genommen werden.

Worin sehe ich die Ursachen für diese Mängel? Welche Vorschläge erscheinen mir verfehlt, eine echte Reform der Hochschule zu bringen?

1) Obwohl die eigentliche Aufgabe des Hochschullehrers in der Forschung und in der Lehre liegen sollte, wird der heutige Hochschullehrer in so starkem Maße von Prüfungs- und Verwaltungsarbeiten aufgerieben, daß er sich auf seine Lehraufgaben (vor allem Rezeption des neuen Wissensstoffes) nur mangelhaft vorbereiten kann (die Forschungsarbeit hingegen ganz unterbleibt oder allenfalls in der eigentlichen Freizeit erfolgt). Ich kann nur solche Maßnahmen als Reform akzeptieren, die den Hochschullehrer in den Verwaltungs- und Prüfungsaufgaben <u>entlasten</u>. Alle mir bekannten Reformvorschläge bringen jedoch eine wesentliche <u>Mehr</u>belastung an Verwaltungsaufgaben. Je größer das Entscheidungsgremium ist, um so länger wird die Tagungsdauer. Auch die Hereinnahme von Repräsentanten verlängert die Tagungsdauer, da Repräsentanten ihren Gruppen gegenüber nachweisen müssen, daß sie ihren Standpunkt gebührend verteidigt haben. Sollten die Pläne verwirklicht werden, die eine 1/3 Parität, eine Vollversammlung oder eine ähnliche Lösung vorsehen, so wird die Fakultät notwendigerweise in

Gruppen aufgespalten werden, und das bedeutet, daß sich die einzelnen Gruppen nochmals getrennt auf die Fakultätssitzung vorbereiten müssen, also eine nochmalige Verlängerung der Verwaltungstätigkeit. Kann man denn allen Ernstes der Meinung sein, daß politische Verfahren, die mehr oder weniger gut auf staatlicher Ebene funktionieren, auch auf die Universität, einem Verwaltungsorgan übertragen werden? In der Politik funktioniert das System doch nur deshalb, weil die Politiker sich hauptberuflich und ganztägig mit diesen Entscheidungen befassen und jede Regierung und fast jede Partei über einen größeren Verwaltungsapparat verfügt. Die Universität kann solche Methoden nicht übernehmen, da sie ein hauptberufliches Engagement der Entscheidungsträger verlangen würde; die Hauptaufgabe der Universität liegt jedoch im Lehren und Forschen, sie würde sich selbst auflösen, würde sie solche Methoden übernehmen. Ich bin auch der Meinung, daß in den drei Jahren, in denen ich nun sowohl an den Fakultätssitzungen der Wirtschaftswissenschaftlichen wie Sozialwissenschaftlichen Abteilung fast regelmässig teilgenommen habe, keine so gewichtigen Probleme behandelt wurden, die einen solchen Aufwand an Kräften erforderten.

2) Ich bin allerdings sehr erstaunt, daß neuerdings ausgerechnet noch im Namen der Autonomie der Universitäten Vorschläge entwickelt werden, die die Universitäten nicht nur überfordern, sondern gerade die Autoritäts- und Machtstrukturen herbeiführen, die die Universität heute nach Meinung einiger Studenten besitzen. Ich meine einmal den Vorschlag, den Universitäten und Fakultäten Globalhaushalte zuzuweisen. Hierdurch wird die Autonomie der Universitäten gedrückt und nicht, wie immer wieder behauptet wird, gestärkt. Die Frage, wie die vom gesamten Volke aufgebrachten Steuermittel auf die einzelnen Fachbereiche aufgeteilt werden, ist eine politische Frage und das Volk als Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß diese Fragen wie bisher von den vom Volke bestellten Vertretern entschieden werden. Ob knappe Steuermittel dafür verwandt werden, eine neue Hegelausgabe herauszubringen oder ob sie einem Forschungsvorhaben zugeführt werden sollen,

das die Frage nach den Schlichtungsmöglichkeiten von Arbeitsstreitigkeiten zum Ziel hat, dafür gibt es kein wissenschaftliches Kriterium. Die Universität ist überfordert, wenn sie diese Aufgabe lösen soll, es werden nicht nur die Verwaltungsaufgaben zunehmen, es wird zum ersten Mal in größerem Maße auch in den Fakultäten über politische Fragen diskutiert werden, es werden die Richtungskämpfe zwischen den Schulen zunehmen und im Endergebnis wird der Staat recht häufig als Schlichter hinzugezogen werden müssen, gerade dadurch wird die Autonomie der Universitäten gefährdet. Die Forderung nach Globalhaushalten ist ein Trojanisches Pferd, mit dessen Hilfe die berechtigte Forderung nach Autonomie zerstört wird. Die berechtigte Forderung nach Autonomie sehe ich in folgendem: jeder, der ein politisches Ziel oder eine Weltanschauung verfolgt, hat das verständliche Bestreben, nur auf die Argumente hinzuweisen, die seine Forderungen unterstützen. Das muß keinesfalls eine bewußte Verdrehung der Wahrheit sein. Trotzdem ist es eine alte Erfahrung, daß derjenige, der etwas erreichen will, die Wirklichkeit so sieht, wie er sie sehen möchte. Um diesen Gefahren vorzubeugen, bedarf es einer unabhängigen Instanz: der Universitäten, die gleichermaßen auf die positiven wie negativen Auswirkungen bestimmter Forderungen hinweisen kann, ohne Gefahr zu laufen, wegen geäußerter Kritik Schaden zu erleiden. Dieser Autonomieanspruch erfordert es nicht, daß den Universitäten mit Globalhaushalten politische Aufgaben übertragen werden. Ich sehe aber sehr wohl eine Gefährdung dieses Autonomieanspruches, wenn nun in Zukunft die Möglichkeit besteht, Kollegen, die die Ideologien gewisser Studentenkreise angreifen, Mittel und Assistentenstellen entzogen werden können, weil eben diese Ideologien in den Entscheidungsgremien gerade über die Mehrheit verfügen.

3) Mit Verwunderung habe ich auch zur Kenntnis genommen, daß die Assistentenstellen den Abteilungen (Fachbereichen) übertragen werden sollen. Auch hier werden erst die Machtstrukturen

aufgebaut, die die Hochschullehrer angeblich heute besitzen. Zu behaupten, daß die Ordinarien, die in unseren Abteilungen über 2 - 3 Vollassistenten, 2 - 3 Halbtagsassistenten und 1 Sekretärin verfügen, Macht ausüben, finde ich einfach lächerlich. Es kommt noch hinzu, daß aufgrund der augenblicklichen Marktsituation (das Angebot an Assistenten ist geringer als die Nachfrage) die Assistenten gegenüber den Hochschullehrern eine starke Position einnehmen. Mißbräuche gibt es in jeder Gesellschaft, sie lassen sich durch Einführung von Kontroll- und Beschwerdeeinrichtungen einengen. Die geplante Unterstellung aller Assistenten unter die Dekane oder Fachschaftsräte führt jedoch dazu, daß etwa 60 - 70 wissenschaftliche Mitarbeiter dem Dekan oder Fachschaftsrat unterstellt werden und hier sind in der Tat erstmals Machtmißbräuche größeren Ausmaßes möglich.

4) In den bisher vorliegenden Entwürfen zu Hochschulgesetzen vermisse ich eine klare Formulierung der Ziele, die die Gesellschaft der Universität aufgibt. Die Forderung, die Universität habe Lehre und Forschung zu "pflegen", stellt keine klare Formulierung der Ziele der Universität dar. Ist denn den Politikern nicht bekannt, daß die linksgerichteten Studenten und auch einige Hochschullehrer die Meinung vertreten, daß man zwischen Erforschung von Sachwissen und Umsetzung angeblicher normativer Erkenntnisse in die praktische Tat nicht unterscheiden könne und daß diese Umsetzung in der Tat durchaus noch in den Bereich der Wissenschaft fällt? Folgt man dieser Auffassung, so würde das bedeuten, daß neben die politischen Ziele, die aus einem vor dem gesamten Volke ausgetragenen also demokratischen Willensbildungsprozeß hervorgehen, gleichberechtigt politische Programme treten dürften, die aus einem Willensbildungsprozeß hervorgehen, an dem sich eine verschwindend kleine Minderheit der Bevölkerung (noch kein Prozent) beteiligt. Also gilt es, in den Hochschulgesetzen die Ziele der Universität so zu formulieren, daß solche ausgesprochen antidemokratischen Bestrebungen ausgeschlossen werden.

5) Es wird von einer Objektivierung des Berufungsverfahren gesprochen, und manche scheinen sich hieraus eine höhere Qualifikation der Wissenschaftler zu versprechen. Demgegenüber gilt es festzustellen, daß die Berufungsverfahren darüber entscheiden, wie sich das Gesamtangebot an Wissenschaftlern auf die einzelnen Hochschulen verteilt. Eine Verbesserung der Berufungsverfahren wird zwar vielleicht das Qualifikationsniveau einer einzelnen Hochschule verbessern. Das Qualifikationsniveau des gesamten Angebotes an Wissenschaftlern bleibt davon unberührt. Wer dieses verbessern will, kann dies nur auf dem Wege erreichen, daß er die Arbeitsbedingungen, die die Wissenschaftler an den deutschen Hochschulen vorfinden, mindestens den Arbeitsbedingungen an den ausländischen Universitäten und den Arbeitsbedingungen in den vergleichbaren Positionen im Inland, angleicht. Die permanente persönliche Diffamierung, denen die Hochschullehrer von seiten der Studentenschaft seit einiger Zeit ausgesetzt ist, trägt sicherlich nicht dazu bei, qualifiziertere Kräfte für die deutschen Hochschulen zu gewinnen.

6) Von seiten der Studentenschaft wird gefordert, bei Berufungen auch politische Auswahlkriterien anzuwenden. Begründet wird diese Forderung damit, daß die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse politische Wirkungen hätten und daß sich deshalb die Wissenschaftler dieser politischen Wirkungen bewußt sein müßten. Ich halte diese Begründung für irrig. Die Frage, wie sich insgesamt eine wissenschaftliche Erneuerung auf das Wohl einer Nation oder Menschheit auswirken wird, ist eine politischwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Fragestellung. Der heutige Wissensstand dieser Wissenszweige läßt eine Beantwortung dieser Frage nicht zu. Man würde also mit der Forderung der Studenten nicht nur die Vorteile der Spezialisierung aufgeben und verlangen, daß jeder Wissenschaftler auch über Sozialwissenschaft Bescheid weiß; man würde wiederum den Wissenschaftlern eine Aufgabe zumuten, die in einer demokratischen Gesellschaft den vom Volk gewählten Politikern zusteht. Gleich-

zeitig würde bei einer Auswahl nach politischen Kriterien das Qualifikationsniveau der Wissenschaftler um ein weiteres sinken. Bei der Berufung von Wissenschaftlern sollte allein die berufliche Qualifikation ausschlaggebend sein; je konsequenter dieser Grundsatz durchgeführt wird, um so größer ist auch die Chance, daß entsprechend der Gauss'schen Verteilungskurve Wissenschaftler mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen berufen werden. Auch dieser Grundsatz, daß die berufliche Qualifikation das einzige Auswahlkriterium bei Berufungen sein sollte, sollte in einem Hochschulgesetz klar ausgesprochen werden. Je eindeutiger das Hochschulgesetz die der Universität gesetzten Ziele formuliert, um so leichter können Mißbräuche unterbunden und verfolgt werden.

7) Wenn verhindert werden soll, daß in Zukunft die Forschungsbeiträge deutscher Wissenschaftler quantitativ wie qualitativ weiter vermindert werden, so muß dem Hochschullehrer in Zukunft institutionell eine Mindestzeit zugesichert werden, innerhalb der er sich allein der Forschung widmen kann. Hierbei sollten durchaus Kontrollen eingebaut werden. Mit dem Versprechen eines Freisemesters für alle 6 Semester, das dann oftmals wegen Vakanz der Parallellehrstühle nicht wahrgenommen werden kann, läßt sich eine ausreichende Forschung nicht mehr gewährleisten.

8) Eine wesentliche Entlastung der Hochschullehrer könnte durch einen massiven Ausbau des Mittelbaues erreicht werden. In den meisten Fächern liegen hervorragende Textbücher vor, die es gestatten, daß die Einführungslehrveranstaltungen (Vorlesungen und Übungen) möglichst in kleinen Gruppen von Mittelbaukräften übernommen werden könnten.

9) Ein letzter Gedanke: Gute Leistung wird nur dort erwartet werden können, wo klare Verantwortungsverhältnisse herrschen. Mit der Größe der Entscheidungsorgane nimmt die Verantwortungsbereitschaft ab, da jeder die Verantwortung auf das Kollektiv abwälzt. Verantwortungsbewußtsein setzt auch voraus, daß

diejenigen, die Entscheidungen treffen, dann, wenn die Entscheidungen ausgeführt werden, noch im Amt sind. Verantwortung verlangt schließlich Sachkompetenz. Aus diesen Punkten dürften sich die Kriterien ergeben, in welchen Fragen und in welchem Umfange andere Personengruppen als den Hochschullehrern Entscheidungsrechte eingeräumt werden können.

21.1.1965

Herrn
Winfried M a r t i n i

3012 O t t o b r u n n
Auenstrasse 61

Sehr geehrter Herr Martini!

In der Anlage darf ich Ihnen - nach Rücksprache mit unserem gemeinsamen Freund Mohler - ein Exemplar des unlängst erschienenen Buches von General Grivas übersenden. Ich wäre Ihnen ausserordentlich dankbar, wenn Sie dieses nicht nur militärwissenschaftlich, sondern auch politisch wichtige Buch in einem oder mehreren der Ihnen nahestehenden bzw. zugänglichen Presseorganen besprechen könnten.

Vielleicht wäre es Ihnen möglich, auch eine Besprechung für die Illustrierte "Kristall" zu machen. Ihre dort erschienenen Artikel über die Situation des Soldaten in der deutschen Gegenwart habe ich übrigens mit grossem Interesse gelesen.

Mit allem guten Wünschen für Ihre Arbeit, bin ich

Ihr

MP

Anlage

Abschrift

Prof. Dr. J. Papalekas 20.7.1964

Herrn
Dr. Walter Werr
Abendländische Akademie e.V.

85 Nürnberg
Hauptmarkt 2

Sehr geehrter Herr Dr. Werr!

Im Anschluss an unser letztes Telefongespräch darf ich Ihnen heute die Namen einiger Herren nennen, deren wissenschaftliche Interessen sich stark mit dem Thema Ihrer Klausurtagung berühren. Da die Teilnehmerzahl - wie Sie mir sagten - begrenzt bleiben soll, erwähne ich nur folgende wenige Herren:

1. Professor Dr. Hans Freyer, Wiesbaden, Kapellenstrasse 67
2. Professor Dr. Georg Weippert, Erlangen, Rudelsweiherstr. 49 1/2
3. Professor Dr. Franz Ronneberger, Gelsenkirchen-Buer, Gelsenkirchener Strasse 409
4. Privatdozent Dr. Helmut Klages, Dortmund, Malzstrasse 14
5. Dr. Armin Mohler, München 22, Liebigstrasse 3
6. Caspar Freiherr v. Schrenck-Notzing, Ammerland, Starnberger See

Für heute verbleibe ich mit besten Grüssen

Ihr

(Unterschrift)

Abschrift

Prof. Dr. J. Papalekas

46 Dortmund, den 7.2.1964
Rheinlanddamm 199
Tel. 06221-26193*

Herrn Professor
Dr. Ernst Forsthoff

69 Heidelberg-Schlierbach
Wolfsbrunnensteige 13

Sehr verehrter Herr Professor Forsthoff!

Erlauben Sie, bitte, dass ich mich heute mit einem bzw. zwei Anliegen an Sie wende. Das erste Anliegen betrifft den Plan, einen Sammelband unter dem vorläufigen Titel "Technik im technischen Zeitalter" herauszugeben. Die Herausgeberschaft, die dabei ist, sich zu konstituieren, besteht aus den Professoren Freyer und Weippert und mir. Es ist daran gedacht, eine Reihe von älteren und jüngeren Wissenschaftlern um ihre Mitarbeit zu bitten, die auf Grund ihrer Forschungsinteressen einen besonderen Zugang zu der Fragestellung haben. Ich darf Ihnen in der Anlage eine vorläufige Liste der Wissenschaftler übersenden, deren Mitarbeit angestrebt wird. Wir wären Ihnen ausserordentlich dankbar, wenn Sie die Bemühung um eine umfassende Darstellung der Problematik der Technik mit einem Beitrag unterstützen könnten. Das im Entwurf vorgeschlagene Thema "Technik und Staat" wird Ihnen wahrscheinlich zusagen, doch könnte es auch anders formuliert werden, wenn Sie es wünschen sollten. Bisher haben unter anderen ihre Mitarbeit zugesagt: die Herren Freyer, Weippert, Gehlen und Ronneberger. Der im Entwurf genannte Abliegerungstermin für die Beiträge (März/April 1964) ist natürlich nicht realistisch, Herr Gehlen nannte einen Sommertermin, etwa Juni oder Juli, auf den wir wahrscheinlich hinarbeiten werden. Als Verleger, der daran interessiert ist, den Band herauszugeben, fungiert Herr Schilling, Düsseldorf, der gerade einen Aufsatz - Band von Herrn Weippert herausbringt und demnächst

* handschriftlich

Anmerkung: Die zweite Seite sagt in diesem Zusammenhang nichts Wesentliches dazu aus.

A b s c h r i f t -6-

INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE
Rhein.-Westf. Techn. Hochschule Aachen

51 Aachen, den 7. August 1963
Tel. 422/2156

Herrn
Prof. Dr. Joannes Papalekas
Dortmund
Sozialforschungsstelle
Rheinlanddamm 199

Lieber Herr Papalekas,

Anbei der Titel des Buches von Paul Rassinier: Zum Fall Eichmann, Was ist Wahrheit? oder Die unbelehrbaren Sieger, Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1963. Ich hoffe, daß Sie an dem Buch Ihren Spaß haben werden und bin mit freundlichen Grüßen

Ihr

Unterschrift
(Dr. Hanno Kesting)

D. ANHANG: DOKUMENTE

II. Die Gutachten

Nr. 1 Abschrift -67-

SEMINAR FÜR WISSENSCHAFTLICHE POLITIK
DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN
Klaus von Beyme

74 Tübingen, den 24.6.1968
Brunnenstr. 30
Telefon 712417

Herrn
Professor Dr. Roman Schnur
Prodekan
Sozialwissenschaftliche Abteilung
der Ruhr-Universität Bochum
463 Bochum-Querenburg

Streng vertraulich!

Sehr geehrter Herr Schnur,

gerne komme ich Ihrer Bitte um ein Gutachten über die acht Herren, die für den Lehrstuhl in Bochum in Frage kommen, nach.

1.) Hans Baade: Die Schriften von Herrn Baade, vor allem seine Dissertation: Das Verhältnis von Parlament und Regierung im Bereich der auswärtigen Gewalt der Bundesrepublik Deutschland (1962) und einige Aufsätze zum Völkerrecht, die ich gelesen habe, weisen Herrn Baade als einen guten Kenner im Bereich der internationalen Beziehungen aus, sein approach ist jedoch vorwiegend juristisch. Ich weiß nicht genau wie sein Lehrauftrag in der Duke University lautet, ich könnte mir jedoch vorstellen, daß Herr Baaade sich mehr zur politischen Wissenschaft hin orientiert hat, und aufgrund seiner amerikanischen Lehrtätigkeit für den Bereich der vergleichenden Regierungslehre in Frage kommt. Ich kenne Herrn Baade nicht persönlich, habe aber aus Berlin gehört, daß er ein äußerst schwieriger Verhandlungspartner ist, und es erscheint mir sehr ungewiß, daß man ihn für einen Ruf nach Deutschland gewinnen kann. Als er für die Nachfolge des Fraenkel Lehrstuhls diskutiert wurde, hat er offenbar unannehmbare Bedingungen gestellt. Vielleicht sollten Sie aus Berlin Erkundigungen darüber einholen, um sich Kummer zu ersparen, denn ich könnte mir vorstellen, daß Ihnen an einer baldigen Besetzung des Lehrstuhls gelegen ist.

2.) Arnulf Baring: Herr Baring hat vornehmlich auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen gearbeitet. Seine Schrift über den 17. Juni ist relativ populär-wissenschaftlich geblieben. Sein Vortrag in der Vereinigung auf der letzten Tagung in Tutzing (vgl. letzte Nummer des PVS) bleibt an einer personalistischen Betrachtung haften, und kommt im Gegensatz zu Bessons Vortrag zum gleichen Thema zu keiner theoretischen Vertiefung. Viele Kollegen waren relativ enttäuscht von Herrn Baring, da er jahrelang gleichsam als "einer der kommenden Männer" galt. Herr Baring ist jedoch ein außerordentlich liebenswerter und kooperativer Wissenschaftler, er kommt jedoch für einen Lehrstuhl über internationale Beziehungen weit eher in Frage.

3.) Winfried Dallmayr: Zu meiner Schande muß ich gestehen, daß ich ihn nicht kenne; auch Herr Eschenburg und unsere jüngeren Kollegen haben noch nie von ihm gehört.

4.) Günther Doeker: Herr Doeker vertritt von allen genannten vermutlich am stärksten die Gebiete, auf die es Ihnen in Bochum ankommt. Er ist der beste Spezialist für angelsächsische Regierungssysteme und ein vorzüglicher Kenner der theoretischen Literatur. Seine Schrift über "Treaty-Making Power in the Commonwealth of Australia" zeigte, daß er auch die internationalen Beziehungen überblickt. Seine Habilitationsschrift über "Parlamentarismus und Föderalismus in den Commonwealth-Ländern" wird ein in Deutschland bisher nicht behandeltes Gebiet erschließen. Herr Doeker ist weit gereist und hat sich in vielen angelsächsischen Ländern länger aufgehalten. Ich habe bei mehrfachen Begegnungen Herrn Doeker immer als einen interessanten und kenntnisreichen Gesprächspartner empfunden, möchte jedoch nicht verschweigen, daß viele Kollegen ein sehr negatives Bild von ihm haben. Er gilt als unstet und unzuverlässig, und viele halten ihn geradezu für einen Schaumschläger. Ich selbst kann mich über sein Verhalten nicht beklagen.

Dieter Grosser: Herr Grosser ist ein Politik-Wissenschaftler mit rascher Auffassungsgabe und vielseitigen Kenntnissen. Er hat im Bereich der vergleichenden Regierungslehre nicht publiziert, wenn man einmal von seinem Beitrag zu dem populären Gemeinschaftswerk des Westermann-Verlags absieht. Auch Herr Grosser hat gute Kenntnisse der angelsächsischen Regierungssysteme, vor allem von Großbritannien, und als weiteren Pluspunkt hat er für sich seine Kenntnisse der Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik (vergl. Festschrift für Gert von Eynern). Seine Dissertation über Stahl ist leider sehr schlecht, sie ist ausgesprochen lieblos zusammengeschrieben. Seine Habilitationsschrift über den Parlamentarismus an der Wende vom Kaiserreich zur Weimarer Republik kenne ich noch nicht. Ich hatte nur einmal für die PVS ein Kapitel daraus zu begutachten, das ebenfalls eine gewiße Flüchtigkeit erkennen ließ, und das Herr Grosser später zurückzog. Herr Grosser würde sich sicher sehr rasch in die ihm gestellten Aufgaben einarbeiten, und sicher kein schlechter Lehrer sein, darüber hinaus ist er ein schätzenswerter und kameradschaftlicher Kollege. Villeicht ist es etwas altmodisch von mir, daß ich mich daran störe, daß er die Wissenschaft als "job" betreibt. In Amerika gibt es unter Kollegen, die eine ähnliche Auffassung haben, durchaus brauchbare Gelehrte.

6.) Gerhard Lehmbruch: Herr Lehmbruch ist ein sehr vielseitiger Wissenschaftler mit gründlichen Kenntnissen. Leider ist er ein relativ langsamer Arbeiter und hat sich bisher nicht entschließen können, seine vorzügliche Dissertation über das MRP zu veröffentlichen, was er jedoch nachholen wird. Seine Schrift über die Proporzdemokratie umreisst das methodische Konzept seiner Habilitationsschrift. Einige kleine Aufsätze (z.B. in "Government und Opposition") runden das Bild ab. Herr Lehmbruch hat auf dem Brüsseler Kongress mit einem Paper einen sehr guten Eindruck gemacht und in der Diskussion auf englisch und französisch seinen Mann gestanden. Seine Einführung in die Politik-Wissenschaft beweist darüber hinaus, daß er in der politischen Theorie bewandert ist. Er ist einer der wenigen Kenner der vergleichenden Regierungslehre, die sich in den kleineren Systemen wie Skandinavien, Beneluxländer, Schweiz und Österreich ebenso gut auskennen wie in den traditionellen Prüfungsobjekten. Herr Lehmbruch ist ein ruhiger und sehr besonnener Kollge; es ist schwerer mit ihm warm zu werden als mit den vier Berliner Herren, aber man muß ihn in seiner ruhigen und sachlichen Art schätzen.

7.) Franz Ronneberger: Seine Schrift über Verwaltung im Ruhrgebiet und einige Aufsätze die ich kenne, lassen Herrn Ronneberger für die ausgesprochene Ausrichtung dieses Lehrstuhls nicht empfehlenswert erscheinen: es wäre zu befürchten, daß sein Arbeitsgebiet dem Ihren zu nahe läge.

8.) Gilbert Ziebura: Er hat den Vorteil der größten Lehrerfahrung. Vor ein paar Jahren hatte man große wissenschaftliche Hoffnungen auf ihn gesetzt, aber durch verschiedene Krankheiten ist er wohl nicht dazu gekommen, neuere Publikationen vorzulegen. Wie alle, die einen ersten Band publizierten, quält ihn bis heute jede Frage nach Band II. Noch immer aber ist Ziebura der beste Kenner des französischen Regierungssystems in Deutschland, und wenn die "Hackordnung" am Otto-Suhr-Institut es zugelassen hätte, hätte er sicher auch über angelsächsische Regierungssysteme gelesen. Jedenfalls hat Ziebura in der Theorie der internationalen Beziehungen gründliche Kenntnisse in der angelsächsischen Literatur gezeigt, und er hat vor allen anderen sieben Kandidaten den Vorteil, vergleichende Regierungslehre und internationale Politik vertreten zu können, was bei nur zwei Lehrstühlen als Pluspunkt ins Gewicht fällt. Es galt jedoch bisher fast als unmöglich, diesen unverwüstlichen Berliner aus seiner Fronauer Idylle wegzulocken, und da er auch heute nicht unter direktem ideologischen Beschuß steht, halte ich das immer noch für sehr schwierig. Wie bei Herrn Baade müßte also seine grundsätzliche Bereitschaft, einen Ruf anzunehmen, ein wenig geklärt werden.

Von den jungen Kollegen die in Deutschland kurz vor der Habilitation stehen, und Kenntnisse auf dem Gebiet der vergleichenden Regierungslehre haben, wüßte ich nur drei zu nennen:

1. Werner Kaltefleiter in Köln, dessen vergleichende Studie über das Amt des Staatsoberhaupts sehr interessant zu werden verspricht, Darüber hinaus hat er über die EWG, über Wählerverhalten und die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland publiziert. Sie müssen Ihren Grund gehabt haben, Herrn Kaltefleiter nicht auf die Achterliste gesetzt zu haben, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß er den Bochumer Kollegen völlig unbekannt ist.

2. Erwin Faul in Heidelberg hat zwar mehr über politische Theorie der deutschen Politik publiziert, er wäre jedoch durchaus in der Lage, die vergleichende Regierungslehre zu vertreten, da ich ihn jedoch zu gut kenne, fühle ich mich zu befangen, um über ihn gutachten zu wollen.

3. Jürgen Gebhardt, München: Auch Herr Gebhardt hat vorzügliche Kenntnisse der angelsächsischen Systeme, und einige Lehrerfahrungen in Amerika. Publizistisch ist er nur für politische Ideengeschichte ausgewiesen. Nicht ohne seine eigene Schuld wird er allzu sehr mit seinem Chef, Voegelin, identifiziert. Ich glaube jedoch, daß von ihm durchaus noch eigenständige Leistungen zu erwarten sind. Für den Lehrstuhl "vergleichende Regierungslehre" würde man ihn aufgrund seiner Publikation ebensowenig wie Erwin Faul in engere Betrachtung ziehen.

Ohne der Kommission in der Entscheidung vorgreifen zu wollen, würde mir folgende Listenreihenfolge am sinnvollsten erscheinen, falls Ziebura nicht zu gewinnen ist:
1. Gerhard Lehmbruch
2. Dieter Grosser
3. Günther Doeker

In der Hoffnung, daß diese Bemerkungen zu den einzelnen Kandidaten Ihnen bei der Auswahl eine Kleinigkeit nützen, bin ich

Ihr sehr ergebener

Unterschrift

SEMINAR FÜR WISSENSCHAFTLICHE POLITIK
AN DER UNIVERSITÄT FREIBURG
DIREKTOR: PROFESSOR DR. WILHELM HENNIS

-70-

78 FREIBURG I. BR., 24. Juni 1968
MAXIMILIANSTRASSE 15
TELEFON 203 2608

Nr. 2

An den Prodekan
der Sozialwissenschaftlichen Abteilung
der Ruhr-Universität

Herrn Professor Dr. R. Schnur

4630 Bochum-Querenburg

Lieber Herr Kollege Schnur!

Mit Ihrem Brief vom 19. Juni bitten Sie mich, zu acht von Ihnen genannten Kollegen Stellung zu nehmen. Wenn Ihre Fakultät den freien Lehrstuhl möglichst mit einem Gelehrten besetzen möchte, der das Gebiet der Vergleichenden Regierungslehre vorrangig vertreten kann, so bitte ich mir den Hinweis zu erlauben, daß es bei solcher Einschränkung schwerfallen wird, den besten Kandidaten zu finden. Im Grunde kann man in der Bundesrepublik nur Ernst Fraenkel und Klaus v. Beyme voll für dieses Lehrgebiet als ausgewiesen betrachten. Fraenkel ist emeritiert, Beyme gerade nach Tübingen berufen. Daß jeder Politikwissenschaftler auch über die Grenzen des Landes hinausschaut, versteht sich von selbst. Von den in Ihrer Liste genannten Kollegen würde ich nicht einen einzigen als Spezialist für das Gebiet der Vergleichenden Regierungslehre anerkennen können. Jeder von ihnen kennt sich in diesem oder jenem außerdeutschen Lande spezieller aus - das ist aber auch alles. Ich bin also nicht imstande, vom diesem Gesichtspunkt aus die Qualitäten der genannten Herren beurteilen zu können. Bei einigen der genannten würde es mir angesichts der wenigen ~~sehr geringen Zahlen von~~ Veröffentlichungen ~~würde es mir~~ leichter fallen Ihrer Aufforderung nachzukommen, wenn ich ein Schriftenverzeichnis zur Hand hätte. Darum nur kurz meine Impressionen.

1. Herrn Professor Dr. Hans W. Baade kenne ich nur als Autor eines strikt juristischen Buches über die auswärtige Gewalt. Eine Qualifikation für einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl vermag ich in diesem Buch nicht zu sehen.

2. Herrn Dr. Baring habe ich auf der letzten Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft als Koreferent vortragen gehört. Ich hatte einen sehr guten Eindruck von ihm; Herr Kollege Sontheimer rühmt das im Entstehen befindliche Buch. Die bisherigen Publikationen Barings erlauben mir aber kein Urteil über ihn.

3. Professor Dr. Dallmayr ist mir von einigen Artikeln in amerikanischen Zeitschriften bekannt. Ohne ein Schriftenverzeichnis bin ich aber nicht imstande, die Sachen nachzulesen. Irgend einen nachhaltigen Eindruck habe ich nicht behalten.

4. Dr. Günther Doeker. Ich weiß nur, daß Herr Dr. Doeker sich mit einer vergleichenden Arbeit über Parlamentarismus und Föderalismus habilitieren will. Hier scheint mir die Beurteilungsbasis auch zu schmal zu sein, um ihn bereits für einen Lehrstuhl in Erwägung zu ziehen.

5. Dagegen halte ich Herrn Privatdozenten Dr. Grosser für durchaus qualifiziert, einen Lehrstuhl zu übernehmen. Seine Habilitationsschrift wird von Kollegen, auf deren Urteil ich viel gebe, sehr gelobt, gelesen habe ich sie aber verständlicherweise auch noch nicht. Nach seiner ganzen Persönlichkeit macht Herr Dr. Grosser, der sowohl auf dem Gebiet der Politischen Ideengeschichte durch sein Buch über Stahl wie auf dem Gebiet der Politischen Wirtschaftslehre voll ausgewiesen ist, einen vorzüglichen Eindruck auf mich.

6. Dagegen halte ich Herrn Dr. Lehmbruch in keiner Weise für einen Lehrstuhl ausgewiesen. Er hat bisher an eigentlich wissenschaftlichen Publikationen nur die kleine Schrift über die "Proporzdemokratie" vorzuweisen. Seine Dissertation blieb unveröffentlicht. Die kürzlich von ihm veröffentlichte Einführung in die Politische Wissenschaft ist doch mehr eine Kompilation als ein eigenständiges wissenschaftliches Werk.

7. Ich sehe nicht, wodurch Herr Professor Dr. Ronneberger, der doch mehr Verwaltungsrechtler und Kommunikationssoziologe ist, sich für einen Lehrstuhl der Politischen Wissenschaft ausgewiesen hätte.

8. Herr Professor Dr. Ziebura ist ein vorzüglicher Kenner Frankreichs und sicher voll qualifiziert, jeden Lehrstuhl der Politischen Wissenschaft zu besetzen.

Ich wundere mich, daß Sie unter den mir genannten Namen Herrn Dr. Arnd Morkel nicht mit aufgeführt haben, der mir unter den jüngeren Kollegen, gerade wegen der Breite seiner Interessen, für eine Berufung besonders qualifiziert erscheint. Von Herrn Dr. Morkel liegen mehrere Aufsätze sowohl zur Regierungslehre wie zur politischen Ideengeschichte vor. Er verfügt über vorzügliche Lehrbegabung. Als Schüler von Karl J. Friedrich ist er unschwer imstande, auch das Gebiet der Vergleichenden Regierungslehre voll wahrzunehmen.

Angesichts der großen Schwierigkeit, gegenwärtig überhaupt einen Lehrstuhl der Politischen Wissenschaft angemessen zu besetzen, finde ich, daß Sie nicht zu strikt auf den erwünschten Schwerpunkt achten sollten, abgesehen davon, daß jeder talentierte Wissenschaftler ja im Laufe seines Lebens hoffentlich nicht immer an einem und demselben Gegenstand kleben bleibt. Da ich es nicht für sehr wahrscheinlich halte, daß man Herrn Ziebura, dem in Berlin das größte deutsche Forschungsinstitut in unserem Fach zur Verfügung steht, für Bochum gewinnen kann, meine ich, daß Sie von den genannten Namen vor allem Herrn Morkel und Herrn Grosser in die engere Wahl nehmen sollten.

Mit freundlichen Empfehlungen
bin ich

Ihr sehr ergebener

Lenski

Nr. 3 — 73 — 28

28/6.

Prof. Dr. Ernst Fraenkel
315 West 106th Street
Apr. 12 F
New York, N.Y. 10025

24. Juni 1968

Herrn Prof. Dr. Roman Schnur
Sozialwissenschaftliche Abteilung
Ruhr-Universität
Bochum

463 Bochum -Querenburg

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ihr Schreiben vom 19. Juni 1968 setzt mich in einige Verlegenheit. Sie baten mich, mich über 8 namentlich genannte Herren gutachtlich zu äussern. Sicherlich werden Sie Verständnis dafür aufbringen, dass ich zögere, mich über Herrn Zibura zu äussern, der mein Institutskollege ist. Es erübrigt sich, hervorzuheben, dass ich von den wissenschaftlichen Leistungen von Herrn Zibura, dessen Betreuung, soweit es sich um seine venia für Politikwissenschaft handelt, mir obgelegen hat, ausserordentlich beeindruckt bin.

Ueber Herrn Dallmayr kann ich mich nicht äussern, da er mir weder persönlich noch aus der Literatur bekannt ist.

Herr Ronneberger hat sich m.W. vornehmlich mit Problemen beschäftigt, die den Kern der vergleichenden Herrschaftslehre d.h. die Regierungssysteme von England, USA, Frankreich und der Sowjetunion berühren, nicht oder nur am Rande beschäftigt.

Herr Prof. Bade ist mir persönlich und auch aus der wissenschaftlichen Literatur her bekannt. Ich schätze ihn ausserordentlich. Meiner Erinnerung nach ist sein Hauptinteressengebiet Völkerrecht und internationale Beziehungen. Ich müsste mich erst orientieren, ob er sich literarisch auch auf dem Gebiet des comparative government betätigt hat.

Unter den von Ihnen genannten Herren befindet sich ein Privatdozent, ein Assistent und ein Habilitant meiner Fakultät.

Herr Dr. Grosser ist mir seit seinem Studium sehr gut bekannt. Ich schätze ihn ungewöhnlich und ich habe ihn bereits einer Fakultät unmittelbar nach seiner Habilitation für ein Ordinariat warm empfohlen. Diese Fakultät hat ihn auch an 2. Stelle auf eine Berufungsliste gesetzt. Ich bin sehr gern bereit, Ihnen eine Abschrift meines damaligen Gutachtens zukommen zu lassen. Ich bin davon überzeugt, dass Ihre Fakultät sich glücklich schätzen könnte, einen jungen Gelehrten zu gewinnen, der pädagogisch hoch begabt ist, menschlich zu den angenehmsten jüngeren Kollegen zählt, die ich kenne und dessen wissenschaftlichen Publikationen den höchsten Anforderungen gerecht werden. Seine Habilitationsschrift, die ich nicht kenne, weil sie nicht meiner Fakultät sondern der Wiso-Fakultät der Freien Universität unterbreitet